

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 158

FRÜHJAHR 2005

€ 0,50

8. Mai 1945: Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime! SPD/Grüne/PDS – Volksfront für deutschen Imperialismus

Am 8. Mai dieses Jahres ist der 60. Jahrestag der Befreiung von der Schreckensherrschaft der Nazis durch die Rote Armee. 28 Millionen Sowjetbürger gaben ihr Leben für die Zerschlagung des Dritten Reichs des deutschen Imperialismus.

Die Rote Armee setzte dem Holocaust, der industriellen Ermordung von 6 Millionen Juden, von Roma und Sinti, Kommunisten, Rotarmisten, Homosexuellen und unzähligen anderen, ein Ende. Sie befreite Europa von der Versklavung und blutigen Unterdrückung durch die Nazis. Der 8. Mai ist ein Feiertag für die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten weltweit. Der Zweite Weltkrieg zeigte auf blutige Weise die Notwendigkeit, das kapitalistische Ausbeutersystem zu stürzen: Sozialismus oder Barbarei. Von diesem Standpunkt aus haben die Trotzlisten im Zweiten Weltkrieg international für Arbeiterrevolution gekämpft. Anfang 1942, kurz nach dem Eintritt der USA in den Krieg, hatte James P. Cannon, der Führer unserer Vorläuferorganisation, der damals trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP), die revolutionäre Position zum Zweiten Weltkrieg dargelegt (während US-Präsident Roosevelt Vorbereitungen traf, Cannon und andere Führer der SWP mit Hilfe des Smith Act ins Gefängnis zu werfen):

„Die Überlegungen, die unsere Haltung zum Krieg bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Achsen-Mächten bestimmten, behalten in der neuen Situation ihre Gültigkeit.

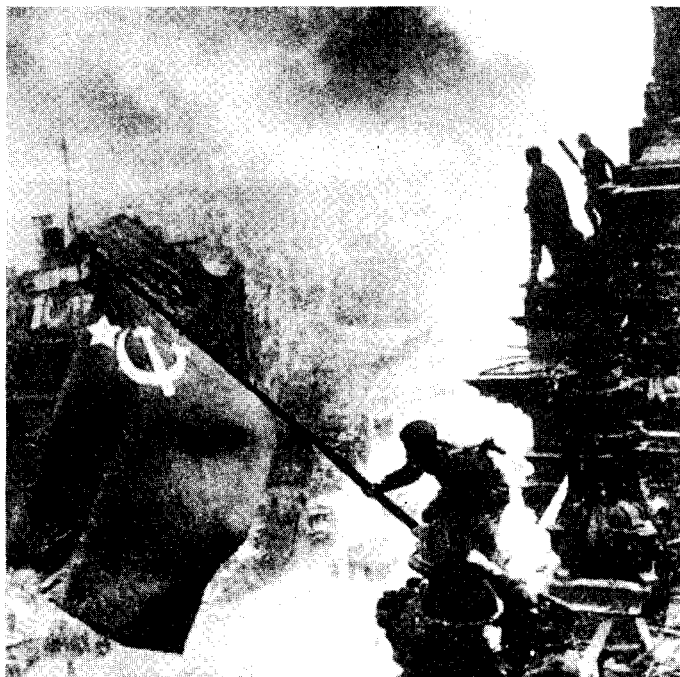
Wir schätzen den Krieg auf der Seite aller kapitalistischen Mächte – Deutschland und Frankreich, Italien und Großbritannien – als einen *imperialistischen* Krieg ein.

Diese Charakterisierung des Krieges wurde für uns bestimmt durch den Charakter der betreffenden Staatsmächte. Das waren alles kapitalistische Staaten in der Epoche des Imperialismus; selber imperialistisch – andere Nationen oder Völker unterdrückend – oder Satelliten von imperialistischen Mächten. Die Ausweitung des

Krieges auf die Pazifik-Region und der formale Eintritt der Vereinigten Staaten und Japans ändert nichts an dieser grundlegenden Analyse...

Diese Charakterisierung des Krieges trifft nicht auf den

Krieg der Sowjetunion gegen den deutschen Imperialismus zu. Wir machen einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sowjetunion und ihren ‚demokratischen‘ Alliierten. Wir verteidigen die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist ein Arbeiterstaat, wenn auch degeneriert unter der totalitären Herrschaft der Kremlbürokratie. Nur Verräter können dem sowjetischen Arbeiterstaat die Unterstützung in seinem Krieg gegen das faschistische Deutschland verweigern. Die Sowjetunion zu verteidigen, trotz Stalin und gegen Stalin, heißt das verstaatlichte Eigentum zu verteidigen, das durch die Oktoberrevolution errichtet worden ist. Das ist ein *progressiver* Krieg.“ („A Statement on the War“ [Eine Erklärung zum Krieg], *Fourth International*,



Jewgeni Chalder

Rotarmist hisst Rote Fahne auf dem Reichstag

Januar 1942, Hervorhebung im Original)

Heute nutzt die SPD/Grünen-Regierung die verschiedenen Gedenkfeiern aus, um die Interessen des deutschen Imperialismus gegenüber seinen imperialistischen Rivalen und gegenüber der eigenen Bevölkerung voranzubringen. Das Ziel ist es, den deutschen Imperialismus trotz seiner unsäglichem Verbrechen in der Geschichte zu befähigen, die Rolle einer Weltmacht zu spielen. Kanzler Schröder zeigte sich zufrieden mit den bisherigen Resultaten der „Vergangenheitsbewältigung“ der Regierung: „Das wird auch anerkannt, das habe ich im vergangenen Juni erfahren, als ich zu den Feierlichkeiten zum sechzigsten Jahrestag der Invasion

Fortgesetzt auf Seite 10

Frauen und Revolution

Der Mord an Hatun Sürücü Seite 5

„Kollektivschuld“-Prediger rechtfertigen Kriegsverbrechen: Deutscher Nationalismus und die Bombardierung Dresdens

Der 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens hat das ganze Land polarisiert, wobei die Frage nach dem Umgang mit den NPD-Nazis dominierte. Für den 21. Januar hatte die NPD zynisch eine Gedenkminute im sächsischen Landtag für die Opfer der Bombardierung Dresdens beantragt. Danach ließen die Nazi-Abgeordneten revanchistische Hetzreden los, in denen sie versuchten, die Opfer der Dresdner Bombardierung für ihr Völkermordprogramm zu instrumentalisieren, und redeten von einem „Bomben-Holocaust“. Dem hatten die sozialdemokratische PDS und die SPD sowie die kleinbürgerlichen Grünen nichts entgegenzusetzen. *Spiegel online* (11. Februar) titelte „Aufstand der Ratlosen“ und erklärte: „Sie [die Nazis] haben ihre Terminologie modernisiert. Der Holocaust wird nicht mehr geleugnet, er wird in die eigene Argumentation integriert. Statt, wie früher, zu sagen: Den Holocaust hat es nie gegeben, sagen sie nun: Der Holocaust galt den Deutschen. Wir waren nicht die Täter, wir waren die Opfer“. Der Grund für die bürgerlich-demokratische Ratlosigkeit besteht darin, dass Nazi-Revanchismus und liberale Kollektivschuld einander ergänzen. Denn ideologisch setzen beide die Bevölkerung mit den Naziherrschern und der deutschen Bourgeoisie gleich. Der Nazidemagogie vom „Opfervolk“ setzen die Liberalen die Kollektivschuldlüge vom „Tätervolk“ entgegen. Damit waschen die Liberalen die deutsche Bourgeoisie weiß und spielen der Nazidemagogie in die Hände.

Im Zweiten Weltkrieg haben wir Trotzlisten den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos militärisch verteidigt. Im Krieg zwischen den imperialistischen Mächten, also zwischen Deutschland und Japan auf der einen und USA und Britannien auf der anderen Seite, bezogen wir keine Seite, denn diese Mächte kämpften nur um die Neuaufteilung der Welt, um sie stärker ausbeuten zu können (siehe auch den Titelseitenartikel „SPD/Grüne/PDS – Volksfront für deutschen Imperialismus“ auf Seite 1). Die Strategie der alliierten Flächenbombardierung war bewusst und gezielt

gegen die deutsche Arbeiterklasse gerichtet: „In seiner ‚Area Bombing Directive‘ vom 14. Februar 1942 schrieb das [britische] Luftfahrtministerium als künftiges ‚Hauptziel‘ des Bomber Command fest, durch Flächenbombardements ‚die Moral der gegnerischen Zivilbevölkerung, insbesondere die der Industriearbeiterschaft‘, zu zerstören. Um Missverständnisse auszuschließen, fügte das Ministerium hinzu, ‚dass die Zielpunkte die Siedlungsgebiete sein sollen und beispielsweise nicht Werften oder Luftfahrtindustrien. Dies muss ganz klar gemacht werden““ (*Spiegel Special*, Nr. 01/2003). Spätestens seit dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad Anfang 1943 war klar, dass der deutsche Imperialismus gegen die Sowjetunion verlieren würde. Eines der zentralen Motive für die Bombardierung der deutschen Arbeiterviertel war die Angst, dass die deutsche Arbeiterklasse den Kapitalismus stürzen könnte, so, wie sie es schon am Ende des Ersten Weltkriegs versucht hatte, nur diesmal zusammen mit einer siegreichen Roten Armee, und damit wäre Europa rot geworden. Die Rote Armee zu stoppen und Arbeiterrevolutionen zu verhindern waren auch die einzigen Gründe für die plötzliche Eile bei der Eröffnung der zweiten Front in der Normandie im Juni 1944. Vorher hatten es Churchill und Roosevelt gar nicht eilig, eine zweite Front zu eröffnen, wie sie es 1942 und erneut 1943 Stalin zugesichert hatten. Sie hofften, Deutschland und die Sowjetunion würden sich gegenseitig ausbluten, und sie wären dann die lachenden Dritten.

Tatsächlich wurden die Kohleverflüssigungsbetriebe, die den kriegswichtigen Sprit für Hitlers Panzer produzierten, bis 1944 kaum bombardiert. *Der Spiegel* schreibt:

„Auf Anlagen der Mineralölwirtschaft, die den Sprit für die durch Russland rasselnden Panzer produzierten, entfielen bis Mai 1944 nur 1,1 Prozent aller Bombenabwürfe. Vermutungen [warum das so war] reichen von dem Hinweis, dass ein Teil der Werke mit angloamerikanischem Kapital errichtet worden war, etwa der Standard Oil of New Jersey und der britischen Royal Dutch Shell, bis hin zu einer Überlegung des Berliner Historikers

Fortgesetzt auf Seite 14

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus, Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 158

FRÜHJAHR 2005

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel,
Geschäftsführer, Berlin, 33 %; Barbara Bühling, Geschäftsführerin,
Berlin, 33 %; Birgit Kahle, Journalistin, Berlin, 33 %.

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

SAV: Kein Sex, kein Spaß, kein Spartakist!

Nachfolgendes Flugblatt vom 25. März wurde auf den „Sozialismustagen“ der Sozialistischen Alternative (SAV) verteilt.

Der SAV-Vorstand will keine revolutionäre Politik auf seinen diesjährigen „Sozialismustagen“. Sie wollen keine „unreinen“ Gedanken, die den jungfräulichen Geist ihrer Mitgliedschaft verderben. Also schrieb uns der SAV-Führer Sascha Stanicic am 23. März folgende E-Mail:

„Wie wir Euch schon mitgeteilt haben, werdet Ihr in diesem Jahr nicht die Möglichkeit haben einen Info-Stand bei den Sozialismustagen aufzubauen. Eure Kindesmissbrauch relativierende Position, die Ihr im letzten Jahr bei den Sozialismustagen vertreten habt, hat zu großer Empörung unter vielen TeilnehmerInnen geführt. Viele haben geäußert, dass sie sich solche Positionen nicht noch einmal anhören wollen.“

Wir haben über Jahre Eure Unwahrheiten und Verdrehungen über die Positionen der SAV geduldet, weil wir davon ausgehen, dass sich die BesucherInnen unserer Veranstaltungen selber ein Urteil bilden können. Die Tatsache, dass noch nie ein Besucher der Sozialismustage in Eure Gruppe eingetreten ist, bestätigt diese Einschätzung. Mit Eurem Auftreten bei der frauenpolitischen Veranstaltung der Sozialismustage im letzten Jahr habt Ihr aber eine Grenzüberschreitung begangen, die wir nicht dulden können.

Wir weisen Euch deshalb darauf hin, dass Ihr für die Veranstaltung zum Thema ‚Neuer Sexismus‘ bei den Sozialismustagen Hausverbot habt und Ihr weder einen Info-Stand noch Zeitungsverkauf auf dem Gelände des Veranstaltungsortes durchführen dürft.“

Die selbsternannte „Sittenpolizei“ der Linken hat gesprochen. „Who’s Bad?“ Die, die nicht dem beschränkten, pruden und sozialdemokratischen Weltbild der SAV-Führung entsprechen, kriegen „Hausverbot“. **Nein zu dieser politischen Zensur!**

Die Führung der SAV ist versessen darauf, die Familienwerte ihrer Mitglieder und Sympathisanten gegen uns Kommunisten zu verteidigen. Wir berichteten in unserem Artikel (unter dem verführerischen Titel: „Warum so ablehnend, SAV?“) von der moralistischen „Empörung“, die ausgelöst wurde durch einen Diskussionsbeitrag unserer Genossin in der Veranstaltung „Globalisierung & neuer Sexismus“ bei den „Sozialismustagen 2004“ (Spartakist Nr. 155, Sommer 2004). Sie griff den pruden Moralismus der SAV an und stellte dem unsere marxistische Position entgegen, dass wir gegen staatliche Interventionen in einverständliche sexuelle und andere persönliche Beziehungen sind. Das schließt auch so genannte Pädophile ein, die wegen Sex mit Minderjährigen, der auf **tatsächlichem Einverständnis** beruht, das Opfer staatlicher Verfolgung werden. Also Sex bei tatsächlichem Einverständnis im Gegensatz dazu, unter Zwang oder Druck etwas zu tun, was man nicht versteht oder nicht will. SAV-Kader flippten deswegen aus und auch über unsere Verteidigung von Michael Jackson – ein Schwarzer, der wieder einmal im Fadenkreuz der rassistischen US-Gerichte steht. Wir schrieben:

„Es ist möglich, dass Michael Jackson in seiner Beziehung zu Jungen durch und durch asexuell war, wie er standhaft betont, aber für uns ist das irrelevant. Jackson wurde angeklagt unter dem Teil des kalifornischen Strafrechts, in dem es um ‚unzüchtige Handlungen an einem Kind‘ geht. Dort werden Handlungen verboten, die die Absicht haben, Lust, Leidenschaft oder sexuelle Wünsche der Person oder des Kindes anzustacheln, daran zu

appellieren oder sie zu befriedigen. Der Staat macht klar und bewusst keinen Unterschied zwischen erzwungenen und gegenseitig erwünschten sexuellen Handlungen“. (Spartakist Nr. 154, Frühjahr 2004)

Abscheulicherweise verleumdet die SAV diese Position als „Verteidigung von Vergewaltigern“ oder, wie Stanicic es jetzt formuliert, „Kindesmissbrauch relativierend“. Durch diese Verleumdung von Jackson **greift die SAV-Führung die rassistischen reaktionären Werte der neokonservativen fundamentalistischen Bush-Regierung auf, deren Handlanger die Hexenjagd gegen Jackson vorantreiben!**

Stanicic bezichtigt uns, „Unwahrheiten und Verdrehungen“ zu verbreiten – um die Tatsache zu verschleiern, dass die SAV zu feige ist, ihre eigene Politik zu verteidigen. Warum sonst sollten sie einer Gruppe verbieten, ihre Zeitung bei ihrer Veranstaltung zu verkaufen? Die „Empörung“ der SAV und ihr Denkverbot für unsere revolutionäre Opposition gegen staatliche Verfolgung sexueller Minderheiten ist nur ein weiterer Beweis für das, was wir schon immer sagten: Sie sind Sozialdemokraten (hin und wieder mit ein wenig militanter Rhetorik). Die Raserei der SAV ist nicht nur auf zynische Demagogie zurückzuführen. Der ganze Fall reflektiert eine tiefsitzende Rückständigkeit gegenüber Fragen persönlicher – besonders sexueller – Freiheiten. Diese Rückständigkeit hängt mit der antikommunistischen Sozialdemokratie zusammen, der sich die SAV gegenwärtig in Form der „Wahlalternative“ ASG politisch unterwirft. Für die Bourgeoisie und ihre politische Polizei in der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, ist es natürlich von elementarer Wichtigkeit, dass die Arbeiter (und der Rest der Bevölkerung) reglementiert werden von heuchlerischer bürgerlicher Moral, der Kirche, „Ethik“-Unterricht in der Schule und von der Familie. Die Familie – die zentrale Institution der Klassengesellschaft, Frauen und Jugend zu unterdrücken – dient dazu, diese Moral und Reglementierung auf die nächste Generation von Arbeitern zu übertragen. Deshalb wird jede Form von Sex, die die monogame „Norm“ in Frage stellt, als „abartig“ und „sündig“ gebrandmarkt – ob

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Jugend Hamburg

Mittwoch, 20. April 2005, 18.30 Uhr

Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei! Brecht mit SPD/PDS! Nieder mit Studiengebühren!

Mittwoch, 11. Juni 2005, 18.30 Uhr

Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!

Mittwoch, 6. Juli 2005, 18.30 Uhr

Bullen, Pfaffen, Richter raus aus dem Schlafzimmer! Gegen eine „Sittenpolizei“ in der Linken!

Treff: Universität Hamburg
vor dem Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44

SAV: Kein Sex, kein Spaß...

Fortsetzung von Seite 3

Homosexualität, Pädophilie oder was auch immer.

Und selbstverständlich ist es das höchste Gebot aller Sozialdemokraten, dass der kapitalistische Staat, als Bewahrer des „Gemeinwohls“, als Vollstrecker dieser heuchlerischen Moral auftritt. Der gleiche Staat, Hüter des Privateigentums der Produktionsmittel und der reaktionären Familie, ist die Quelle aller reaktionären Verfolgung von Schwulen, Lesben und Minderheiten im Allgemeinen. Diesen Staat will die ASG unterstützen und ausbauen, d. h. ihre Regierungsfähigkeit beweisen. Daher ihre Hexenjagd gegen die SAV und andere Linke, die sozialistische Rhetorik verwenden. Indem die SAV ähnliche Methoden von Zensur und Ausschluss gegen uns benutzt, drückt sie ihre eigene beschränkte Prüderie aus und unterstützt den Staat und seine reaktionären Eingriffe in das Privatleben der Bevölkerung. So präsentiert sie sich den ASG-Bürokraten gegenüber als respektabel. Hier ist eine Organisation, deren „Sozialistisches Frauenprogramm“ zu Gewerkschaftsmobilisierungen gegen Pornografie aufruft! Pornografie ist *nicht* Vergewaltigung oder Gewalt gegen Frauen, wie es die Feministen und die SAV predigen. Es ist eine Privatangelegenheit, aufregend oder interessant je nach Geschmack. Der kapitalistische Staat kriminalisiert sie, um strikter das Privatleben zu reglementieren. Das Programm der SAV für „gewerkschaftliche Zensur“ ist im Grunde genommen ein sozialdemokratischer Aufruf, um Arbeiterorganisationen in Hilfsmittel für die Sittenregelung des Staates zu verwandeln. Eine solche Einstellung ist entgegengesetzt zu den grundsätzlichen sozialistischen (und humanistischen) Bestrebungen für eine Gesellschaft, in der die *Menschen in Freiheit leben können*.

Der erste Schritt zu so einer Gesellschaft (Arbeiterrevolution, um die Bourgeoisie zu enteignen) wurde von der Oktoberrevolution 1917 gemacht. Die neue Regierung von Arbeiter- und Soldatenräten nahm eine entschieden andere Sichtweise als die SAV an:

„Die Sowjet-Gesetzgebung baut auf folgenden Prinzipien auf: *Sie erklärt absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen*

verletzen... Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem so genannten ‚natürlichen‘ Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit.“ (Dr. G. Batkis, *Die Sexualrevolution in Rußland*, 1925, Hervorhebung im Original)

Der entscheidende Faktor war Lenins und Trotzki's bolschewistische Partei, die die Revolution zum Erfolg führte – eine Partei, die unversöhnlichen Krieg erklärte gegen alle Aspekte kapitalistischer Unterdrückung und jeden Ausdruck staatlicher Gewalt und Willkür gegen verfolgte Minderheiten. Mit ihrer Zensur und ihrer reaktionären Unterstützung von Anti-Sex-Prüderie zeigt die SAV mal wieder, dass sie nichts mit der Tradition von Lenin und Trotzki zu tun hat. Wir kämpfen in dieser Tradition für eine Partei der sozialistischen Weltrevolution, um die Hoffnungen auf menschlichen Fortschritt zu erfüllen, die bereits mit der Russischen Revolution geweckt wurden. *Regierung raus aus dem Schlafzimmer! Weg mit antikommunistischen Ausschlüssen bei den „Sozialismustagen“! Gegen eine „Sittenpolizei“ in der Linken!* ■

Spartakist-Jugend Berlin

Diskussionsreihe der Spartakist-Jugend

Zu aktuellen Themen
(Telefonisch zu erfragen bei Kontaktadresse)

Dienstag, 17. Mai 2005, 19.00 Uhr

Dienstag, 31. Mai 2005, 19.00 Uhr

Dienstag, 14. Juni 2005, 19.00 Uhr

Treff: Technische Universität, Mathegebäude
Straße des 17. Juni, Nr. 136; Raum 545
(U Ernst-Reuter-Platz, S Tiergarten)
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat



Enthält „Die Internationale und der Staat“, Übersetzung einer Broschüre der Gauche révolutionnaire/Jeunes communistes révolutionnaires (GR/JCR) und die Antwort der IKL darauf. So wird Gegensatz zwischen der reformistischen Position des Committee for a Workers International (in Deutschland Sozialistische Alternative Voran) zum bürgerlichen Staat und unserer revolutionären Politik deutlich. Zusätzlich: die *Spartakist*-Artikel „JRE/Voran: Sommercamp-Pleite“ und „Voran: Vorkämpfer für Anschluß“.

€ 0,50 (40 Seiten)
Bestellung über die Verlagsadresse

Bestellt!

Artikel erschienen in
Spartakist Nr. 154 und
Spartakist Nr. 155:

Stoppt die Hexenjagd
gegen Michael Jackson!

Schwindel in der Ukraine –
CWI: Von Jelzins
Barrikaden in den
Augiasstall

Kritische Wahlunterstützung
in Rostock – Warum so
ablehnend, SAV?

€ 1,-; Bestellung
über die Verlagsadresse



Frauen und Revolution



Rassistische Unterdrückung verstärkt Sklaverei durch Familie Der Mord an Hatun Sürücü

Am 7. Januar wurde Hatun Sürücü in Berlin-Tempelhof erschossen. Ihr Kopf und Körper waren von Kugeln durchlöchert, sie starb noch am Tatort. Sie wurde von ihren Verwandten nach höchst konservativ-religiöser Tradition begraben; dies stand im Gegensatz zu der von ihr gewählten Lebensweise. Lediglich ihre drei Brüder waren beim Begräbnis nicht anwesend. Sie sitzen im Gefängnis unter der Anschuldigung des „Ehren“mordes, angeblich begangen, um die Ehre der Familie wiederherzustellen, die durch das Verhalten ihrer Schwester zerstört worden sei. Hatun Sürücü hatte ihren Ehemann verlassen, einen Cousin, mit dem sie 16-jährig in Istanbul eine von der Familie arrangierte Ehe eingegangen war; sie war nach Berlin zurückgekehrt, lebte mit ihrem Sohn in einem Frauenhaus, der Disziplin der Familie entzogen; sie hatte sich eine Lehre als Elektroinstallateurin gesucht und stand kurz vor dem Abschluss; sie legte das Kopftuch ab und zog sich nach ihrem Geschmack an, traf sich auch mit deutschen Männern und wählte ihre Freunde selbst, was dazu hätte führen können, dass sie ihren nächsten Mann ohne Zustimmung ihrer Familie selbst auswählt.

Dies ist der sechste „Ehren“mord, über den in Berlin in den letzten vier Monaten berichtet wurde. Dieser Mord hat die Gesellschaft entsetzt und polarisiert und die explosive Mischung aus Frauenunterdrückung und Rassismus entzündet. Die Hinrichtung und die damit verbundene Frage des „Ehren“mordes wurden in die öffentliche Debatte gebracht durch die empörende Sympathie, die einige Schüler der Thomas-Morus-Hauptschule in Neukölln für die Mörder äußerten. Ihre Rechtfertigung: „Sie hat ja wie eine Deutsche gelebt“ (*junge Welt*, 25. Februar). Der schockierte Rektor der Schule beantwortete das höhnische Gejohle mit einem offenen Brief an alle Schüler, Eltern und Lehrer. Die überwältigende Mehrheit der Schüler dieser Schule, auch diejenigen mit nahöstlicher Abstammung und muslimischem Hintergrund, lehnten den Mord eindeutig ab. Aber die empörende Haltung einiger weniger drückt nicht einfach Macho-Gehabe aus, sondern zeigt die Methode, wie türkische und kurdische Mädchen und Frauen in den vorgegebenen Grenzen gehalten werden.

Zur gleichen Zeit macht die bürgerliche Presse ein Geschrei über Fundamentalismus, ausländische Gebräuche und türkische Immigranten. Der Berliner SPD-Oberbürgermeister Wowereit fordert: „Diejenigen, die gekommen sind, müssen den Willen zeigen, sich integrieren zu lassen“ (*Tagespiegel*, 22. Februar). Dies ist die neue Fassung von Kanzler Schröders Drohung 1998: Wer „unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell“. Mit Abscheu (aber ohne große Überraschung) vernehmen wir, dass Berlin-Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) den Mord an Hatun Sürücü benutzt, um seine Kampagne für Zwangsassimilierung fortzusetzen. Busch-



dpa

Berliner ehren Hatun Sürücü und legen Blumen nieder

kowsky gab der faschistischen *Jungen Freiheit* ein Interview und attackierte darin „Multikulti“-Politik von rechts: Er hetzte, dass „viele Menschen angeblich weit mehr empört seien, wenn Ausländer rechtsextremer Gewalt zum Opfer fielen, als wenn türkische Frauen für die Familienehre erschossen würden“ (*tip*, 24. März).

Am 5. März rief Terre des Femmes (TdF) zusammen mit SPD-, PDS- und Grünen-Politikern und anderen zu einer Demonstration gegen Gewalt gegen Frauen auf, deren Anlass die jüngsten „Ehren“morde waren. Etwa eintausend Leute demonstrierten in den Straßen Kreuzbergs. Der *Spartakist* mit der Überschrift „Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!“ erregte Aufmerksamkeit und Verkäufe gingen sehr flott, speziell wenn wir auch den früheren Artikel „Nein zum rassistischen Kopftuchverbot!“ anboten. Zu einem Zeitpunkt standen sich kleine Gruppen von Demonstranten gegenüber und diskutierten aufgeregt über die Frage: Soll man den rassistischen Staat anbetteln, immigrierte Frauen gegen den Islam zu verteidigen, oder soll man das Kopftuch als solches verteidigen. Das ist eine falsche Polarisierung. Der Schleier bzw. das Kopftuch ist ein Symbol für die Unterwerfung der Frau unter den Mann, und die Kirche/Moschee/Synagoge ist eine der Hauptinstitutionen zur Unterdrückung der Frau. Trotzdem verteidigen wir

Fortgesetzt auf Seite 6

Hatun Sürücü...

Fortsetzung von Seite 5

das Recht ethnischer Minderheiten, ihre Religion zu praktizieren, und wir wissen, dass staatliche Verfolgung nicht nur unterdrückte Frauen zurück an den Herd treibt, sondern auch zu mehr rassistischer Gewalt auf den Straßen aufstachelt. Dies ist eine der offensichtlichsten Folgen des anti-islamischen „Kriegs gegen den Terror“, der von der US- und den EU-Regierungen seit dem 11. September 2001 geführt wird. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gibt es unter Immigranten und in der gesamten „Dritten Welt“ eine Zunahme von Elend – wachsende Arbeitslosigkeit, Ghettoisierung, Krieg – und von Hoffnungslosigkeit. Dadurch bekommt der Fundamentalismus Auftrieb als eine scheinbare Alternative.

Viele Sozialarbeiter, die an der TdF-Demo teilnahmen, haben Sisyphusarbeit gegen die Moscheen und den Staat geleistet bei dem Versuch, jungen immigrierten Frauen zu helfen, sie zu verstecken und sie zu verteidigen. Sie erzählten einer *Spartakist*-Verkäuferin, dass es ein Konflikt für sie war, auf diese Demo zu gehen, während gerade eine antiislamische Hexenjagd stattfindet. Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) hatte den Aufruf zur Demo auf seine Website gestellt. Aber drei Tage nach der Demonstration gab das TBB-Frauenforum eine Presseerklärung heraus, in der es vor „undifferenzierten und pauschalen Aussagen, die Vorurteile und rassistische Tendenzen gegenüber der türkischen Community und anderen Minderheiten verstärken könnten“, warnte.

Hatuns Hinrichtung war eine äußerst brutale Aktion, aber ihre Lebensumstände waren fürchterlich normal. Eine Studie des Familienministeriums zeigt, was Sozialarbeiter nur vermuten konnten: „49 Prozent der türkischen Frauen sagten, dass sie physische und sexuelle Gewalt in der Ehe erfahren haben. Ein Viertel von denen, die mit einem türkischen Mann verheiratet sind, gab an, dass sie ihren Bräutigam zum ersten Mal bei ihrer Heirat trafen. Die Hälfte sagte, dass sie unter Druck gesetzt wurden, einen Partner zu heiraten, der von ihren Verwandten ausgesucht wurde und 17 Prozent waren der Meinung in eine solche Partnerschaft gezwungen worden zu sein“ (*Spiegel online*, 2. März). Dass Hatun die Stärke (und Unterstützung) hatte, sich den Weg aus dieser Situation zu erkämpfen, war außergewöhnlich. Sozialarbeiter von Papatya, einer Einrichtung, die ein geheimes Wohnheim unterhält und die darauf spezialisiert ist, jungen Frauen zu helfen, die vor ihrer Familie fliehen, haben oft die Erfahrung gemacht, dass viele der jungen Frauen, die nach Hilfe fragen, dann doch wieder zu ihrer Familie zurückkehren. Eine junge Frau muss sehr entschlossen oder



sSpartakist

Berlin, 5. März: Demo „Gegen Gewalt gegen Frauen“, initiiert von Terre des Femmes

sehr verängstigt sein, um vollständig mit ihrer Familie zu brechen und in diesem rassistischen Land ihren Weg allein oder gar als allein stehende Mutter zu gehen.

Das Konzept der „Familienehre“, d. h. die Kontrolle der Familie über die Sexualität der Frau, ist nicht ausschließlich islamisch, sondern verbunden mit einer Produktionsweise, in der ein Clan, eine Reihe miteinander verwandter Großfamilien, Land gemeinsam besitzen und bearbeiten. Marx zitierend erklärt Friedrich Engels die Geschichte der Unterdrückung der Frau in seinem klassischen Werk *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884):

„Die moderne Familie enthält im Keim nicht nur Sklaverei (servitus), sondern auch Leibeigenschaft, da sie von vornherein Beziehung hat auf Dienste für Ackerbau. Sie enthält *in Miniatur* alle die Gegensätze in sich, die sich später breit entwickeln in der Gesellschaft und in ihrem Staat.“

Eine solche Familienform zeigt den Übergang der Paarengesehe in die Monogamie. Um die Treue der Frau, also die Vaterschaft der Kinder, sicherzustellen, wird die Frau der Gewalt des Mannes unbedingt überliefert: Wenn er sie tötet, so übt er nur sein Recht aus.“

Diese marxistische Sicht, dass die Unterdrückung der Frau verbunden ist mit dem Privateigentum und speziell mit der unterdrückerischen Institution der Familie, war ein integraler Bestandteil des Programms und der Strategie der Bolschewiki, den Sozialismus international aufzubauen. Lenin unterstrich: „Man kann aber nicht die Massen in die Politik einbeziehen“, („Der Internationale Frauentag“, 8. März 1921). Nach Erreichen der gesetzlichen Gleichheit gilt: „Der zweite und wichtigste Schritt ist die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden, an den Fabriken und Werken. Dadurch und nur dadurch wird die Bahn frei gemacht für die vollständige und tatsächliche Befreiung der Frau, für ihre Befreiung von der ‚häuslichen Sklaverei‘ durch den Übergang vom einzelnen Kleinhaushalt zum vergesellschafteten Großhaushalt“. Der junge Sowjetstaat unternahm selbst angesichts schrecklicher Armut und imperialistischer Einkreisung heldenhafte Bemühungen, um öffentliche Erziehung, Kinderversorgung, Wäschereien, Gesundheitseinrichtungen und Kantinen sowohl in den Fabriken als auch auf dem Land zu organisieren. Bolschewistische Organisatorinnen gingen freiwillig nach Zentralasien, um die Frauen dort über ihre Rechte zu informieren und sie für ihre Klasseninteressen gegen Familieninteressen und „Ehre“ zu mobilisieren.

Vieles an der bolschewistischen Politik wurde revidiert unter der Herrschaft von Stalins nationalistischer bürokratischer Kaste, die 1923/24 die Macht usurpierte und die leninistische internationalistische Perspektive verriet im Namen des „Sozialismus in einem Land“ und der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Auch die Familie wurde wieder propagiert als „kämpfende Einheit für den Sozialismus“. Trotz aller Deformationen wurde Zentralasien durch die Kollektivierung der Landwirtschaft aus einer Produktionsweise, die das 7. Jahrhundert reflektierte, herausgeholt ins 20. Jahrhundert, und so wurde es Frauen möglich, den Schleier wegzuzerfen, Bildung zu bekommen, am sozialen Leben teilzunehmen, ihre Ehemänner selbst zu wählen und Mittel zur Geburtenkontrolle zu erhalten. Ihre Schwestern in Afghanistan dagegen blieben gekettet an jahrhundertealte Bräuche und traditionelle Gewalt in der Familie, bis 1979 ein linkes, säkulares, prosowjetisches Regime mit Unterstützung der Roten Armee sie kurzzeitig aus diesem Elend erlöste; dagegen finanzierten und bewaffneten die imperialistischen Mächte (und alle parlamentarischen Parteien in Deutschland) die islamischen Fundamentalisten, einschließlich der Taliban. Es war das erste Mal in der modernen Geschichte,

Fortgesetzt auf Seite 22

SPD/Grünen-Regierung schürt Antisemitismus, Rassismus gegen Muslime

Nein zum Einwanderungsstopp des Vierten Reichs gegen Juden!



Spartakist

Berlin, 19. September 1990 – Protest gegen den vom Vierten Reich verhängten Einwanderungsstopp gegen sowjetische Juden

Nachfolgend drucken wir das Spartakist-Flugblatt vom 3. Februar ab.

Die Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion soll nach dem Willen der SPD/Grünen-Regierung gestoppt werden. Das Inkrafttreten des neuen rassistischen Zuwanderungsgesetzes wird als Anlass genommen, zu versuchen, Juden aus Deutschland raus zu halten. Nach den Auswahlkriterien der Innenministerkonferenz, die an die schrecklichen Naziselektionen erinnern, sollen nur noch ökonomisch „nützliche“ Juden nach Deutschland kommen dürfen: „Nach den neuen Plänen wird das Beherrschen der deutschen Sprache Voraussetzung für einen Zuzug. Außerdem müssten Zuwanderer dann maximal 45 Jahre alt sein und dürften keine Sozialhilfe beziehen. Zudem sollen die osteuropäischen Juden ein nicht näher definiertes ‚Zertifikat‘ einer jüdischen Gemeinde nachweisen“ (*Berliner Zeitung*, 18./19. Dezember). Unmittelbar würden 27.000 Juden, die schon einen Antrag eingereicht haben (und teilweise schon seit sechs Jahren auf einen Einreisebescheid warten), abgewiesen! Dieser Einwanderungsstopp ist antisemitisch und rassistisch. Wir Spartakisten rufen Linke, Immigranten, Arbeiter zum Protest auf: *Nein zum Einwanderungsstopp des Vierten Reichs gegen Juden!*

Dieser empörende Vorstoß findet im Kontext

des so genannten „Kriegs gegen den Terror“ statt, in dessen Namen die Regierung Immigranten muslimischen Hintergrunds ins Fadenkreuz nimmt. Mit der „Aktion Kehraus“ haben die Landesinnenminister in den ersten Januarwochen schwarze Listen Hunderter angeblicher Islamisten zusammengestellt, die abgeschoben werden sollen. Heute drücken sie politische, nur auf Verdacht beruhende Abschiebungen von – angeblichen – Fundamentalisten durch. Dieses enorm erweiterte Repressionsinstrument hat den Zweck, die gesamte Immigrantenbevölkerung, die Linke und die multiethnische Arbeiterklasse einzuschüchtern und wird als nächstes direkt gegen sie eingesetzt werden. Ganz konkret hat Schily das auch schon bezüglich der so genannten „Islamistendatei“ klargestellt: „Beispiele wie die PKK oder die Volksmudschahedin Irans zeigen, dass eine Beschränkung auf den islamistisch motivierten Terrorismus zu kurz griffe“ (*Der Spiegel*, 20. November). Dass sich diese rassistische Kampagne gegen Muslime auch

gegen Juden, ethnische Minderheiten und alle Linken richtet, wird noch dadurch unterstrichen, dass die Bourgeoisie alte antisemitische Stereotype für ihre antimuslimische Hetze nutzt: „Übersehen wird dabei, dass es hier weitgehend um für Migrant*innen reformulierte alte Antisemitismen geht: Von der ‚Parallelgesellschaft‘ (Den Juden, die nur ihresgleichen

Fortgesetzt auf Seite 8



kein Bildnachweis

Februar 1999: Bundeswehrsoldaten bei Reise des SPD-Kriegsministers Scharping nach Auschwitz; am Ort der größten Verbrechen des deutschen Imperialismus rechtfertigt er den Balkankrieg des Vierten Reichs

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Nein zum...

Fortsetzung von Seite 7

helfen) zur ‚Undurchsichtigkeit‘ (den verdeckt operierenden, verschwörerischen Juden) bis hin zum jüdischen und türkischen Patriarchat“ (Y. Michel Bodemann: „Unter Verdacht“, *Süddeutsche Zeitung*, 20. November).

Maßnahmen wie der Einwanderungsstopp gegen Juden, das Zuwanderungsgesetz oder die „Aktion Kehraus“ sollen ein rassistisches, antisemitisches und chauvinistisches Klima schaffen und anheizen, während die Regierung die demokratischen Rechte und die sozialen Errungenschaften der *gesamten* arbeitenden und armen Bevölkerung angreift und beschneidet. Gerade jetzt tritt Hartz IV in Kraft, wodurch breite Schichten der Bevölkerung bitterster Armut und völliger Rechtslosigkeit ausgesetzt werden. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt jetzt mehr als fünf Millionen. Durch Rassismus und Antisemitismus will die herrschende Kapitalistenklasse die Wut über die sozialen Angriffe ablenken und die Arbeiterklasse entlang ethnischer und religiöser Linien spalten und ihre organisierte Macht zerstören. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, entschlossen und vereint diesen Vorstoß der Regierung zurückzuschlagen. **Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Nieder mit dem rassistischen Zuwanderungsgesetz! Nieder mit der rassistischen Festung Europa!**

Die Bundesregierung hält so viel wie möglich über diesen unerhörten Angriff geheim: „Der Bund soll, so heißt es, zu diesem Thema Geheimhaltung bis zur schriftlichen Vorlage mit allen Beteiligten verabreden haben“ (*Berliner Zeitung*). Nachdem jüdischen Organisationen Gerüchte bekannt wurden, protestierten sie. „Seit 1989 sind ungefähr 190 000 Juden nach Deutschland gezogen und es ist unwahrscheinlich, dass noch 100 000 kommen“, sagte Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden. „Wenn man die Zahl der Juden, die im Holocaust ermordet wurden, mit der Zahl vergleicht, die hergekommen sind und wahrscheinlich noch kommen werden, dann stehen diese Zahlen in keinem Vergleich zueinander“ (*Reuters*, 7. Januar). Die bürgerliche Presse bringt nur wenige, widersprüchliche Berichte. Hinter verschlossenen Türen sollen Tatsachen geschaffen und möglichst öffentliche Proteste verhindert werden. Denn die Regierung fürchtet, dass Proteste dem Ansehen des deutschen Imperialismus Schaden zufügen würden.

Diesem fragwürdigen Ansehen dient auch der verlogene „Kampf gegen Antisemitismus“ von SPD und Grünen, die Überstunden arbeiten, um der Welt und der eigenen Bevölkerung eine größere weltweite Rolle des deutschen Imperialismus zu verkaufen. Beispielsweise führten sie 1999 den ersten Kriegseinsatz der deutschen Armee seit Ende des Zweiten Weltkriegs unter der Losung „Nie wieder Auschwitz“. Im Zuge ihres versuchten Verbotsantrages gegen die NPD kam zu Tage, dass ein Großteil dieser mörderischen Nazi-Partei staatlich mittels V-Männern geführt wird. Immer wieder werden Naziaufmärsche für Völkermord von der Polizei geschützt und linke Gegendemonstrationen terrorisiert. Im SPD/PDS-regierten Berlin wurden Linke, die am 1. Mai letzten Jahres beim Versuch verhaftet wurden, einen NPD-Aufmarsch zu stoppen, zu bis zu drei Jahren Haft verurteilt. Weiterhin decken SPD und Co. mit ihrem völlig geheuchelten „Kampf gegen Antisemitismus“ die enorme Verschärfung der rassistischen Diskriminierung der türkisch-, kurdisch- und arabischstämmigen Minderheiten hier ab und haben die Chuzpe, Palästinenser und Linke, die diese verteidigen, als die Quelle für Antisemitismus in Deutschland hinzustellen! Der unerhörte Versuch, einen Judenstopp durchzusetzen, zeigt die wahre antisemitische Fratze des selbsternannten Nachfolgestaates des Dritten Reichs. Er wirft ein grelles Licht auf die ungebrochene Kontinuität der deutschen herrschenden Kapitalistenklasse, die

1933 Hitler an die Macht brachte, um die Arbeiterklasse zu zerschlagen.

Die Herrscher Israels unterstützen den antisemitischen Einwanderungsstopp Deutschlands. Sie wollen die ex-sowjetischen Juden nach Israel zwingen, das in Wirklichkeit eine Todesfalle für die Juden ist. Der Großteil der auswandernden Juden versucht jedoch, antisemitischer Diskriminierung und dem entsetzlichen Elend der kapitalistischen Konterrevolution zu entkommen. Sie wollen nicht das Kanonenfutter für Israels blutige Unterdrückung und Vertreibung der Palästinenser stellen. So wanderten in den letzten drei Jahren nicht nur mehr osteuropäische Juden nach Deutschland als nach Israel aus, 50 000 sollen aus Israel wieder zurück nach Osteuropa ausgewandert sein, wo sie nun versuchen, nach Deutschland zu entkommen (*Berliner Zeitung*, 21. Dezember). Die Unterstützung antisemitischer Kampagnen seitens der Zionisten ist nicht neu. Im Zweiten Weltkrieg kollaborierten die späteren zionistischen Gründerväter Israels mit den Nazis. Das wohl schrecklichste Beispiel ist Ungarn 1944. Dort half das zionistische „Rettungskomitee“ den Nazis dabei, 450 000 der 800 000 ungarischen Juden innerhalb von nur drei Monaten in die Vernichtungslager zu deportieren, indem sie über das wahre Ziel der Todeszüge logen. Angesichts der sich schnell nähernden Roten Armee hätten wohl Unzählige gerettet werden können.

Das Programm für die Beseitigung von Antisemitismus und aller rassistischen Unterdrückung ist proletarischer revolutionärer Internationalismus. Wir sagen: Ehrt die Rote Armee, die vor 60 Jahren Auschwitz befreite und das Dritte Reich zerschlug. Im Gegensatz dazu haben die „demokratischen“ Imperialisten im Zweiten Weltkrieg, USA und Britannien, unterstützt von den Zionisten, ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge vor dem Holocaust dicht gemacht. Unsere Vorläufer der damals trotzkistischen amerikanischen Socialist Workers Party kämpften dafür, die US-Grenzen für jüdische Flüchtlinge vor dem Naziterror aufzumachen. Wir stehen in dieser stolzen Tradition. 1989/90 kämpften wir gegen die kapitalistische Konterrevolution in der DDR mit all unseren Kräften und warnten, dass eine kapitalistische Wiedervereinigung zu einem Aufstieg von Naziterror, Rassismus und Antisemitismus führen würde. Im September 1990 organisierten wir einen Einheitsfrontprotest gegen einen anderen skandalösen Versuch, einen Einwanderungsstopp gegen sowjetische Juden zu verhängen. Es ist dringend notwendig, dass alle Gegner von Rassismus und Antisemitismus, alle Gegner des deutschen Imperialismus und kapitalistischer Ausbeutung in Aktion treten. **Nein zum Einwanderungsstopp gegen Juden! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! ■**

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

WORKERS VANGUARD

“Right to Life” Ghouls and the
Schiavo Case

Free Jose Padilla and All the Detainees!
U.S. Outsources Torture



Sandra Bakutz nach Protesten frei

Türkei: Freiheit für die Gefangenen des 1. April 2004!

Am 10. Februar wurde die österreichische Journalistin Sandra Bakutz, die im Rahmen einer internationalen Delegation nach Istanbul reiste, zusammen mit zwei weiteren Personen nach ihrer Ankunft auf dem Flughafen festgenommen. Die SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung haben auf Kundgebungen und in Erklärungen gegen ihre Festnahme protestiert und die Verfolgung von Linken verurteilt. Wir freuen uns, dass Sandra Bakutz wieder auf freiem Fuß ist und am 31. März nach Wien zurückkehren konnte. Wir fordern die Aufhebung aller Anklagen und Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen sie.

In der Protestklärung vom 10. März beschrieb das Komitee für soziale Verteidigung den Zweck dieser Repressalien: „Aktivisten in Europa und der ganzen Welt abzuschrecken, türkische und kurdische Linke zu verteidigen; jeden zu warnen, dass die Verteidigung demokratischer Rechte als terroristisch gebrandmarkt wird und Gegenstand von Verfolgung und Folter durch das Regime der Türkei ist. Wir lehnen das Verbot der linken politischen Organisationen einschließlich der DHKP-C in der Türkei, Deutschland und anderen Teilen der EU ab.“

Ihre Verhaftung warf ein Schlaglicht auf die europaweiten Razzien im April 2004. Sandra Bakutz schrieb dazu in einem Brief aus dem Gefängnis: „Das Thema, das mich insbesondere beschäftigte ist ein Massenprozess, der am 1. April 2004 mit einer Operation gegen sämtliche demokratische, legale Vereine und deren Mitglieder begann. Diese Operation ist von Italien ausgegangen, hatte jedoch vor allem repressive Maßnahmen und Rechtsverletzungen gegen demokratische AktivistInnen in der Türkei zur Folge“ (Brief vom 18. Februar 2005).

Während Sandra Bakutz den Schergen entgehen konnte, sitzen noch immer mehr als 100 Menschen unschuldig in den berüchtigten türkischen Gefängnissen. Es bleibt die Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung, weiter für die Freiheit der „April-Gefangenen“ zu kämpfen. Im Folgenden dokumentieren wir die Protesterklärung, mit der sich das Komitee für soziale Verteidigung im April 2004 gegen den Terror und die europaweiten Razzien gegen die türkische Linke wandte. Das Komitee für soziale Verteidigung ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der SpAD.

Protestiert gegen die Hetzjagd der Polizei auf türkische Linke in Europa!

Folgende Protesterklärung wurde am 13. April 2004 gemeinsam herausgegeben vom Comitato di difesa sociale e proletaria (Codispro) in Italien und dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) in Deutschland, beides rechtliche und soziale Verteidigungsorganisationen, die mit der Lega trotskista d'Italia bzw. der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands verbunden sind. Der Protest wurde geschickt an Italiens Innenminister

Giuseppe Pisanu und den Staatsanwalt Antonio Miriano von der Staatsanwaltschaft Perugia; an Deutschlands Innenminister Otto Schily und an den Innenminister der Türkei, Abdulkadir Aksu, sowie an Ministerpräsident Erdogan.

Wir protestieren gegen den Überfall auf und die Verhaftungen von Anhängern der DHKP-C und des Antiimperialist Camp! Bei koordinierten Razzien im Morgengrauen des 1. April, Teil der „Operation Thrace“ von paramilitärischen Polizeikommandos in fünf europäischen Ländern und in der Türkei, wurden Dutzende Linke (57 laut *La Repubblica*), die meisten von ihnen türkischer Herkunft, festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Sie werden beschuldigt, die DHKP-C zu unterstützen (Devrimci Halk Kurtulus Partisi Cephesi, Revolutionäre Volksbefreiungs-Partei-Front).

Es gab Berichte über 37 Verhaftungen in Istanbul, aber Verfolgungen und Verhaftungen gab es auch in Griechenland, Deutschland und Holland. Feriye Erdal, ein Aktivist der DHKP-C, auf dessen Auslieferung die türkische Regierung seit Jahren hinarbeitet, ist in Belgien festgenommen worden und ihm droht die Hölle der türkischen Gefängnisse. Er Avni und Kilic Zeynep wurden in Italien festgenommen, zusammen mit drei Aktivisten des in Perugia basierten Antiimperialist Camp: Moreno Pasquinelli, Maria Grazia Ardizzone (Er Avnis Frau) und Alessia Monteverdi. Seit ihren Verhaftungen sind diese Aktivisten in Isolationshaft, Zugang zu Rechtsanwältinnen wird ihnen verweigert und die Anklagen gegen sie lauten auf „Vereinigung mit terroristischer Zielsetzung“ und „Subversion gegen die demokratische Ordnung“ gemäß dem berüchtigten Artikel 270 TER, der seinen Ursprung im faschistischen „Rocco Code“ hat und nach dem 11. September verstärkt wurde.

Und was sind ihre „Verbrechen“? Türkischen politischen Flüchtlingen Unterkunft, Unterstützung und Hilfe gegeben zu haben (sogar einschließlich der Anklage, einen Flüchtling geheiratet zu haben oder Zeuge einer solchen Trauung gewesen zu sein)! Wie ihr Verteidiger Giuseppe Pelazza sagte: „Um gegenwärtig verfolgt zu werden, reicht es schon aus, irgendeinem AktivistInnen geholfen zu haben, der Probleme in seinem Land hat. Es könnte auch schon genügen, dass man eine Reihe von Konferenzen mit einem Sprecher der kolumbianischen FARC oder der kurdischen PKK oder [der baskischen politischen Partei] Batasuna organisiert hat.“ **Wir fordern die sofortige Freilassung aller Verhafteten und die Niederschlagung aller Anklagen! Freiheit für alle linken Gefangenen! Nein zu den Sonder-Notstands-„Antiterroristen“-Gesetzen! Keine Deportationen!**

Diese Angriffe überall auf dem Kontinent gegen die türkische Linke und ihre Unterstützer finden statt inmitten eines hysterischen Klimas, das von den europäischen Bourgeoisien gegen Araber und Immigranten aufgepeitscht und nach den kriminellen terroristischen Anschlägen in Madrid am 11. März noch verschärft wurde. Es ist eine gefährliche Eskalation von Staatsterror gegen die Linke und gegen Immigranten. In Italien haben Innenminister Pisanu und die bürgerliche Presse umgehend die Gelegenheit benutzt,

Fortgesetzt auf Seite 21

8. Mai 1945...

Fortsetzung von Seite 1

in der Normandie eingeladen war oder als ich vor kurzem zum sechzigsten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz in Berlin gesprochen habe. Diejenigen, auf die es in der Welt ankommt, wissen, daß die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten in diesem Land nicht wollen, daß die Vergangenheit vergessen wird“ (*Welt am Sonntag*, 13. Februar). Im Kern wird das Märchen vom sauberen Bruch der deutschen Bourgeoisie und ihres Staates mit der Nazivergangenheit gepredigt. Fischer brachte das in seiner Rede am 24. Januar vor der UN-Vollversammlung zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz auf den Punkt: „Das neue, das demokratische Deutschland hat die Lehren daraus gezogen. Es ist von der historisch-moralischen Verantwortung für Auschwitz tief geprägt.“

In Wahrheit ist die Bundesrepublik Deutschland der selbst ernannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Sie wurde von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg als ein Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgebaut. Spätestens ab Anfang der 50er-Jahre waren die letzten Kapitalisten, die Hitler unterstützt, finanziert und an die Macht gebracht hatten und die im Dritten Reich eine führende Rolle gespielt hatten, wieder auf freiem Fuß und zurück an den Schalthebeln der Macht. Aus den Nazikadern wurde der westdeutsche kapitalistische Staat aufgebaut: Die Richter, die zuvor an Freislers Volksgerichtshof Kommunisten und Widerständler zu KZ und Tod verurteilt hatten, setzten nun die neue „freiheitlich demokratische“ Verfassung durch. Die SS-Mörder und Gestapo-Folterknechte bauten Polizei und Bundeskriminalamt auf. Aus der von Gehlen geführten Nazi-Spionageabteilung „Fremde Heere Ost“ wurde der Bundesnachrichtendienst, und schon Ende 1945 wertete ein Kreis von Nazigenerälen gemeinsam mit den Westalliierten den Zweiten Weltkrieg akribisch aus und plante den Neuaufbau der westdeutschen Armee. Wie ihr Vorgänger, die Wehrmacht, war die Bundeswehr als panzergestütztes Landheer darauf ausgerichtet – diesmal unterstützt von taktischen Nuklearwaffen –, die Sowjetunion zu zerschlagen. Von CIA und Vatikan wurde die so genannte Rattenlinie eingerichtet, um Nazikriegsverbrecher aus Deutschland zu schleusen. Sie wurden mit einer neuen Identität versehen und nach Lateinamerika und anderswohin gebracht, wo sie dann mit ihrer mörderischen Erfahrung dem Aufbau und der Aufrechterhaltung der blutigen lokalen Militärdiktaturen dienten. Vieles wurde gut dargelegt in Jörg Friedrichs *Die kalte Amnestie* (1984). Gleichzeitig halfen die US-Imperialisten, die die unersetzba-

ren Dienste der SPD für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nicht vergessen hatten, die Sozialdemokratie als antikommunistisches Bollwerk innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse wieder aufzubauen, um mit ihrer Hilfe den Einfluss der stalinistischen KPD zurückzudrängen und die Gewerkschaften von Kommunisten zu säubern.

Stalin wollte auf keinen Fall eine Arbeiterrevolution in Deutschland und Europa, denn er fürchtete, dass dies die sowjetischen arbeitenden Massen inspirieren könnte, die Sowjetbürokratie zu stürzen. Er strebte ein neutrales kapitalistisches Deutschland als Pufferstaat an. Doch die Imperialisten ließen sich auf keinen Deal ein und wollten, wie Adenauer es ausdrückte, lieber das halbe Deutschland ganz haben als umgekehrt. So errichtete der Kreml 1948 in Ostdeutschland einen deformierten Arbeiterstaat und enteignete dort die deutsche Bourgeoisie. Die DDR wurde nach dem Vorbild des sowjetischen Arbeiterstaats nach Jahrzehnten stalinistischer Degenerierung aufgebaut. Dort wurde im Gegensatz zu Westdeutschland dem Faschismus die soziale Grundlage, der Kapitalismus, entzogen. Der Großteil der Kader, die die DDR aufbauten, kam direkt aus den KZs oder aus dem Exil.

Schröders Gedenken sowjetischer Opfer – Heuchelei für imperialistische Zusammenarbeit

Als Teil des antikommunistischen Konsenses des Kalten Kriegs gegen die Sowjetunion halfen die US-Imperialisten ihren deutschen Verbündeten großzügig dabei, die Geschichte der Naziverbrechen tief zu begraben. Seit der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 haben die interimperialistischen Rivalitäten zwischen den USA und Deutschland, Frankreich usw. zugenommen, was sich auch in den Gedenkveranstaltungen widerspiegelt. So wurde Schröder letztes Jahr als erster deutscher Bundeskanzler vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zur Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie eingeladen: „Die Einladung sei ein Zeichen für die neue Form der Zusammenarbeit mit den französischen Partnern und dafür, dass sich die Zeiten tatsächlich geändert hätten, sagte [Regierungssprecher] Steg“ (2. Januar 2004).

Die „neue Form der Zusammenarbeit“ kam vor allem über die gemeinsame Opposition Deutschlands, Frankreichs und Russlands gegen den US-geführten Krieg gegen den Irak zustande. Diese Opposition hatte absolut nichts mit irgendeiner Friedensliebe zu tun, wie die imperialistische Besetzung der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan oder der französischen Armee in Sierra Leone zeigt. Vielmehr verfolgt der deutsche Imperialismus seine Interessen und versucht die alleinigen Weltherrschaftsansprüche der USA einzudämmen. Mit dem Irakkrieg sowie seinem „Unilateralismus“ will der US-Imperialismus dagegen seine Rivalen in die Schranken verweisen. Wie unsere Genossen der SL/U.S. erklären: „Die überwältigende globale militärische Vorherrschaft der USA steht im scharfen Widerspruch zu ihrer schwindenden ökonomischen Basis... Die amerikanische Kapitalistenklasse kann heute nicht einfach so ihren industriellen Niedergang umdrehen, nachdem sie die Deindustrialisierung des Landes verwaltet hat und besessen ist von der Jagd, Arbeitern im Ausland größere Profitraten abzupressen. Dies ist die materielle Basis für das tollwütige Verhalten der Bush-Regierung. Ihre Haltung erinnert an die Belagerungsmentalität der Afrikaner in Südafrika, der Ulster-Protestanten in Nordirland und der Zionisten im Nahen Osten“ (*Workers Vanguard* Nr. 843, 4. März). Mit seinem Wirtschaftsaufkommen, das etwa ein Drittel dessen der USA beträgt, ist Deutschland grundsätzlich auf imperialistische Verbündete angewiesen. Deshalb strebt es danach, die Europäische Union, einen imperialistischen Handelsblock, in ein



Berlin, 1. Mai 2004: Bullen des SPD/PDS-Senats schützen Nazis und wüten gegen Linke

Instrument für seine politischen Herrschaftsambitionen zu verwandeln. Doch wie der Irakkrieg erneut deutlich illustrierte, ist die EU von entgegengesetzten imperialistischen Interessen zerrissen, einschließlich Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland. Allein schon um den militär-technologischen Anschluss an die USA nicht zu verlieren, müsste die deutsche Bourgeoisie ihr Militärbudget massiv erhöhen; und das kann sie nur finanzieren, indem sie die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse drastisch erhöht. Und so hängen die Weltmachtpläne der deutschen Bourgeoisie in großem Maße vom Verlauf des Klassenkampfes im eigenen Land ab.

Wie Chirac lud auch der russische Präsident Putin Schröder zu den 60-Jahr-Feiern ein. Gernot Erler, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erklärte dazu: „Der Tag wird an die 30 Millionen Kriegsoffer in der Sowjetunion erinnern und an die Verwüstungen, die Hitlers Armeen hinterlassen haben. Aber die Gedenkfeiern, das wünschen sich die Veranstalter, sollen auch Signale für eine europäische Versöhnung aussenden. Erstmals ist der deutsche Regierungschef zur Teilnahme eingeladen. Und schon einen Tag später wird der EU-Russland-Gipfel in Moskau tagen und den Blick nach vorne richten“ (*Frankfurter Rundschau*, 12. März). Putin nutzte seine Rede in Auschwitz am 27. Januar, um damit den „Krieg gegen den Terror“ zu rechtfertigen, in dessen Namen Russland seinen massenmörderischen Kolonialkrieg gegen Tschetschenien führt: „Wir müssen uns auch darüber klar sein, dass die moderne Zivilisation heute mit einer neuen und nicht weniger schrecklichen Bedrohung konfrontiert ist. Terroristen haben die Rolle der Henker in ihren schwarzen [SS-]Uniformen übernommen.“ Die heutige russische Armee ist eine kapitalistische Armee und steht in der Tradition der zaristischen Armee. Sie hat mit der von Trotzki gegründeten Roten Armee des Arbeiterstaates Sowjetunion nichts mehr zu tun. Für ein Bündnis mit dem kapitalistischen Russland, das sich völlig zu Unrecht mit den Lorbeeren des heldenhaften Sieges der sowjetischen Roten Armee schmückt, vergießt die rabiat antikommunistische SPD, die die Sowjetunion zeit ihrer Existenz bekämpft hat, heute Krokodilstränen für die Rote Armee und die Opfer der sowjetischen Arbeiterklasse.

Die Einladung Putins zum 9. Mai führte zu einer Kontroverse mit der konservativen CDU/CSU. Diese lehnt die Strategie der SPD/Grünen-Regierung ab, in einem Bündnis mit Frankreich und Russland unabhängiger von den USA zu agieren. Sie glaubt, die Interessen des deutschen Imperialismus sind besser zu realisieren, wenn man stärker im Fahrwasser der USA agiert. Nicht zuletzt ist sie über eine zu starke Abhängigkeit von Russland, das sie für nicht so zuverlässig und stabil hält, sowie um die mögliche internationale Isolation besorgt. Beispielsweise warnte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedbert Pflüger: „Deutschland ist inzwischen zu rund 47 Prozent, einige neue EU-Staaten wie die Slowakei sind zu 100 Prozent auf russisches Gas angewiesen. Ein zufälliger oder gewollter Ausfall der Lieferung hätte große Auswirkungen. So wichtig und sinnvoll die Energieallianz Deutschlands mit Russland ist, kann diese nicht außer Acht lassen, dass Russland den Energiehandel als potenzielles Druckmittel gegenüber abhängigen Staaten versteht“ (www.friedbert-pflueger.de, 9. März). Entsprechend solidarisierte sich Pflüger mit dem üblen antikommunistischen Aufschrei der baltischen Regierungen, die Putins Einladung zum 9. Mai als „Beleidigung“ bezeichneten, und ermahnte Schröder, „der historischen Wahrheit Gehör zu verschaffen“: „Der 9. Mai stehe im Baltikum eben nicht nur für das Ende der nationalsozialistischen Diktatur, sondern ,heute vielmehr noch für die fortgesetzte Okkupation durch die totalitäre Sowjetunion“ (*Spiegel online*, 3. März). Die gleichen herrschenden Eliten

des Baltikums, die gegen die ehemalige Sowjetunion hetzen, ehren die ehemaligen baltischen SS-Truppen, die während der Nazi-Besetzung furchtbare Verbrechen an Juden und Kommunisten begingen.

Neuaufguss des heuchlerischen „Aufstands der Anständigen“

Innenpolitisch sind die Gedenkfeiern von der Frage der NPD beherrscht. Es ist ein bitteres Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, dass der Naziabschaum versuchen kann, am 8. Mai zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durchs Brandenburger Tor zu marschieren. Wir Trotzkiisten haben im Herbst 1989/90 mit allen Kräften unserer Internationale in die sich entwickelnde proletarisch-politische Revolution in der DDR interveniert. Gegen den kapitalistischen Anschluss haben wir für eine revolutionäre Wiedervereinigung gekämpft, d. h. in der DDR für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch eine politische Revolution und im Westen für den Sturz der Bourgeoisie und ihre Enteignung durch eine soziale Revolution. Wir riefen zu einem roten Rätedeutschland auf. Höhepunkt unserer Intervention war der von uns initiierte Arbeitereinheitsfrontprotest am 3. Januar 1990 gegen die Nazischändung des Ehrenmals in Berlin-Treptow, wo die sowjetischen Soldaten ruhen und geehrt werden, die ihr Leben im Kampf um die Befreiung Berlins von den Nazis gaben. In unserem Aufruf warnten wir: „Noch ist der wieder aufsteigende Faschismus eine extremistische Randscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument ein solches Großdeutschland herbeizuführen.“ Wir riefen vor der Viertelmillion Werktätigen, die zu diesem prosozialistischen prosowjetischen antifaschistischen Protest kamen, zur Gründung und Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten auf. Wie wir warnten, hat die Konterrevolution zu Massenarbeitslosigkeit und zu einer massiven Zunahme des staatlichen Rassismus und, dadurch ermutigt, von Nazi-Terror geführt. Die Pseudotrotzkiisten von SAV und Linksruck bis Gruppe Arbeitermacht reden heute groß vom Kampf gegen Faschismus und versuchen, ihren Reformismus mit Trotzki-Zitaten abzudecken. Doch sie alle haben die

Fortgesetzt auf Seite 12

Veranstaltung

**Die Rote Armee zerschlug
das Nazi-Regime!**

**SPD/Grüne/PDS – Volksfront für
deutschen Imperialismus**

Dienstag, 10. Mai, 18.30 Uhr

Mehringhof, Versammlungsraum
Gneisenaustr. 2a
(U Mehringdamm)

Berlin

Samstag, 14. Mai, 16 Uhr

Café – Raum der AIDS-Hilfe e. V.
Lange Reihe 30–32
(U/S Hauptbahnhof)

Hamburg

8. Mai 1945...

Fortsetzung von Seite 11

kapitalistische Wiedervereinigung 1990 aktiv unterstützt und damit ihren Beitrag zum Erstarben der Nazis geleistet.

Um den Faschismus zu besiegen, ist es notwendig, zu verstehen, dass der Kapitalismus ihn verursacht. Die deutsche Bourgeoisie wollte Hitler an der Macht und sie warf ihr Gewicht – Geld, Macht und zahllose Beziehungen – Anfang der 30er-Jahre in seine Waagschale. Sie setzte auf die Faschisten, weil sie ihre Herrschaft durch die Arbeiterklasse bedroht sah. 1918/19, nur wenige Jahre zuvor, hatte sich die deutsche Arbeiterklasse, inspiriert von der Oktoberrevolution in Russland 1917, erhoben und versucht den Kapitalismus zu stürzen. Die Bourgeoisie konnte ihre Herrschaft nur retten dank des Verrats der SPD, die die gegründeten Arbeiter- und Soldatenräte, so schnell sie konnte, auflöste und über ihren Bluthund Gustav Noske die Revolution mit Hilfe der Freikorps in Blut ertränkte. Der Kern der Freikorps baute später die faschistische NSDAP auf. Die beste Möglichkeit für eine proletarische Revolution ergab sich 1923, als der französische Imperialismus das Ruhrgebiet besetzte. Die folgende Hyperinflation hebelte faktisch den SPD-kontrollierten Gewerkschaftsapparat aus. Die Mehrheit des Proletariats schaute auf die KPD. Doch die Brandler-Führung der KPD zögerte, unterstützt von Sinowjew und Stalin in der Führung der Kommunistischen Internationale. Statt den Aufstand zu organisieren, bildete sie eine bürgerliche Regierung mit dem linken Flügel der SPD in Sachsen. Sie wollte sich von der SPD in einer Abstimmung den Aufstand genehmigen lassen, und als diese wie vorherzusehen dagegen stimmte, blies die KPD-Führung den Aufstand ab. In der Sowjetunion riss die Bürokratie Ende 1923/Anfang 1924 die politische Macht an sich. Sie nutzte die Enttäuschung und Apathie der vom Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg ausgebluteten und erschöpften russischen Arbeiterklasse über die Niederlage in Deutschland aus und Stalin verkündete, ein Bruch mit dem bolschewistischen Internationalismus, den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ (Siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001).

Die Niederlage der proletarischen Revolution in Deutschland führte nicht einmal zehn Jahre später direkt zum Aufstieg der Faschisten. Die Nazis stützten sich auf das Kleinbürgertum. Dieses schwenkte – nach dem Versagen der Arbeiterklasse, einen revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Misere zu zeigen – unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er-Jahre rapide nach rechts und wurde von den Faschisten in deren Schocktruppen der SA und SS zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterbewegung

organisiert. Die Führung der Sozialdemokraten wollte die Arbeiter nicht gegen die Nazis mobilisieren, denn sie fürchtete, dass die Arbeiter, einmal in Bewegung gesetzt, nicht dabei stehen bleiben würden, die Nazis zu stoppen, sondern das vollenden würden, was sie vor knapp zehn Jahren versucht hatten. Die SPD-Führung war vor die Alternative gestellt: Arbeiterrevolution oder bürgerliche Herrschaft. Und anstatt die Arbeiter unabhängig von der Bourgeoisie zu mobilisieren, appellierte sie an die völlig bankrotte bürgerliche Demokratie. Damit entwarfnete sie die Arbeiter und lieferte sie dadurch den Nazis aus – was auch für die SPD selber selbstmörderisch war.

Die Arbeiter, die bei SPD und KPD organisiert waren, wollten Anfang der 30er-Jahre kämpfen. Doch statt dass die KPD der SPD-Führung den gemeinsamen Kampf zur Zerschlagung der Nazis aufzwang, half die KPD-Führung der SPD-Führung dabei, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Thälmann und Stalin kamen mit der Linie heraus, die SPD sei „sozialfaschistisch“, womit sie faktisch die sozialdemokratischen Arbeiter mit Faschisten gleichsetzten und so der SPD-Führung in die Arme trieben. Trotzki und die Internationale Linke Opposition kämpften darum, dass die KPD der SPD die leninistische Einheitsfront gegen den Faschismus aufzwingt, nach dem Motto: getrennt marschieren, vereint schlagen. Man einigt sich darauf, sich gegen die Faschisten unabhängig vom Staat gemeinsam zu verteidigen bei völliger Freiheit der Propaganda und gegenseitigen Kritik. Im Kampf können die Arbeiter dann prüfen, welche Führung die bessere ist. Die Trotzlisten (Bolschewiki-Leninisten) verbreiteten Trotzki's „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“, wo er den Weg aufzeigt, wie der Faschismus zu schlagen ist, in zehntausenden Exemplaren. In Erkenschwick und Oranienburg setzten die deutschen Trotzlisten 1932 dieses Programm exemplarisch in die Tat um und organisierten effektive Arbeiterverteidigungsgruppen von KPD und SPD.

Die Reaktion der Stalinisten auf die Machtergreifung Hitlers nach ihrer kampflosen feigen Kapitulation in Deutschland war die „Vierte Periode“ ... von Panik und Kapitulation“, wie Trotzki schon zwei Jahre zuvor gewarnt hatte. Die Sowjetbürokratie proklamierte nun die Volksfront gegen den Faschismus und versuchte, sich bei den Bourgeoisien der demokratischen imperialistischen Mächte einzuschmeicheln, indem sie bewusst die revolutionäre Arbeiterbewegung in Europa einzudämmen versuchte. Das Prinzip der leninistischen Einheitsfront *Klasse gegen Klasse* wurde über Bord geworfen und das Proletariat seinen Ausbeutern untergeordnet im Namen des Kampfes der (bürgerlichen) Demokratie gegen den Faschismus, des Blocks der progressiven Kräfte gegen die Reaktion. In Frankreich ging die Kommunistische Partei 1934 einen Block mit den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Radikalen ein und würgte im Namen der Einheit mit den bürgerlichen Demokraten die Klassenkämpfe ab, besonders die Welle von Fabrikbesetzungen 1936, die den Beginn der proletarischen Revolution in Frankreich signalisierten. Indem die Volksfront das Proletariat knebelte, beschleunigte sie in Wirklichkeit den Sieg der faschistischen Reaktion. Denn der Faschismus ist ein Produkt des verfaulenden Kapitalismus und kann daher nur mit den Mitteln des Klassenkampfes und letztlich der proletarischen Revolution bekämpft werden. Nachdem die Volksfront in Frankreich ihre Hauptaufgabe erledigt hatte, nämlich die Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern und die Kampfmoral der Arbeiter zu brechen, wurde sie auf den Müll geworfen und letztlich durch die Militärdiktatur des Vichy-Regimes ersetzt, das mit Hitler kollaborierte. Auch in Spanien wurde im Namen der Volksfront die Arbeiterrevolution gegen die Bourgeoisie von den Führern der Anarchisten, Sozialisten, Stalinisten und der zentristischen POUM verhin-



**Leo Trotzki,
Gründer der
Roten Armee.
Gemeinsam mit
Lenin Führer
der siegreichen
proletarischen
Oktoberrevolu-
tion von 1917**



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Spartakisten rufen vor 250 000 zu Arbeiter- und Soldatenräte auf

dert und so der Weg für den Sieg der Franco-Faschisten geebnet. Die heutigen „Bündnisse gegen rechts“, ob mit oder ohne Regierungsbeteiligung, stehen in der Tradition der konterrevolutionären Volksfronten der 30er-Jahre.

Regierung und konservative Opposition nahmen den für den 8. Mai angekündigten Nazi-Aufmarsch am Brandenburger Tor in Berlin als Vorwand, um das Versammlungsrecht zu beschneiden. Dabei wird sogar offen zugegeben, dass dies auf den Aufmarsch selber keinen Einfluss hat. Die Gesetzesänderung soll verhindern, dass die Nazis Holocaust-Mahnmal oder vor „Gedenkstätten von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung“ aufmarschieren können. SPD, PDS, Grünen und CDU geht es nur um das Ansehen des deutschen Imperialismus und um den Abbau demokratischer Rechte. Gleichzeitig wollen sich SPD und PDS vor den Arbeitern als Antifaschisten präsentieren. Genau diesem Zweck dient auch die „Berliner Initiative: Europa ohne Rassismus“. Dieses Bündnis reicht von der Antifaschistischen Linken Berlins (ALB) über den DGB Berlin Brandenburg, der PDS, der SPD und den Berliner Bürgermeister Wowereit bis hin zu allerlei Pfaffen, der FDP und CDU. Ziel des Bündnisses ist, den Staat dazu zu zwingen, den Naziaufmarsch dorthin zu verlegen, wo er dem Ansehen Deutschlands nicht schadet. Der Aufruf, am 8. Mai am Brandenburger Tor zu demonstrieren, ist explizit so zugeschnitten, dass ihn auch die CDU ohne Schwierigkeiten unterzeichnen konnte, indem man die Rote Armee mit keinem Wort erwähnt und dezent nur von „Alliierten“ spricht. Der eigene Aufruf der ALB stellt dagegen die Rote Armee heraus, was aber nur dazu dient, Linke in das Bündnis einzubinden. Damit ist die Mobilisierung ganz im Sinne der SPD/Grünen-Regierung, die zu einer „Volksfront gegen rechts“ aufrief: „Bundeskanzler Gerhard Schröder macht sich für eine Großdemo gegen Rechts am 8. Mai stark, dem 60. Jahrestag des Kriegsendes. Voraussetzung sei aber, daß der Protest von einem breiten demokratischen Bündnis unterstützt werde“ (*Financial Times Deutschland*, 4. Februar).

Solches Staatstheater stoppt keinen einzigen Nazi-aufmarsch, sondern ist vielmehr dazu da, die Arbeiterklasse zu knebeln und davon abzuhalten, eine klassenkämpferische Antwort auf die Naziprovokationen zu geben. Die gleiche ALB, die heute die Volksfront der Bundesregierung unterstützt, hat als Teil vom Berliner „Bündnis gegen rechts“ die Mobilisierung gegen den NPD-Aufmarsch am 1. Mai letzten Jahres mit durchgeführt, wo Autonome und Linke mutig gegen wütenden Bullenterror des Berliner SPD/PDS-Senats den Nazis den Weg versperren konnten. Ursache dieses Hin und Her ist die Zurückweisung einer proletarischen Strategie durch viele militante autonome Antifaschisten, die fälschlich die Arbeiterklasse mit ihrer sozialdemokratischen

Führung gleichsetzen. Und so gibt es abwechselnd Volksfrontbündnisse mit den sozialdemokratischen Führern und dann wieder Antifa-Mobilisierungen von Jugendlichen, die sich zwar mutig gegen die verhasste Nazibrut werfen, aber keine langfristige Strategie aufzeigen können, wie man effektiv gegen die Nazis kämpfen kann, insbesondere da der bürgerliche Staat seine Macht immer wieder einsetzt, um die Nazis zu schützen. Die Autonomen verteidigen, allen gut klingenden, aber letztlich hohlen Sprüchen zum Trotz, höchstens den Status quo, d. h. die bürgerliche Demokratie. Worauf es ankommt, ist, die Linken, Arbeiter, Immigranten und Jugendlichen, die die Nazis wirklich stoppen wollen, mit einem politischen Programm zu bewaffnen, das ihnen eine Perspektive weist hin zur Eroberung der Macht der Arbeiterklasse durch sozialistische Revolution. Das setzt den Bruch mit den sozialdemokratischen Irreführern und mit jeder Art von Klassenkollaboration voraus, die den Kapitalismus verewigen will.

Was wir brauchen, sind von Staat und Regierung unabhängige Mobilisierungen der multiethnischen Arbeiterklasse an der Spitze aller potenziellen Opfer der Faschisten, um die Nazis an dem Ort und zu der Zeit zu zerschlagen, wo sie den Kopf aus ihren Rattenlöchern stecken. Eine solche klassenkämpferische Perspektive von Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen durchbricht die engen ökonomischen Grenzen, die die sozialdemokratischen Spitzen den gewerkschaftlichen Kämpfen setzen, die sie ohnehin sabotieren. Sie würde einen machtvollen Schlag gegen die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse bedeuten. Und sie weist einen revolutionären Ausweg aus dem Kapitalismus, der die Nazis hervorbringt:

„Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in der Redaktionsstube eines liberalen Blattes, sondern in der Fabrik und endet auf der Straße. Die Streikbrecher und der private Wachdienst in den Fabriken sind die Urzellen der faschistischen Armee. Die *Streikposten* sind die Urzellen der proletarischen Armee. Davon muss man ausgehen. Bei jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man die Einsicht propagieren, daß es notwendig ist, *Abteilungen einer Arbeiterselbstwehr* zu bilden.“ (*Übergangsprogramm der Vierten Internationale*, 1938)

Keine Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat!

Nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen forderte die PDS, das Verbotverfahren gegen die NPD erneut aufzunehmen. Dies stieß auf Skepsis. Das letzte Verfahren musste eingestellt werden und endete mit der für die Regierung äußerst unangenehmen Entlarfung, dass 15 Prozent der NPD-Führung V-Leute sind, die Partei quasi staatlich geführt wird. Die reformistische DKP ist auch für ein Verbot: „Zusammen mit allen Antifaschistinnen und Antifaschisten wenden wir uns gegen jede Verharmlosung faschistischer Strukturen und ihre Tolerierung durch staatliche Stellen – die DKP hält die Erinnerung daran wach, was Faschismus bedeutet, und fordert das Verbot aller neofaschistischen Parteien und Organisationen“ (17. Parteitag der DKP, 12./13. Februar). Auch die reformistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) kommt wieder mit ihrem „Verbot aller faschistischen Organisationen“ daher. In einem Artikel in der *Roten Fahne* vom 27. Januar beschreibt die MLPD, wie die Nazis vom Staat als Schocktruppen gegen soziale Proteste eingesetzt werden: „Bisher beschränkte sich der Staatsapparat darauf, Aufmärsche der Faschisten zu schützen. Inzwischen werden die Faschisten aber durch die Polizei massiv in die antifaschistischen Montagsdemos gedrängt. Eine solche polizeilich durchgesetzte Infiltration der Montagsdemo-Bewegung gegen den Willen der Organisatoren ist aus Städten wie Dresden, Magdeburg,

Fortgesetzt auf Seite 14

Dresden...

Fortsetzung von Seite 2

Groehler: Es habe im Interesse der Westalliierten gelegen, dass die deutschen Panzer an der Ostfront genug Kraftstoff haben, um die Russen möglichst lange vom Reichsgebiet fern zu halten – so lange jedenfalls, bis die angloamerikanischen Invasoren weit genug vorgerückt waren, um den kommunistischen Einfluss im Nachkriegseuropa begrenzen zu können.“

Groehler hat vollkommen Recht. Bezüglich der Bombardierung Dresdens wurde sogar explizit im Tagesbefehl der Royal Air Force erklärt, dass dies auch eine Warnung an „die Russen“ sein sollte: „Mit dem Angriff ist beabsichtigt, den Feind dort zu treffen, wo er es am meisten spüren wird. Hinter der teilweise schon zusammengebrochenen Front gilt es, die Stadt unbenutzbar zu machen und nebenbei den Russen, wenn sie einmarschieren, zu zeigen, was das Bomber Command leisten kann“ (*Die Welt*, 20. Februar 2004). Den gleichen Zweck, die Sowjetunion einzuschüchtern und die Arbeiterklasse zu demoralisieren, verfolgten die verbrecherischen Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki im Sommer 1945.

Der Dresdner Oberbürgermeister Ingolf Roßberg (FDP) benutzte die Argumentation des britischen Historikers Frederick Taylor, der Churchills Bombardierung Dresdens zwar als unmenschlich kritisiert, doch als militärisch durchaus gerechtfertigt hinstellt: „Dresden war im Februar 1945 das größte noch existierende Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie. Deshalb müssen wir uns von der Formel der ‚unschuldigen Stadt‘ lösen.“ Nur zielte die Bombardierung Dresdens nicht auf die Rüstungsbetriebe, die am Stadtrand



Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga von 1995 in Deutsch, Polnisch, Englisch und Russisch zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee

lagen, ab! Diese wurden auch kaum getroffen, was Taylor selber in seinem durchaus lesenswerten Buch „Dresden, 13. Februar 1945“ auch ehrlicherweise zugibt. Aufgrund günstiger Wetterbedingungen und absoluter Abwesenheit von Flak konnten die Bomber ihr Ziel, die Dresdner Innenstadt (wo kaum ein Betrieb, geschweige denn ein Rüstungsbetrieb stand), hervorragend ins Visier nehmen und fast 40 000 Dresdner Zivilisten und Flüchtlinge, vor allem Frauen, alte Menschen und Kinder ermorden. Dies war ein Kriegsverbrechen.

Ein Beitrag in der *Frankfurter Rundschau* rechtfertigt die Einäscherung Dresdens damit, dass einige der wenigen übrig gebliebenen Dresdner Juden so ihrer Deportation nach Auschwitz entgingen: „Rettendes Inferno – Der Untergang Dresdens im Februar 1945 bewahrte die 20 Jahre alte Henny Wolf vor dem Konzentrationslager“. Natürlich kann

8. Mai 1945...

Fortsetzung von Seite 13

Köln, Görlitz, Stralsund und anderen bekannt.“ Die gefährlichen illusorischen Verbotsforderungen von PDS, DKP und MLPD sind der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Faschisten entgegengesetzt. Sie demobilisieren die Arbeiterklasse und predigen tödliche Illusionen in den bürgerlichen Staat. Dieser Staat, der im Kern aus Polizei und Armee, Gerichten und Gefängnissen besteht, dient der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, deshalb nennen wir Marxisten diese Demokratie eine *bürgerliche Demokratie*, d.h. eine Demokratie für die herrschende Kapitalistenklasse. Dieser Staat schützt die Faschisten, weil diese die Reservearmee der Bourgeoisie sind. Deshalb werden auch Gesetze, die im Namen des Kampfes gegen rechts verabschiedet werden, letztlich gegen die Linke und Arbeiterbewegung eingesetzt werden.

Die kürzlichen Wahlerfolge der faschistischen NPD sind ein Ergebnis der sozialen Angriffe der SPD/Grünen-Regierung (und der Berliner SPD/PDS-Senat ist keinen Deut besser) wie Agenda 2010 oder Hartz IV. Diese verschärften Angriffe haben besonders katastrophale Auswirkungen in Ostdeutschland, das infolge der kapitalistischen Wiedervereinigung deindustrialisiert wurde. Gleichzeitig ist der rassistische „Krieg gegen den Terror“, der sich gegen muslimische Immigranten richtet, Wind in den Segeln der Nazis. Wie Trotzki 1929 erklärte, ist die Sozialdemokratie, die dem Kapitalismus verpflichtet ist, kein Hindernis gegen die Nazis, sondern bahnt ihnen den Weg: „In Österreich wie in

allen anderen Ländern tritt der Faschismus als notwendige Ergänzung der Sozialdemokratie auf, lebt von ihr und kommt mit ihrer Hilfe zur Macht... Der Faschismus nährt sich von der Sozialdemokratie, aber er muß ihr den Schädel einschlagen, um an die Macht zu kommen. Die österreichische Sozialdemokratie tut, was sie kann, um ihm diese chirurgische Operation zu erleichtern.“

Heute, wo die Zerstörung von DDR und Sowjetunion das Bewusstsein der Arbeiterklasse weit zurückgeworfen hat und die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht bedroht sieht, hält sie sich die Nazis in Reserve und benutzt sie sowohl als politisches Druckmittel als auch um Linke und Immigranten zu terrorisieren. So drückt sich die Stärkung der NPD vor allem in einer Zunahme ihres Mordterrors auf der Straße aus. Für die Organisation des Kampfes gegen Sozialraub, gegen staatliche rassistische Unterdrückung und gegen den Nazi-Terror ist es notwendig, einen kompromisslosen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Irreführer und ihre pseudolinken Wasserträger zu führen. Wir müssen darum kämpfen, eine Partei aufzubauen, die in der Lage ist, die Arbeiterbasis der Sozialdemokratie, SPD und PDS, von ihrer Führung zu brechen. Diese Parteien sind, wie Lenin erklärte, bürgerliche Arbeiterparteien, d.h. sie haben eine proletarische Basis, aber ein völlig bürgerliches Programm. Die Schmiedung eines politischen Kampfinstrumentes, einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, ist dringend nötig. Dem Kampf, eine solche Partei aufzubauen, haben wir Spartakisten uns verpflichtet. *Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der proletarischen Revolution!* ■

man sich über jeden einzelnen nur freuen, der der Nazivölkermordmaschine durch welche glücklichen Umstände auch immer lebend entkam. Henny Wolf hatte wahnsinniges Glück, nicht von einer britischen Bombe zerrissen oder vom Feuersturm erfasst zu werden. Im *FR*-Artikel wird das auch indirekt wiedergegeben: „Irgendwann mitten in der Nacht in einer engen Gasse erfasst der Sog des Feuers die Menschen. ‚Meine Mutter schwebte plötzlich. Wir hielten uns alle an den Händen.‘“ Was der Artikel versucht zu verdecken, ist, dass das Schicksal der europäischen Juden den britischen und amerikanischen Alliierten völlig gleichgültig war.

Ein *Spiegel*-Interview (29. Oktober 2001) mit Gerhart Riegner, der 1942 den jüdischen Weltkongress vom Holocaust informierte, bringt die bittere Wahrheit über den US- und den britischen Imperialismus auf den Punkt:

„Riegner: Es fehlte der Wille zum Retten. Uns haben die Amerikaner im Juni 1944 gesagt, man könne Auschwitz nicht bombardieren. Das sei zu weit entfernt, die Flugzeuge würden den Rückweg nicht schaffen. Zur gleichen Zeit griffen Bomber jedoch mehrfach die Buna-Werke der I.G. Farben in Monowitz an, fünf Kilometer von Auschwitz entfernt. Warum hat man uns belogen?“

Spiegel: Auch die anderen westlichen Regierungen waren kaum bereit, den Opfern zu helfen.

Riegner: Das stimmt, leider. Die meisten Länder hatten Angst, dass man ihnen die Juden auf den Hals schickt. Da war es ihnen lieber, sie wurden umgebracht, irgendwo weit weg. Das ist das Grauenhafteste von allem, aber so ist es gewesen.“

Tausende Dresdner strömten zum offiziellen Gedenken an die Opfer des Dresdner Feuersturms. Sie wollten ihrer Liebsten gedenken und Zehntausenden anderer, die unschuldig ermordet worden waren, und ein Zeichen setzen, dass so etwas nie wieder geschieht. Sie waren, wie Arbeiter und Immigranten in ganz Deutschland, wütend über die Naziprozokation, die gleichzeitig stattfand. Der *Guardian* (14. Februar) berichtet: „Das ist ein schrecklicher Tag für Dresden – Ich bin wütend“, sagte Ursula Hamann, 77, die in der Stadt lebte und den Angriff 1945 überlebte. ‚Es ist traurig sehen zu müssen, dass so etwas wieder in Deutschland geschieht.‘ Edeltraud Krause sagte: ‚Sieh sie dir an. Du musst dir nur ihre dummen Gesichter ansehen. Sie repräsentieren uns nicht.‘“ In Ergänzung des Naziaufmarschs mobilisierten die so genannten „Antideutschen“ gegen die Dresdner Bevölkerung und bejubelten zynisch die Einäschung Dresdens: „No tears for Krauts“, „Bomber Harris – Do it again!“ („Keine Tränen für Krautfresser“, „Bomber Harris – mach's noch mal!“) waren ihre Losungen. Diese Ex-Linken kauen die Kollektivschuld-Ideologie wider, wie sie von Fischer sowie einer ganzen Reihe gutbürgerlicher liberaler Feuilletonisten vertreten wird. So vom Historiker und Journalisten Götz Aly, der kürzlich einen Artikel mit dem unglaublichen Titel „Die Wohlgefühl-Diktatur“ im *Spiegel* veröffentlichte. Der Artikel soll einen Vorgeschmack auf Alys Buch „Hitlers Volksstaat“ geben und bringt den Zweck der Kollektivschuldflüge, die deutsche Bourgeoisie weißzuwaschen, auf den Punkt: „Wer die verbrecherische Dynamik des Nationalsozialismus verstehen will, sollte nicht länger auf Großbanken und Konzerne starren.“ Ein anderes Beispiel ist die weiter oben erwähnte Rechtfertigung der Einäschung Dresdens in der *Frankfurter Rundschau*.

Tatsächlich sind die „Antideutschen“ kein Teil der Linken, sondern Fischers „Putztruppe“, die versucht, die Linke mit allen Mitteln zu zerstören und gegen Immigranten mit muslimischem Hintergrund zu hetzen. In ihrer „Solidarität mit Israel“ stehen die „Antideutschen“ ganz auf einer Linie mit dem Bundesaußenministerium. So führte Fischer bei seiner Gedenkrede vor der UN-Vollversammlung zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 24. Januar aus:

„Das Existenzrecht des Staates Israel und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger wird immer unverhandelbare Grundposition deutscher Außenpolitik bleiben. Darauf wird sich Israel stets verlassen können.“ „Solidarität“ mit den zionistischen Herrschern Israels, die das palästinensische Volk blutig unterdrücken, hat *nichts* mit dem Kampf gegen Antisemitismus zu tun. Wir verteidigen das enteignete und verelendete palästinensische Volk gegen den zionistischen Staatsterror. Gleichzeitig geben wir dem arabischen Nationalismus und dem islamischen Fundamentalismus kein Jota Unterstützung. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht sowohl der palästinensischen als auch der hebräisch-sprachigen Nation, auch wenn letzteres im Augenblick nicht bedroht ist. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es keine gerechte Lösung, wenn zwei Nationen, wie in Israel/Palästina, ein und dasselbe Territorium für sich beanspruchen. Nur eine Arbeiterrevolution im Nahen Osten, die die Scheichs und Obristen, die Mullahs und die zionistischen Herrscher hinwegfegt, kann die Grundlage für eine gerechte, demokratische Lösung der nationalen Frage schaffen. Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Während Fischer seine Krokodilstränen über Auschwitz in der UNO medienwirksam vergoss, beriet die deutsche Innenministerkonferenz darüber, wie man den Zuzug jüdischer Aussiedler aus der Ex-Sowjetunion stoppen könnte. Dabei wurden Schily & Co. von Israel unterstützt, dessen Herrscher darüber ausflippen, dass jüdische Flüchtlinge nicht nur lieber nach Deutschland als in die Todesfalle Israel auswandern wollen (was äußerst peinlich ist), sondern sogar aus Israel zurück nach Osteuropa auswandern, um von dort aus nach Deutschland oder in ein anderes Land, wo es sicherer ist, zu gelangen. Die jüdischen Flüchtlinge wollen berechtigter Weise nicht als Kanonenfutter für den rassistischen und langfristig gesehen selbstmörderischen Krieg der zionistischen Herrscher gegen die Palästinenser verheizt werden (siehe unser Flugblatt auf Seite 7 dieser Zeitung). Gegen den antisemitischen Einwanderungsstopp gegen osteuropäische Juden haben denn auch die „Antideutschen“ nichts weiter einzuwenden.

Wir haben 1998 in „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“ geschrieben: „Nur leninistische Internationalisten, die dafür kämpfen, Leo Trotzki's Vierte Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, können die Lehren von Hitlers Aufstieg zur Macht ziehen und eine Strategie vorbringen, wie man die wachsende faschistische Gefahr heute zerschlägt. Das ist die Aufgabe der Internationalen Kommunistischen Liga und ihrer deutschen Sektion, der Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD)“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998). ■

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

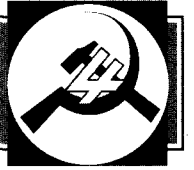
Telefon _____

158

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Frauen und Revolution



Verteidigung von Sex und Wissenschaft Kinsey

„Das Bild der Bar wird jetzt von einem gewissen Alfred C. Kinsey überlagert, Verfasser von *Das sexuelle Verhalten des Mannes* (des amerikanischen Mannes, bemerkte Ned Rorem, da unsere Gewohnheiten sich von denen der, sagen wir, Marokkaner unterscheiden, von denen keiner ‚schwul‘ ist, obwohl alle, wenn es möglich ist, der Homosexualität frönen).

Ich machte 1948 Kinseys Bekanntheit – sein Buch erschien einen Monat nach *Geschlossener Kreis*, und die schockierte *New York Times* wollte weder für das eine noch für das andere werben... Ich möchte annehmen, daß er

durch Beobachtung des lockeren Treibens im Astor herausbekommen hat, was für die meisten von uns offenkundig war, wovon aber die amerikanische Gesellschaft noch nichts ahnte: Man muß völlig ‚normale‘ junge Männer nur dem üblichen Trott von Familie und Arbeit entreißen, und sie werden es zügellos miteinander treiben... Kinsey schenkte mir ein Exemplar des *Sexuellen Verhaltens des Mannes* mit einer persönlichen Widmung, in der er mir zu meiner ‚Feldarbeit‘ gratulierte. Danke, Doktor. Aber es war nicht *nur* Arbeit“ (Gore Vidal, *Palimpsest*, 1995).

„Obwohl Arten diskret sein können, besitzen sie dennoch keine unveränderlichen Merkmale. Variationen sind das Rohmaterial der evolutionären Veränderung. Sie stellen die grundlegende Realität der Natur, keine Abweichung von einer geschaffenen Norm dar. Variationen gibt es von Anfang an; Merkmale sind trügerisch... Kinsey, der die Bedeutung der Evolutionstheorie so gut verstanden hatte, war in Bezug auf die Taxonomie ein radikaler Antiessentialist... Seine antiessentialistische Sichtweise [setzte] zwei richtige Annahmen, die gleichermaßen auf Wespen und auf Menschen zutreffen, voraus [...]: Augenscheinlich homogene Populationen an einem Ort (alle Studenten der University of Indiana, alle Mörder in Alcatraz) stellten eine außerordentlich umfangreiche Skala nicht reduzierbarer Variationen dar; abgeschlossene Populationen an verschiedenen Orten (ältere Frauen der Mittelschicht in Illinois oder arme junge Männer in New York) würden in ihrem durchschnittlichen Sexualverhalten sicher auch stark differieren“ (Stephen Jay



William H. Dellenback

Kinsey mit Interview-Partnerin im Jahre 1950

Filmkritik von Helen Cantor

christlicher Grausamkeiten. Die Schriften des Evolutionsbiologen und Paläontologen Stephen Jay Gould haben die Erkenntnisse der Evolutionsforschung und der modernen Wissenschaften einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Alle drei haben viel dazu beigetragen, die Kräfte blinder Bigotterie und religiösen Aberglaubens zu bekämpfen, die von der herrschenden Klasse dazu benutzt werden, die Menschen geistig zu lähmen, ihnen Furcht einzuflößen und sie gegeneinander auszuspielen.

Der vor kurzem angelaufene Film *Kinsey* unter der Regie von Bill Condon, mit Liam Neeson in der Hauptrolle, ist ein willkommenes Gegenmittel gegen die blutgetränkte religiöse Hysterie von Mel Gibsons schaurigem Kassenschlager *Die Passion Christi*. *Kinsey* ist ein einfühlsames Porträt des Wissenschaftlers, seiner Forscher und seiner Frau und Familie, aber auch einiger der Tausenden Menschen in ganz Amerika, die als Antwort auf die gründliche Befragungstechnik von Angesicht zu Angesicht die ganze Geschichte ihres Sexuallebens herausprudelten. Der Film basiert auf der einfühlsamen Biographie *Kinsey: Sex the Measure of All Things* [Kinsey: Sex, das Maß aller Dinge] von Jonathan Gathorne-Hardy (Indiana University, Taschenbuchausgabe von 2004), wobei einiges komprimiert und einiges aus „künstlerischer Freiheit“ ein wenig verändert wurde. (Wenn nicht anders vermerkt, stammen die verwendeten Fakten aus diesem Buch.) Der Autor hebt hervor: „Kinsey war in dreierlei Hinsicht einzigartig: in der Strenge seiner Wissenschaftlichkeit, in seiner Erfindung einer völlig neuen Art des Interviews und vor allem ... wurde Kinsey nicht nur in ganz Amerika, sondern zu einem gewissen Zeitpunkt auch in fast der

Gould, „Von Wespen und WASPs“, in *Das Lächeln des Flamingos* [1985]).

Dr. Alfred C. Kinseys großartiger Beitrag zur Erweiterung des menschlichen Wissens – und zur Verminderung menschlichen Elends – war seine furchtlose Erforschung des tatsächlichen menschlichen Sexualverhaltens, das nie zuvor so umfangreich und objektiv untersucht worden war. Die oben zitierten Würdigungen stammen, und das passt, von zwei anderen großen amerikanischen „säkular-humanistischen“ intellektuellen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Der Schriftsteller Gore Vidal ist ein Kritiker des Wahnwitzes des amerikanischen Imperiums und jahrhundertelanger

gesamten westlichen Welt gelesen oder war dort bekannt.“ Mit anderen Worten, Millionen von Menschen *wussten* zum ersten Mal in der Geschichte, was bei den Nachbarn nebenan (und draußen auf dem Lande) *wirklich* los war, wenigstens in Amerika Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie bekamen einen ziemlichen Schock.

Die beiden Werke Kinseys waren jeweils um die 800 Seiten lang. *Das sexuelle Verhalten des Mannes* (1948) und *Das sexuelle Verhalten der Frau* (1953, im selben Jahr erschienen, in dem Simone de Beauvoirs *Das andere Geschlecht* auf Englisch herauskam), schlugen beide wie eine Bombe ein. Sie legten in verblüffendem und unbestreitbarem Detail dar, dass 19 von 20 Amerikanern beim Sex zumindest ein Gesetz übertreten hatten. James A. Morone fasst in *Hellfire Nation* [Nation des Höllenfeuers] (Yale University Press, 2003), einer Untersuchung über „die Politik der Sünde in der amerikanischen Geschichte“, einige von Kinseys Ergebnissen zusammen:

„85 Prozent der weißen männlichen Bevölkerung hatten vorehelichen Geschlechtsverkehr, 30 [tatsächlich 37] Prozent waren zumindest einmal durch homosexuellen Kontakt zum Orgasmus gelangt, 50 Prozent hatten Ehebruch begangen, und einer von 6 Bauernjungen hatte mit Tieren kopuliert... Eine von vier Ehefrauen hatte Ehebruch begangen; eine von zweien hatte sexuelle Beziehungen vor der Ehe gehabt; 62 Prozent der verheirateten Frauen masturbierten regelmäßig – je gebildeter sie waren, desto häufiger.“

Zu den schockierendsten Entdeckungen Kinseys gehörte auch, dass vier Prozent der weißen erwachsenen Männer ihr gesamtes Leben lang ausschließlich homosexuell waren. Kinseys Forschungsteam nahm fast 18000 sexuelle Lebensläufe auf; in den Bänden über Männer und Frauen wurde jeweils Material von etwa 5000 verwendet. In Kinseys beiden Anfangswerken (viele weitere waren geplant) wurden nur etwa zehn Prozent der Gesamtdaten benutzt, die er und seine Forscher gesammelt hatten!

Wissenschaft kontra Religion

Kinsey wurde 1894 geboren, buchstäblich im Zeitalter der Pferdekutschen. Als Kinsey 1920 an der Universität von Indiana zu lehren begann, kam Universitätsrektor William Lowe Bryan wirklich noch mit einem Einspanner zur Arbeit gefahren. Es war eine ganz andere Welt. Bis 1956, Kinseys Todesjahr, hatte Christine Jorgensen die erste operative „Geschlechtsumwandlung“ mitgemacht, die USA hatten die Atombombe – und die Arbeiter in Russland, die 1917 eine Revolution gemacht hatten, lebten 1956 in einem Staat, der mit den Vereinigten Staaten als „Supermacht“ wetteiferte. Zwei Weltkriege zwischen konkurrierenden imperialistischen Mächten, die Millionen Menschen im Namen des Profits zur Schlachtbank führten, hatten das Jahrhundert mit ihren blutigen Klauen zerschunden. Dennoch findet das Filmpublikum von *Kinsey* noch heute – ein weiteres halbes Jahrhundert später – vieles, das schmerzlich bekannt erscheint, insbesondere die heftige religiöse und politische Reaktion auf Kinseys Forschungen. Heute sind wir Zeuge ähnlicher Angriffe auf Sex und Wissenschaften – vor allem auf die Evolutionslehre – durch Fanatiker innerhalb und außerhalb der Regierung.

Warum haben sich die Verhältnisse so sehr und



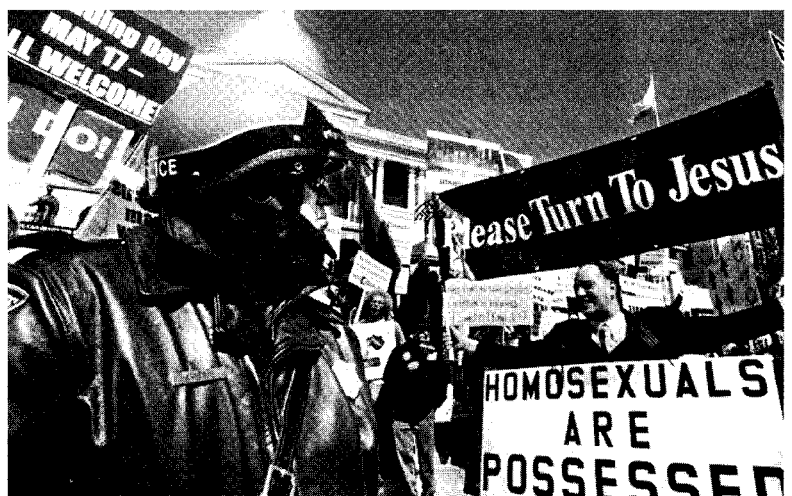
James Schnepf

Heutiger sexualfeindlicher Schulunterricht in den USA lehrt „nur Enthaltensamkeit“ und will Unwissenheit und Furcht verewigen. Kinsey versuchte dies durch wissenschaftliche Forschung zu lindern. Schriften auf der Tafel sagen: „Streichle deinen Hund – nicht deinen Partner“ und „Beherrsche deinen Trieb – bleib Jungfrau“

doch in dieser Hinsicht so wenig geändert? Der Kapitalismus hat die Industrie gewaltig entwickelt und infolgedessen auch die Wissenschaft, doch die Menschen bleiben in Klassen gespalten, deren Interessen einander unversöhnlich entgegengesetzt sind. Rassenunterdrückung, Ungleichheit, Armut, Bigotterie jeglicher Art und die Unterordnung der Frauen sind geblieben. Das wirkliche Sexualleben der Menschen und die Gesetze stehen immer noch im Widerspruch zueinander – man betrachte nur den reaktionären Ausbruch in den USA über die Frage der Schwulenehe. Um diesen widersprüchlichen, offensichtlich irrationalen Zustand zu rechtfertigen, sind irrationale Rechtfertigungen vonnöten – daher behält religiöser Aberglauben für die Klassengesellschaft weiterhin seinen Wert.

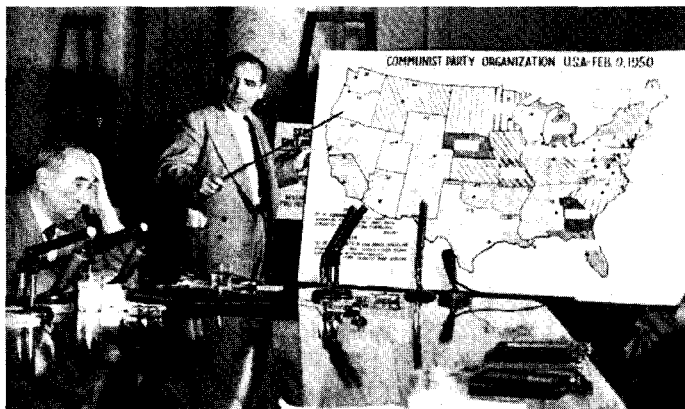
Kinseys Geschichte selbst ist die des ständigen Widerstreits zwischen Wissenschaft und Religion. Wie der Film

Fortgesetzt auf Seite 18



Reuters

Boston 2004: Christlich-fundamentalistische Fanatiker demonstrieren gegen Kundgebung zur Unterstützung des Rechts auf Schwulenehe. Plakat sagt: „Homosexuelle sind besessen“



UPI

Senator (Oberhexenjäger) Joseph McCarthy spintisiert bei einer Anhörung 1954 über eine „kommunistische Verschwörung“

Kinsey...

Fortsetzung von Seite 17

zeigt, fand er in der Natur eine Zuflucht vor dem strengen Methodismus seines Vaters. Der Einfluss seiner Oberschullehrerin, Natalie Roeth, die ihn freimütig über Darwin und die Evolution unterrichtete, war tiefgehend. Diese Offenbarungen sollten, wie Kinseys Biograf Gathorne-Hardy sagt, „den wichtigsten intellektuellen Einzeleinfluss in Kinseys Leben darstellen; dies und die Wissenschaft selbst sollten nach und nach das Christentum als seinen geistigen Schwerpunkt ablösen.“ Als marxistische proletarische Revolutionäre, die diese Welt verändern und menschliche Ausbeutung und Unterdrückung abschaffen wollen, stehen wir fest auf der Seite der Wissenschaft, die die Natur der Dinge erforscht und Theorien durch Beobachtung und Experiment erhärtet, im Gegensatz zur Religion, die auf blindem Glauben an eine unwirkliche, übernatürliche Macht besteht, die alles in der Hand habe.

Kinsey hatte bereits eine lange Karriere als Wissenschaftler hinter sich, mit der Erforschung von Gallwespen, bevor er sich der Erforschung der menschlichen Sexualität zuwandte. 1926 erschien ein grundlegendes Lehrbuch von ihm, das er für den Oberschulunterricht verfasst hatte: *An Introduction to Biology* [Eine Einführung in die Biologie]. Das Buch behandelte Darwins Prinzipien von Evolution und natürlicher Auslese als wissenschaftliche Tatsache. Doch damals überschwemmte eine Welle anti-evolutionärer Bessenheit das Land – insbesondere in Tennessee (im Jahr davor Schauplatz des „Monkey Trial“ [„Affenprozess“ gegen den Biologielehrer John T. Scopes, der im Unterricht die Evolutionslehre erklärt hatte]), Arkansas und North Carolina. In Mississippi wurde das Lehren der Evolution an allen Schulen verboten, und dem Populisten William Jennings Bryan und seinen Anhängern gelang es, in 14 weiteren Staaten evolutionsfeindliche Gesetze durchzusetzen. Kinsey und seine Herausgeber mussten deshalb das Wort „Evolution“ in seinem Buch durch „Veränderungen im Laufe der Zeit“ ersetzen.

Was Kinsey ursprünglich als sein Lebenswerk betrachtete, die Erforschung der winzigen, geflügelten, aber flugunfähigen Gallwespe, nahm fast 20 Jahre in Anspruch. Wegen seiner unermüdlichen Suche nach Exemplaren war er als „get a million“-Kinsey bekannt, und er schaffte es schließlich, über fünf Millionen einzelne Gallwespen zu sammeln. Und das Wichtigste an ihnen war, wie er seinen Studenten erklärte, dass jede anders war. Warum ist das so wichtig?

Der verstorbene Biologe und Essayist Stephen Jay Gould gibt in „Von Wespen und WASPs“ [Wortspiel: wasp = Wes-

pe, WASP = White Anglo-Saxon Protestant (weißer angelsächsischer Protestant)] zwei miteinander verbundene Erklärungen. Erstens lag Kinseys Arbeit das Prinzip zugrunde, dass Vielgestaltigkeit an sich die grundlegende Realität in der Natur ist. Das Schlüsselprinzip hier, so Gould, ist: „Arten ... besitzen *keine unveränderlichen Merkmale*“ [unsere Hervorhebung]. Das heißt, es gibt keine „Norm“, keinen abstrakten Ausgangswert dafür, welches die „richtige“ oder „ideale“ Form einer Spezies ist. Deshalb *müssen* zum Verständnis einer bestimmten Population deren unterschiedliche Varianten untersucht werden, und je mehr Stichproben, umso besser. Dies hat offensichtlich direkt was mit Kinseys Sexualforschungen zu tun.

Der zweite wichtige Aspekt bei der Betrachtung unterschiedlicher Varianten als Rohmaterial der Evolution ist deren soziale Auswirkung. Wie viele große Ideen und Neuerungen standen die Prinzipien der Evolution von Anfang an in Konflikt zu älteren Denkweisen. Evolution steht in direktem Widerspruch sowohl zu den starren, autoritären, unveränderlichen Grundsätzen der Religion als auch zur Philosophie des „Idealismus“, die letztendlich nur die säkulare Verkleidung der Religion ist. Lebendige Dinge – Wespen, Blumen, Menschen – haben keine „unveränderlichen Merkmale“, keine „Idealform“, um die herum sich Variationen tummeln. Im wirklichen Leben sind sie alle Individuen, und diese Individualität ist an sich eine ihrer wertvollsten Seiten. Kinseys Fähigkeit, diesen Ansatz auf Menschen und auf ihr Sexualverhalten anzuwenden, versetzte ihn in die Lage, mit viel Einfühlungsvermögen und Geduld Menschen aller sozialer Klassen und Milieus erstaunlich freimütige sexuelle Lebensgeschichten zu entlocken.

Es gibt weitergehende soziale Implikationen, wie Gould bemerkt: „Ein antiessentialistisches Denken zwingt uns zu einer differenzierteren Weltansicht... Damit verlieren wir die Kriterien, die es uns ermöglichten, Beurteilungen durch Vergleiche mit einem Ideal vorzunehmen: kleine Menschen, retardierte Menschen, Menschen anderer Weltanschauungen, Hautfarben und Religionen sind vollwertige Menschen.“ Anders ausgedrückt: Veränderung und Vielgestaltigkeit zu hassen und zu fürchten ist ein Kennzeichen von Reaktion und religiösem Aberglauben.

Die Kinsey-Reporte: Fakten kontra Moral

„Es handelt sich dabei um den Versuch, empirisch festzustellen, was Menschen im geschlechtlichen Bereich tun...“ (Dr. Alfred C. Kinsey, Einführung zu *Das sexuelle Verhalten des Mannes*)

„Dr. Henry Van Dusen, der Präsident des Union Theological Seminary, stellte die von Kinsey erhobenen Fakten in Frage, meinte aber, daß sich in ihnen, falls sie doch wahr seien, ein allgemeiner Verfall der amerikanischen Sitten enthülle, der der schlimmsten Dekadenz des Römischen Reiches entspreche. Das Beunruhigendste an der ganzen Angelegenheit ist, daß die Prämissen dieser Studie keine spontane ethische Ablehnung erfahren haben.“ (Stephen Jay Gould, „Von Wespen und WASPs“)

Im Jahre 1948, nach dem Zweiten Weltkrieg, rief der erste „Kinsey-Report“ über Männer, der die grundlegenden Prinzipien der Wissenschaft auf die Untersuchung der Spezies Mensch anwandte, einen Aufruhr hervor. Natürlich hängt die Genauigkeit der sexuellen Lebensläufe von der Verlässlichkeit der Befragten ab, dessen war sich Kinsey bewusst, daher seine sehr sorgfältige Interviewtechnik. Der Krieg hatte, wie dies bei allen größeren Konflikten der Fall ist, bereits einige ziemlich dramatische Änderungen menschlichen Verhaltens zum Vorschein gebracht. Hier betritt der verwegene junge „literarische Löwe“ Gore Vidal die Szene, als Objekt einer von Kinseys Fallgeschichten und auch als Führer in die außerordentlich schwule (wenn dies

auch öffentlich nicht eingestanden wurde) Welt des damaligen New York. In seinem Memoirenband *Palimpsest* erinnert er an die Ära, als er Kinsey traf:

„In jenem zauberhaften Winter [1945/46] entdeckte ich auch die Everard Baths, wo Soldaten oft den Abend verbrachten, weil sie sonst keine preisgünstige Bleibe fanden. Hier stand ganz unverhüllt und überaus erregend das Sexuelle im Vordergrund, für mich war es eine Offenbarung. Das Penicillin, vor kurzem erfunden, hatte Ängste vor Geschlechtskrankheiten ausgeräumt, und wir genossen die freieste Sexualität, die Amerikaner jemals erleben sollten. Die meisten Jungs wußten, daß sie bald für immer heimkehren und heiraten würden und daß dies eine letzte Chance war, das miteinander zu tun, wofür sie geschaffen waren.“

Kinsey, der selber gleichgeschlechtliche Kontakte genoss, verbrachte ziemlich viel Zeit in den Everard-Bädern und führte Untersuchungen in der Astor Bar durch, an die sich Gore Vidal liebevoll erinnert: „Zu jeder Tages- und Nachtzeit drängten sich Hunderte von Männern in Sechserreihen um die lange, ovale schwarze Theke.“

Ein nützliches Buch von Allan Bérubé, *Coming Out Under Fire: The History of Gay Men and Women in World War Two* [Coming Out unter feindlichem Beschuss: Die Geschichte schwuler Männer und Frauen im Zweiten Weltkrieg] (Free Press, 1990), beschreibt den Einfluss, den das Militärleben auf zuvor isolierte schwule und lesbische Jugendliche hatte, die unter Bedingungen sowohl äußerster Anspannung als auch größter Freiheiten zueinander fanden. Diese Atmosphäre des „Alles ist möglich“ erklärt zum Teil die seltsame Besessenheit des späteren brutalen Vorgehens der McCarthy-Leute gegen Homosexuelle wie auch gegen Kommunisten. Es gab wirklich, wie sich zeigte, Tausende von Homosexuellen im Außenministerium, im Rest der Regierung, in der übrigen Gesellschaft und eigentlich *überall* (leider gab es nicht so viele Kommunisten). Und da war Kinsey mit seinem gewichtigen wissenschaftlichen Buch und *bewies* es. Der FBI-Direktor J. Edgar Hoover versuchte tatsächlich Kinsey dazu zu bewegen, zugunsten der Hexenjagd der Regierung gegen Schwule auszusagen; entsetzt weigerte sich der Wissenschaftler, die einzig richtige Antwort. (Der Ausdruck „schwul“ oder „homosexuell“ wird hier aus Gründen der Zweckmäßigkeit benutzt; Kinsey dachte, dass Menschen eine so große Vielfalt sexuellen Verhaltens an den Tag legen, dass es unrichtig sei, alle gleichgeschlechtlichen Kontakte in eine solch strenge Kategorie zu zwingen.)

Es ist klar, dass es unmöglich ist, über 1600 Seiten seiner veröffentlichten Forschungen zusammenzufassen. Diese Filmkritik kann nur ein paar besondere Highlights streifen, die der herrschenden Moral am meisten zuwiderlaufen, damals und leider auch heutzutage. Kinseys allgemeiner Befund, dass Menschen nicht von Natur aus sehr monogam, also „treu“, sind, war wahrscheinlich weniger schockierend, als Wortführer der „ehrbaren Gesellschaft“ behaupteten (eine flüchtige Untersuchung von Blues- oder Country & Western-Songtexten führt unweigerlich zu demselben Ergebnis). Wirklich schockierend war, dass ein „hochkultivierter“ Intellektueller, ein Wissenschaftler mit Harvard-Ausbildung, Promiskuität oder „Mit jedem ins Bett steigen“ als einen legitimen Ausdruck von Sexualität betrachtete, der genauso ernsthaft in Betracht gezogen werden musste wie ehelicher Sex, und dass die Geschichte eines armen Homosexuellen aus der Arbeiterklasse für das Verständnis der menschlichen Sexualität genauso wertvoll war wie die eines wohlhabenden Akademikers der Oberklasse.

In Bezug auf die Männer war die weite Verbreitung von „schwulem Sex“ der große Schocker, aber der 1953 erschienene Band über Frauen schockierte am meisten durch seine Feststellung, dass Frauen *tatsächlich* überhaupt sexuelle

Wesen sind und auf der Suche nach Befriedigung ebenfalls einiges an Unabhängigkeit und Entschlossenheit an den Tag legen. Wie schon erwähnt, zeigte die Untersuchung von 1953, dass die Hälfte der Frauen vorehelichen Geschlechtsverkehr hatte, ein Viertel Ehebruch begangen hatte und 62 Prozent der verheirateten Frauen masturbierten. Hier geriet Kinsey mit der Ikone des 20. Jahrhunderts, dem Psychoanalytiker Sigmund Freud, aneinander, mit dem er nicht viel anfangen konnte – obgleich Freuds Werk, das Sex zu einem legitimen Forschungsobjekt machte, zweifellos dazu beitrug, viktorianische Zwänge, wenigstens unter Intellektuellen, zu zerschmettern, und so Kinseys eigene Arbeit erleichterte (das Gleiche gilt für Richard von Krafft-Ebings Studien aus dem 19. Jahrhundert über „abweichenden“ Sex und Magnus Hirschfelds bahnbrechende Sex-Fragebögen auf der Grundlage einer großen Menge von Stichproben).

In Kinseys Augen basierten Freuds Theorien auf unzuverlässlichen, minimalen Felddaten (ein Gräuel für einen so unerlässlicheren Sammler), und seiner Ansicht nach konnten Masturbation und Homosexualität, weder selten noch abnormal, unmöglich als Anzeichen von Neurose gelten. Am bedeutendsten für Frauen war, dass Kinsey die damals weit verbreitete Freudsche und männlich-chauvinistische Theorie des „vaginalen Orgasmus“, nach dem gesunde, reife Frauen angeblich trachten sollten, scharf ablehnte und widerlegte. Wie Kinsey durch klinische Studien nachwies, hat die Vagina praktisch keine Nervenenden, die man stimulieren könnte. Die Klitoris ist, wie die meisten Frauen wissen, das Zentrum der orgasmischen Reaktion (weshalb auch die Klitoridektomie, die Abschneidung der Klitoris, so ein barbarisches Verbrechen ist, wie wir in „The Crime of Female Genital Mutilation“ [Das Verbrechen der genitalen Verstümmelung von Frauen], *Women and Revolution* Nr. 41, Sommer/Herbst 1992 schrieben).

Kinseys Biograf Gathorne-Hardy erzählt:

„1949 hörte er ... von einer kleinen Ortschaft im tiefsten Kansas, wo alle Frauen den Ruf hatten, beim normalen Geschlechtsverkehr mühelos, regelmäßig und immer zum Orgasmus zu kommen. Das war ungewöhnlich. Kinsey fuhr hin und fand heraus, dass sie eine Methode entwickelt hatten, ihre kleinen Mädchen zu beruhigen, eine Reibe- und Streicheltechnik des Genitalbereiches, die sie beruhigte, aber auch zum Orgasmus brachte, eine erlernte Reaktion, die sie später beibehielten.“

Dies wirft die äußerst knifflige Frage der kindlichen Sexualität auf. Der Film zeigt, wie ein Kinsey-Interviewer in offener Abscheu zurückschreckt (und sie wurden hart trainiert, genau das nicht zu tun) und wie Kinsey selbst einem Mann, der interviewt wurde und Sex mit Kindern zugab, eine nachdrückliche kleine Lektion über gegenseitiges Einverständnis hält. Die Kinsey-Biografie betont jedoch: „Ganz grundlegend sah Kinsey Sex einfach als eine Angelegenheit physiologischer Reaktionen und Empfindungen, die von Grund auf angenehm sind... Theoretisch war deshalb, was Kinsey betraf, Sex zwischen Kindern und Erwachsenen nicht von vornherein verwerflich.“ Und genauso ist es; das Problem mit solchen Kontakten ist die naturgemäß ungleiche Machtverteilung und zu bestimmen, was *tatsächliches gegenseitiges Einverständnis* ist. Dies ist für uns der entscheidende Faktor, nicht künstliche oder repressive Gesetze.

Eine andere Frage, die in dem Film nicht wirklich berührt wird, ist, weshalb in der Studie die Ergebnisse der Befragung von Schwarzen nicht mit einbezogen wurden. Das lag nicht an einem etwaigen Rassismus Kinseys. Tatsächlich bemühte er sich intensiv, für seine Untersuchungen schwarze Männer und Frauen ausfindig zu machen, doch er hielt seine Stichprobenauswahl offensichtlich für unzureichend. Stephen Jay Gould bemerkte: „Da Kinsey die fundamentale

Fortgesetzt auf Seite 20

Kinsey...

Fortsetzung von Seite 19

Bedeutung der Variabilität kannte, wusste er, dass sein Datenmaterial nicht ausreichte, um Schlussfolgerungen in bezug auf schwarze Amerikaner oder sogar andere Nationen und Kulturen zu ziehen.“

Sexfeindliche Reaktion damals und heute: „Why kNOw?“

„Why kNOw?“ [Warum wissen?] mit einer Hervorhebung des Wortes „NO“ [nein] in „know“ [wissen] ist der groteske Name einer Gruppe, die „abstinence only“ [nur Enthaltensamkeit] propagiert und heute jede wirkliche Sexualerziehung aus den öffentlichen Schulen verbannen will. Dies kann nur zu einer Zunahme des sexuellen Elends, von Krankheit und Tod führen: Dass zum Beispiel richtig benutzte Kondome das Risiko einer HIV-Ansteckung drastisch verringern können, ist etwas, was *jede* sexuell aktive Person wissen muss. Aber Wissen an sich wird als Übel betrachtet – ganz absichtlich ein Verweis auf biblische Vorstellungen; der Mythos von Eva und dem Baum der Erkenntnis, dessen Früchte verboten sind, wird heraufbeschworen. Sexualforschung ist erneut unter Beschuss, ebenso wie das Lehren der Evolution in den Schulen; „intelligent design“ [pseudowissenschaftliche Variante der Schöpfungsgeschichte: ein intelligenter „designer“ sei für alles Existierende verantwortlich] ist das neue Kodewort dafür, Schulkinder mit schauerlichen alttestamentarischen Mythen zu traktieren.

Warum werden der Gesellschaft 50 Jahre nach Kinsey schon wieder Ignoranz und Furcht aufgenötigt gegen alles, was mit Sex zu tun hat? In der Reagan-Ära der 80er-Jahre gab es Bücherverbrennungen; warum laufen Gestalten aus dieser Zeit wie die lächerliche, aber dennoch bösertige Judith Reisman immer noch unbehelligt herum und versuchen den Leuten einzureden, Sex sei ein Verbrechen? Reisman ist, man erinnere sich, die ehemalige Songschreiberin von [der US-TV-Kinderserie] *Captain Kangaroo*. Sie bekam von Reagans Justizministerium mehr als 700 000 Dollar, um Untersuchungen über Pornografie anzustellen, und fordert nun eine Kongressuntersuchung von Kinseys Werk unter der Anschuldigung, er sei ein „Sexualstraftäter“ gewesen.

„Zu den Folgen dieses sexuellen Abenteueriums gehören AIDS, Geschlechtskrankheiten, sexueller Missbrauch von Kindern, Inzest und Pornografie“ beklagt sie. Ein kürzlich im *New Yorker* (6. Dezember 2004) unter der Rubrik „Talk of the Town“ erscheinener Artikel sagt: „Reisman unterstützt auch ein Buch mit dem Namen ‚Das rosa Hakenkreuz‘, das den ‚Mythos‘, Homosexuelle seien in Nazi-Deutschland Opfer gewesen, in Frage stellt.“

Die Anti-Kinsey-Kampagne beschränkt sich nicht nur auf ein paar komische Sonderlinge. New Yorks Fernsehsender WNET geriet in Panik und weigerte sich wegen Drucks von rechts, einen Werbespot für den Film *Kinsey* auszustrahlen. Ein Wissenschaftler an der San Francisco State University sagte in Bezug auf die Sexualforschung: „Ich bin seit 30 Jahren auf diesem Gebiet tätig, und das Ausmaß an Furcht und Einschüchterung ist zur Zeit größer als alles, woran ich mich erinnern kann“ (*New York Times*, 9. November 2004).

Warum haben sich also die Verhältnisse so sehr und doch so wenig geändert? Im Grunde ist das eine Frage des Niveaus der sozialen Kämpfe. Wir leben, wie schon gesagt, in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft. Sie wird gequält durch Massenunterdrückung und Segregation der Schwarzen, durch Unterordnung von Frauen und Kindern in der Institution der Familie und durch die erzwungene Armut und Ausbeutung der Arbeiter, was den Lebensnerv des Kapitalismus darstellt. Das kapitalistische Profitsystem und sein Staat müssen zerschlagen werden durch sozialistische Revolution und ersetzt werden durch eine integrierte Arbeiterregierung, die die Produktion im Dienste der menschlichen Bedürfnisse organisiert. Dies wird den Grundstein legen – bei der Versorgung von Kindern, Kranken, älteren Menschen, bei der Hausarbeit usw. – für soziale Alternativen zur repressiven Familie, die von der herrschenden Klasse gestärkt wird als ihr Mittel zur Weitergabe des Privateigentums (was weibliche sexuelle Monogamie erfordert, um dem Ehemann legitime Erben zu sichern). Religion, die hirnlöse Unterordnung unter eine „höhere Autorität“ erzwingt und die für so viele Schuldgefühle und Qualen verantwortlich ist, wird schnell durch Bildung dahinschwinden, wenn erst einmal ihre staatlichen Stützen beseitigt sind. Und in einer Welt des Überflusses werden Elend und Verzweiflung, weshalb Menschen Trost in der Religion suchen, zum größten Teil der Vergangenheit angehören.

Bis dahin wird es im Kampf für menschliche Freiheit unterschiedliche Perioden der Umwälzungen geben, Wellen des Fortschritts und Perioden der Reaktion. So folgte auf die Kinsey-Reporte von 1948 und 1953 kein Aufblühen sexueller Möglichkeiten in den USA, sondern der Axthieb der furchtbaren Hexenjagden der McCarthy-Jahre, in denen nicht nur Kommunisten, sondern auch Homosexuelle und Lesben erbarmungslos hinausgesäubert und von der Gesellschaft geächtet wurden. Viele Tausende Schwule wurden auch von ihrem Arbeitsplatz gefeuert und einige begingen sogar Selbstmord, wie ein wichtiges neues Buch von David K. Johnson, *The Lavender Scare* [Der rosa Schrecken] (University of Chicago Press, 2004) ausführlich darlegt. Die aus dem Zweiten Weltkrieg zurückkehrenden Soldaten wollten ihre Arbeitsplätze zurück. So wurden Frauen aus den Fabriken verdrängt und sollten einfach wieder kleine abhängige Hausfrauen sein.

Ein Jahrzehnt später entlud sich aufgetauter Groll. Schwarze Weltkriegsveteranen, an den Kampf mit der Waffe in der Hand gewöhnt, waren nicht mehr gewillt, sich von Jim-Crow-Gesetzen [Rassentrennungsgesetzen] schikanieren zu lassen. Dies gab den Anstoß für die Bürgerrechtsbewegung zur Befreiung der Schwarzen. Die Vereinigten Staaten verwickelten sich in den langen Vietnamkrieg, den sie verloren. Eine ganze Generation wurde inspiriert durch die heroischen Schlachten der nordvietnamesischen



SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 24, Sommer 2004

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 11988-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

Kämpfer und durch rebellische Guerillaführer wie Fidel Castro und Che Guevara in Kuba, die das US-Imperium mit Erfolg herausforderten. In den 60er- und 70er-Jahren trug die „sexuelle Befreiung“ kurzzeitig einige Früchte – Frauen bekamen „die Pille“ und Abtreibungsrechte, die Schwulenbewegung kam auf –, weil eine breitere politische Radikalisierung zu mehr persönlicher Freiheit führte. Dies ging zurück, als die USA es schafften, sich aus Vietnam, wenn auch schwer verwundet, herauszuwinden.

Das heutige reaktionäre Klima ist bedingt durch eine lange Ebbe im Klassenkampf und die historische Niederlage der Arbeiterklasse aufgrund der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der angeschlossenen osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten. Doch tiefe Spannungen bleiben, und Verhältnisse ändern sich: Die reaktionären McCarthy-Jahre der 50er entluden sich in die 60er-Jahre. Der Film *Kinsey* ist ein ermutigendes Zeichen des Widerstands gegen die heutige Welle der Reaktion, eine wertvolle Geschichtslektion und ein Hinweis auf das letztendliche Ziel der sozialistischen Revolution: die Erweiterung von Wissen und Freiheit des Menschen und ihre Ausdehnung auf alle Menschen, in allen Aspekten des Lebens.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 839, 7. Januar 2005

Women and Revolution

Gebundene Ausgabe

Wir freuen uns die erste gebundene Ausgabe von *Women and Revolution*, Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S. *Women and Revolution*, jetzt integriert in *Spartacist*, die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) anzubieten. Sie widerspiegelt unsere Verpflichtung auf den Kampf für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution.

Dieser Band, in Leinen gebunden und mit ausführlichem Sachregister, enthält die Ausgaben Nr. 1 (Mai/Juni 1971) bis Nr. 20 (Frühjahr 1980)

€ 27,-

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Türkei...

Fortsetzung von Seite 9

„Zusammenarbeit“ zwischen „Gruppen und Personen“ der italienischen Linken und „internationalen terroristischen Organisationen“ anzudeuten. Am 2. April führte die Polizei ohne jegliche richterliche Autorisierung eine riesige „vorbeugende“ Rasterfahndung durch, um 161 nordafrikanische Immigranten gefangen zu nehmen, die beschuldigt wurden, „islamische Fundamentalisten“ zu sein; die meisten von ihnen wurden später aus Mangel an Beweisen freigelassen oder in CPTs [Spezialgefängnisse für Immigranten] gesperrt und dann als „illegale Ausländer“ deportiert.

Die Paten des repressiven türkischen Regimes sind die imperialistischen Regierungen Europas und der Vereinigten Staaten, die seit Jahrzehnten den Krieg gegen türkische Linke und das kurdische Volk finanziert haben. Der deutsche Imperialismus lieferte die Waffen, die der türkische Staat für die Unterdrückung der Kurden benutzt. In Europa hat die Verfolgung der DHKP-C eine lange Geschichte. Die italienischen Digos [politische Polizei] und deutsche Geheimdienste kollaborierten mit der türkischen Polizei bei der Jagd auf die DHKP-C; die türkische linke Gruppe Devrimci Sol und die PKK wurden in Deutschland Anfang der 90er-Jahre verboten; PKK-Führer Abdullah Öcalan wurde zuerst in Italien festgenommen und dann von den griechischen Behörden an die türkischen Geheimdienste ausgeliefert, ganz zu schweigen von den unzähligen Razzien und Deportationen von kurdischen Flüchtlingen zurück zu Folter und Tod: Das ist der blutige Beitrag der „Festung Europa“.

Hinter der Fassade von „Demokratisierung“ setzt die „gemäßigte“ islamische Regierung des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan ihren systematischen Terror gegen die 15 Millionen Kurden in der Türkei fort, der schon zu fast zwei Millionen Flüchtlingen geführt hat. Mehr als 37 000 Kurden sind vom türkischen Militär getötet worden! Die DHKP-C ist in der Türkei verboten, Dutzende ihrer Kämpfer waren unter den 110 Gefangenen, die während der heldenhaften Hungerstreiks gegen die schrecklichen Bedingungen der türkischen Staatsgefängnisse starben, und dann wurde im Mai 2002 die DHKP-C auf die „schwarze Liste“ von Organisationen gesetzt, die der Europäischen Union (EU) als „terroristisch“ gelten, zusammen mit den baski-

schen Nationalisten der ETA und der palästinensischen PFLP. Diese „schwarze Liste“ ist eine Lizenz für die europäische Polizei, Anhänger dieser Gruppen zu verfolgen, festzunehmen und zu deportieren.

Diejenigen, die in Italien festgenommen wurden, haben ihre politische Aktivität jahrelang offen ausgeübt. Sie sind Opfer einer riesigen Spionageoperation: *56 000 Stunden Telefon-Überwachungen, 10 000 Stunden Internet-Überwachung, 5 000 Stunden Abhöraktivitäten, 2 500 Stunden Beschattung und „Eindringen“ in Privatwohnungen!* *Liberazione* (2. April) kommentierte, dass dies mehr Aufwand war, als die NSA [National Security Agency], der „große Bruder der CIA“, betrieb, um sowjetische Kommunikation in der Arktis abzufangen! Letzten März gab die britische Regierung etwa eine Million britischer Pfund für die Operation aus, eine falsche Anklage gegen sechs Aktivisten der DHKC (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – Revolutionäre Volksbefreiungsfront) zu konstruieren, eine Gruppe, die seit einigen Jahren aktiv die Verteidigung türkischer politischer Gefangener gegen die brutalen Gefängnisse des „F-Typ“ und gegen Isolationsfolter organisiert hat. Dieses Komplott schlug elendiglich fehl, als das Gericht gezwungen wurde, die Legalität der Gruppe anzuerkennen.

Das Ziel der „Operation Thrace“ ist klar: rassistischen Terror gegen die Immigrantengemeinschaften in Europa zu verstärken, jeden als „Terroristen“ abzustempeln, der gegen die koloniale Besatzung des Irak ist oder das palästinensische Volk gegen zionistischen Terror verteidigt. Vor allem soll die Operation den Boden bereiten für das Ersticken und die Unterdrückung des Kampfs der Arbeiterklasse gegen steigende Armut, Unsicherheit und Arbeitslosigkeit. Trotz riesiger politischer Differenzen mit den Organisationen, die im direkten Fadenkreuz der Angriffe stehen, wissen wir, dass *ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist! Freiheit für die politischen Gefangenen des Antiimperialist Camp und der DHKP-C! Weg mit dem Verbot der DHKP-C! Nieder mit der kolonialen Besatzung des Irak! Alle imperialistischen Truppen raus, sofort! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Das Codispro und KfsV werden dafür kämpfen, diesen Fall in der Arbeiterbewegung bekannt zu machen, und wir rufen die Gewerkschaften in Europa und in der Türkei dazu auf, für die Verteidigung von Immigranten und für die Freiheit linker politischer Gefangener zu mobilisieren. ■

Hatun Sürücü...

Fortsetzung von Seite 6

dass in einem Krieg Frauenrechte zentral waren. Im Gegensatz zu den meisten „Linken“ sagten wir schon zur Zeit des sowjetischen Einmarsches 1979: „Hoch die Rote Armee! Weitet die Errungenschaften des Oktobers auf die Völker Afghanistans aus!“ 1989 zog Gorbatschow die sowjetischen Truppen ab. Wir verurteilten diesen Verrat der sowjetischen Bürokratie. Mit der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 kommt der ganze alte Dreck wieder hoch.

Immigranten und Mitglieder nachfolgender Generationen der türkischen und kurdischen ethnischen Minderheit in Deutschland sind zwar nicht mit der Landwirtschaft in Deutschland verbunden, aber da sie meist keine oder nur eine Staatsbürgerschaft auf Widerruf haben, bleiben sie oft mit der Land- und Familienstruktur in der Türkei verbunden. Oft ersetzt die Familienorganisation die sozialen Maßnahmen, die die meisten Europäer vom Staat und öffentlichen Institutionen erwarten. Das Geld für einen Transporter, um damit einen Gemüseladen zu betreiben, kommt vom Onkel, nicht von einer Bank oder einer staatlichen Beihilfe. Der erste Job ist meistens in einem Familienunternehmen, oder man bekommt ihn durch Familienbeziehungen in einer Fabrik vermittelt. Durch diese verstärkte Bindung an die Familie werden die ganzen alten unterdrückerischen Traditionen erhalten.

Es ist allgemein bekannt, dass Frauen die großen Verlierer der Konterrevolution sind. In der DDR standen 90 Prozent der Frauen im Arbeitsleben, sie wuchsen mit dem Bewusstsein auf, dass sie für sich selbst und ihre Kinder sorgen und im Beruf vorwärts kommen können, ob nun mit oder ohne Mann. Aber Ingenieurinnen, Kellnerinnen und Atomphysikerinnen fanden sich plötzlich auf der Straße wieder und zurück in der Küche, als die verstaatlichten Fabriken eine nach der anderen zerstört wurden. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind im Osten doppelt so hoch wie im Westen und für Frauen doppelt so hoch wie für Männer. Aber in den türkischen Vierteln Berlins ist die Arbeitslosenrate genau so hoch wie in Ostdeutschland. In dieser Atmosphäre von Arbeitslosigkeit und Isolation blühen Religion und Frauenunterdrückung auf.

Türkische Feministinnen haben kürzlich mehr Gehör in der Öffentlichkeit gefunden: Serap Cileli schrieb vor einigen Jahren ihre Autobiografie *Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre!* und verfilmte sie auch; Seyran Ates bekam den Berliner Frauenpreis für ihre Autobiografie *Große Reise ins Feuer*, und Necla Keleks Bestseller *Die fremde Braut* entlarvt die Zwangsheiraten. Diese Frauen haben *Namus* (Ehre) ans Licht gezerrt und entlarvt, und sie nehmen es auch mit dem Rassismus derjenigen Liberalen auf, die „kulturellen Relativismus“ predigen, welcher Frieden mit den abscheulichsten Praktiken gegen Frauen schließt und behauptet, es sei rassistisch, einen Aspekt einer anderen Kultur zu kritisieren. So bleiben sie tatenlos, wenn z. B. somalische Frauen Opfer von Genitalverstümmelungen werden und tibetanische Mädchen Opfer der traditionellen Kinstötungen, wenn afghanische Frauen unter die erstickende Burka gesteckt und türkische, kurdische, indische, pakistanische und viele andere Frauen in Zwangsehen gepresst und Opfer von „Ehrenmorden“ werden. Seyran Ates sagte in einem Interview mit der *tageszeitung* (28. Februar): „Die Linken und Liberalen und Feministinnen sind immer nur ratlos und veranstalten Tagungen und suchen den Konsens – das ist zu wenig.“ Sie sagte, dass türkische Frauen „Sklavinnen auf dem muslimischen Ehemarkt“ sind. Ates macht die gleichen Vorschläge wie Necla Kelek und Terre des Femmes: mehr sichere Frauenhäuser und strengere Strafgesetze.

Aber die SPD/Grünen-Regierung stellt Papatya und



Friends of Afghanistan Society

Freiwillige bewaffnete afghanische Frauenmiliz gegen CIA-gestützte Mullahbanden in den 80-er Jahren

anderen Frauenhäusern nicht mehr Geld zur Verfügung, genauso wenig wie der SPD/PDS-Senat in Berlin. Öffentliche Mittel für missbrauchte Frauen werden massiv gekürzt wie alle anderen sozialen Ausgaben. Wir sind gegen diese Kürzungen, gleichzeitig ist uns klar, dass diese Häuser, die von entschlossenen, hart arbeitenden und oft mutigen Sozialarbeitern geführt werden, nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind im Vergleich dazu, was Frauen brauchen, die versuchen dem Missbrauch durch die Familie in Deutschland, Europa und weltweit zu entkommen.

Eine der Forderungen der Feministinnen ist: „Keine Strafmilderung aufgrund eines möglichen Migrationshintergrundes der Täter! Gewalt gegen Frauen darf nicht relativiert werden“ (TdF-Demoaufruf). In Deutschland gelten „Ehrenmorde“ nicht automatisch als Mord, sondern sind schon als Totschlag abgetan worden, „weil dem Täter seine kulturelle Prägung angerechnet wurde“ (siehe *taz*-Interview mit Seyran Ates). Dies richtet sich gegen Frauen und ist rassistisch und es ist kein Wunder, dass türkische Feministinnen darüber wütend sind. In den Augen von Kommunisten und der Arbeiterklasse (und eigentlich von jedem, der die Errungenschaften der Französischen Revolution schätzt) ist es Mord, eine Frau zu ermorden.

Feministinnen: Staat greif ein!

Es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben, dass der rassistische kapitalistische deutsche Staat eine positive Rolle bei der Befreiung von immigrierten Frauen spielen könnte. Gesetze der zentralisierten Staatsgewalt werden in völlig rassistischer und undemokratischer Weise durchgesetzt und treffen am Ende nicht nur Opfer des Rassismus, sondern auch die Opfer von „Ehrenmorden“ und anderer patriarchalischer Brutalität. Wäre Hatun bewaffnet gewesen und hätten ihre Mörder gewusst, dass sie eine Waffe hat und sie zu benutzen weiß, wäre sie vielleicht noch am Leben.

Die heutige Kampagne von Terre des Femmes ist zwar weit entfernt von der breiten Unterstützung, die es für die französische feministische Organisation „Weder Huren noch unterwürfige Frauen“ gab, die 2003 am Internationalen Frauentag 20.000 auf die Straße brachte; aber ihre Strategie hat doch viele Ähnlichkeiten. Wie unsere französische Schwesterorganisation, die Ligue trotskyste de France (LTF) in *Le Bolchévik* (Frühjahr 2003) schrieb:

„Es ist kriminell, die Wut und den Mut dieser jungen Frauen zu kanalisieren in Aufrufe an den Klassenfeind, den bürgerlichen Staat, sie zu beschützen! Man kann die durch die ökonomische Krise noch verschärfte Pathologie der Ghettos, in denen soziale Rückständigkeit verstärkt wird durch die systematische Abtrennung von Wohnvier-

teln der Minderheiten, nicht bekämpfen durch den Ruf nach für mehr Polizeirepression in den Ghettos.“

Seyran Ates, eine ehemalige Hausbesetzerin, ruft den kapitalistischen Staat dazu auf, die Immigrationsgesetze der rechtsgerichteten konservativen Regierung Dänemarks zu übernehmen, nach denen „nur ins Land darf, wer sich der dänischen Kultur unterwirft“ (*taz*-Interview). Necla Kelek stimmt damit überein. In *Die fremde Braut* ruft sie offen dazu auf, das verhasste „Ausländergesetz“ so zu ändern, „dass Familienzusammenführungen aufgrund von Eheschließung nur genehmigt werden, wenn beide Partner mindestens das 21., so die Niederländer, oder nach dem dänischen Modell das 24. Lebensjahr vollendet haben“. Der immigrationspolitische Sprecher der PDS-Fraktion Giyasettin Sayan benutzt die Gelegenheit, eine Überprüfung der Finanzen islamischer Organisationen zu fordern: „In manchen Vereinen ist der Einfluss ausländischer Extremistengruppen sehr groß“ (*taz*, 28. Februar). Der Kampf gegen den wahren Horror der Unterdrückung der Frauen wird verzerrt zu einer Begründung für imperialistische Reaktion, wird ein Teil der rassistischen antiislamischen Kampagne, die angeblich für Frauenrechte eintritt. Der kapitalistische Staat – die Polizei, Gerichte und Gefängnisse – existiert nicht, um junge Frauen vor ungewollten Ehen zu schützen oder vor den Folgen, wenn sie diesen Ehen entkommen. Genauso wenig wie die prokapitalistischen Politiker der SPD oder PDS, von den Grünen ganz zu schweigen. Die SPD/Grünen-Regierung hat den ersten Kriegseinsatz deutscher Truppen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Balkan zu verantworten und sie hat Truppen in Afghanistan. Der deutsche Staat nutzt feministische Sympathien mit der Not von „importierten Bräuten“ aus, um eines der letzten legalen Schlupflöcher für Immigration zu schließen; und die Einkerkering afghanischer Frauen unter der Burka wurde als Grund für die Bombardierung Afghanistans benutzt, um die Taliban-Regierung loszuwerden, die ursprünglich mit Unterstützung der US-Regierung und aller westeuropäischen Regierungen an die Macht kam.

All diese Lügen müssen auseinander genommen und entlarvt werden. Uralte Bräuche wie der Brautpreis, Zwangsheirat und „Ehren“verbrechen existieren in Ländern, die durch imperialistische Dominierung rückständig gehalten werden, und in den belagerten Ghettos deutscher Städte, wo fehlende Staatsbürgerrechte und Aufenthaltsrechte es jungen Frauen fast unmöglich machen, sich von ihren Familien zu lösen. Necla Kelek dokumentiert die Not junger Frauen der zweiten und dritten Generation, die mit Cousins aus der Türkei verheiratet wurden: „Die Aufenthaltsgenehmigung einer Person geht nach § 44 des Ausländergesetzes verloren, wenn sie ‚aus einem seiner Natur nach nicht vorübergehenden Grund ausreist‘. Spätestens nach sechs Monaten erlischt die Möglichkeit, nach Deutschland zurückzukehren. Wenn die junge Frau das nicht weiß und keine Möglichkeit hat, sich bei deutschen Behörden zu melden, muss sie für immer in der Türkei bleiben.“ Aber schaut euch all die Feministen, Reformisten und so genannten Sozialisten mit ihrer Arroganz und ihren Illusionen in den deutschen imperialistischen Staat an – keiner von ihnen unterstützt unsere einfache demokratische Forderung „Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben“. Warum? Weil sie den deutschen Staat akzeptieren und die Eigentumsformen, die er beschützt. Und sie glauben, dass sie SPD oder PDS nach links drücken können, um alle notwendigen Reformen durchzusetzen, oder dass sie sie als „kleineres Übel“ unterstützen müssen, um weitere Angriffe zu verhindern. Im Gegensatz dazu ist unser Vorbild die Russische Revolution, nicht zuletzt wegen der Errungenschaften für die Frauen, die immer ein guter Gradmesser für die Entwicklung einer Gesellschaft als Ganzes sind. Eine Revolution ist nötig, um

dies zu erreichen, und das bedeutet, die politisch bewussten Arbeiter, einschließlich des bedeutenden Anteils von Immigranten, davon zu überzeugen, dass die Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS, nicht nur der Revolution, sondern auch jedem elementaren Lebensbedürfnis von Arbeitern, Frauen und Immigranten im Wege steht.

Seit Jahrzehnten hat *Women and Revolution* (langjährige Zeitschrift der Spartacist League/U.S., unserer amerikanischen Schwesterorganisation; Artikel unter dem Kopf „Frauen und Revolution“ erscheinen in der theoretischen Zeitschrift der IKL, *Spartacist*, und in der Presse der IKL-Sektionen) die Schrecken der Behandlung von Frauen wie Genitalverstümmelung, Witwenverbrennung, Zwangsheirat und Kinderehen verurteilt und dagegen mobilisiert. Wir Kommunisten sehen diese Abscheulichkeiten als einen Teil der unterdrückerischen Institution der Familie, die aufrechtzuerhalten notwendig ist für Klassengesellschaften und die nur bekämpft werden kann durch das soziale Gewicht der Arbeiterklasse. Wir brauchen die Mobilisierung der Gewerkschaften, um Frauen in die gesellschaftliche Produktion zu bringen, wo sie teilhaben an der sozialen Macht ihrer Klasse, weg von der häuslichen Isolation. Das ist besonders wichtig für immigrierte Frauen. Der Arbeitsplatz ist der Ort, wo die Sprache wirklich gelernt wird, wo an Streikpostenkettens und durch Kämpfe Bindungen entstehen, wo die Vorurteile zwischen Arbeitern deutscher und anderer Herkunft, zwischen Männern und Frauen mit dem unterschiedlichsten Hintergrund durchbrochen werden. Die Befreiung der Frau beginnt im Klassenkampf und wird letztlich dadurch beendet werden, dass die Arbeiterklasse die Macht übernimmt und Frauen von der uralten Familiensklaverei befreit und die Gesellschaft im Interesse aller Unterdrückten reorganisiert. Die Familie kann nicht einfach abgeschafft werden, ihre sozialen Funktionen wie Hausarbeit, Kindererziehung, Kochen und Bildung müssen durch gesellschaftliche Institutionen ersetzt werden.

Für uns als Trotzisten ist der Ausgangspunkt, um all dies zu erreichen, der Aufbau einer multiethnischen Avantgardepartei, welche die bolschewistischen Führer Lenin und Trotzki als ihre eigene Partei anerkennen würden. In Deutschland bedeutet das heute unter anderem den Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, egal wo sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern geboren wurden und welchen religiösen Hintergrund sie haben. Durch den täglichen Kampf gegen Rassismus und Frauenunterdrückung wird sich eine revolutionäre Partei die Autorität unter den Arbeitern aufbauen, um sie gegen alle Arten von rückständigem Bewusstsein zu mobilisieren, inklusive dem Missbrauch von Frauen.

Wie Engels sagte, ist die Befreiung der Frau die Vorbedingung für „die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie, und daß dies wieder erfordert die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft“. Solch eine Veränderung setzt die Abschaffung des Privateigentums voraus:

„Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit.“

Erst wenn dies erreicht ist, wird eine neue Generation von Frauen heranwachsen, „die nie in den Fall gekommen sind, weder aus irgendwelchen andern Rücksichten als wirklicher Liebe sich einem Mann hinzugeben, noch dem Geliebten die Hingabe zu verweigern aus Furcht vor den ökonomischen Folgen“ (Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*). ■

China...

Fortsetzung von Seite 32

Unzufriedenheit des chinesischen Proletariats angefacht. Die Arbeiter wollten etwas unternehmen gegen die Angriffe auf ihre „eiserne Reisschüssel“, die frühere Garantie auf einen Arbeitsplatz und Sozialleistungen, und gegen die steigende Inflation. Sie begannen, sich unabhängig von der Bürokratie zu organisieren, zum Beispiel in der Beijinger Unabhängigen Arbeiterföderation. Die Arbeiterföderation verlangte eine Lohnerhöhung, Stabilisierung der Preise und trat gegen Korruption innerhalb der KPCh auf. Sie forderte „Offenlegung der persönlichen Einkünfte und Besitztümer von Spitzenpartefunktionären“. Die soziale Macht der Arbeiterklasse verlieh den Protesten ihren potenziell revolutionären Charakter.

Li Peng, Vollstreckungsbeamter für Deng Xiaoping und dessen Regime, versuchte bei den Hauptstadt-Eisen- und Stahlwerken Arbeiter abzuschrecken und einzuschüchtern, die mit den Studentenprotesten sympathisierten. Die Drohung eines Generalstreiks brachte Li und Deng dazu, am 20. Mai das Kriegsrecht zu verhängen. Die 38. Armee bekam den Befehl, den so genannten „konterrevolutionären“ Aufstand niederzuschlagen. Doch diese Truppen waren in Beijing stationiert und weigerten sich, gegen die Menge vorzugehen.

Die neu entstehenden chinesischen Arbeiterorganisationen begannen, Widerstand gegen die Ausrufung des Kriegsrechts zu organisieren. Sie bildeten „Arbeiterstreikposten-Trupps“ und Gruppen von „Todesmutigen“, um demonstrierende Studenten gegen Repression zu schützen. Studenten und Arbeiter verbrüderten sich mit den Soldaten. Auf den Straßen Beijings drängten sich gewöhnliche Leute, die über Politik diskutierten und darüber redeten, wie sie sich den Weg vorwärts vorstellten. Die Polizei verschwand von den Straßen.

Nachdem sich die Autorität der Regierung in Beijing verflüchtigt hatte, begannen Arbeitergruppen, die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit zu ergreifen, und übernahmen dringende Versorgungsaufgaben wie den Transport von Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern. Eine Gruppe von Generälen der Volksbefreiungsarmee schickte ein Protestschreiben an Deng Xiaoping. Die Armee war politisch gespalten. Nicht horizontal, wie in einer sozialen Revolution, wo sich die Mannschaften von den Offizieren abspalten, sondern von oben nach unten. So sieht eine beginnende politisch-proletarische Revolution aus. Zwei Wochen lang wurde das befohlene Kriegsrecht nicht durchgesetzt.

Am 3. Juni gelang es Deng, die 27. Armee mobil zu machen, um das Kriegsrecht durchzusetzen. Das Blutvergießen begann. Berichten zufolge war bei Ankunft der Truppen am Tiananmen-Platz in den frühen Morgenstunden des 4. Juni ihr erstes Ziel der Stützpunkt der Arbeiter am Westende. Ein Studentenfürher sah, wie Panzer die Zelte der Beijinger Unabhängigen Arbeiterföderation platt walzten und dabei 20 Menschen töteten. Den meisten Studenten wurde erlaubt, den Tiananmen-Platz unbehelligt von Strafmaßnahmen zu verlassen – im Gegensatz zu dem Krieg, der gegen die arbeitende Bevölkerung der Stadt geführt wurde.

Warum diese brutale Repression beim ersten Anzeichen von Arbeiterprotest? Die stalinistische Bürokratie ist eine parasitäre Kaste, die sich auf eine kollektivierten Wirtschaft stützt. Die Bürokraten *besitzen* die Produktionsmittel nicht. Ihnen stehen nicht die unzähligen Fäden sozialer Kontrolle einer herrschenden Kapitalistenklasse zur Verfügung, wie etwa das Recht, Eigentum an ihre Kinder zu vererben. Ihre Macht kommt von ihrem Monopol der politischen Kontrol-

le über den Regierungsapparat. Da sie den Anspruch erheben, im Namen der Arbeiter zu regieren, können sie keinerlei unabhängige Arbeiterorganisation tolerieren. Jede wirkliche Arbeiterbewegung stellt notwendigerweise die Legitimität der stalinistischen Bürokratie in Frage. Dies ist der Widerspruch eines jeden deformierten Arbeiterstaats.

Es ist unmöglich, genau zu sagen, wie viele Menschen dem Massaker zum Opfer fielen, aber wahrscheinlich wurden mehrere Tausend getötet oder verwundet. Doch der Terror der Armee konnte die Rebellion nicht niederschlagen. Tatsächlich bewirkte er zunächst einen allgemeinen Anstieg des proletarischen Widerstandes, Trupps von „Todesmutigen“ schossen in ganz China aus dem Boden. Die Proteste weiteten sich auf über 80 Städte aus, und das war nur die offizielle Angabe. Doch ohne eine kohärente Führung wurde der Aufstand schließlich durch staatliche Repression zerschlagen. Eine bekannte linke Gruppe in den Vereinigten Staaten, Workers World, verteidigte tatsächlich das Massaker und wärmte Deng Xiaopings Lüge auf, die Demonstranten seien konterrevolutionär und für bürgerliche Demokratie gewesen. Dies war zufällig auch international die Linie der Bourgeoisie. In dieser Periode hatte *Workers Vanguard* [Zeitung der Spartacist League/U.S.] folgende Schlagzeilen: Am 26. Mai: „Aufruhr in China: Stürzt die Bürokraten – Für den Kommunismus Lenins! Arbeiter- und Soldatenräte müssen herrschen!“ (WV Nr. 478). Am 9. Juni: „Massaker in Beijing – China vor dem Bürgerkrieg. Für die Einheit Chinas unter Führung der Arbeiter!“ (WV Nr. 479). Am 23. Juni: „Verteidigt die chinesischen Arbeiter! Stoppt die Hinrichtungen!“ (WV Nr. 480).

Die Lehren vom Tiananmen

Wang Hui vertritt in seinem Artikel „Die soziale Bewegung von 1989 und die historischen Wurzeln von Chinas Neoliberalismus“ die Ansicht: „Die unmittelbare Ursache für das Scheitern der Bewegung war ihre gewaltsame Unterdrückung durch den Staat. Die indirekte Ursache jedoch war ihre eigene Unfähigkeit, die Kluft zwischen ihrer Forderung nach politischer Demokratie und der Forderung nach sozialer Gleichheit, welche ihre mobilisierende Kraft gewesen war, zu überbrücken.“ Dies ist sehr scharfsinnig. Welches politische Programm könnte diese Kluft überbrücken?

Während der Kulturrevolution war die Gesellschaft polarisiert zwischen Studenten und Arbeitern. Auf dem Tiananmen-Platz demonstrierten Studenten und Arbeiter, nicht ohne Meinungsverschiedenheiten, gemeinsam gegen die Bürokratie. Nur eine leninistische und trotzkistische Partei im Kampf für eine proletarisch-politische Revolution hätte die Kluft zwischen den Forderungen nach politischer Demokratie und sozialer Gleichheit überbrücken können. Doch die Arbeitergruppen gingen nicht darüber hinaus, „Demokratie“ als Freiheit von bürokratischer Gängelung zu fordern. Eine revolutionäre Partei war nötig, um das politische Bewusstsein der Arbeiter mit den Lehren vergangener Kämpfe zu erfüllen.

Die beiden Wochen, in denen die Armee sich weigerte, das Kriegsrecht durchzusetzen, waren eine entscheidende Phase. Da gab es ein politisches Vakuum. Selbst eine ganz kleine chinesische bolschewistische Organisation hätte 1989 ausschlaggebend sein können, besonders in diesen zwei Wochen. Die Situation einer Doppelherrschaft, die sich entwickelte, als die Werktätigen die Herrschaft über die Städte in ihre eigenen Hände zu nehmen begannen, musste in einen Kampf um die politische Macht überführt werden. Dies hätte bedeutet, dafür zu kämpfen, die informellen Arbeiterversammlungen in Arbeiterräte umzuwandeln, die allen – außer offen konterrevolutionären – Tendenzen offen stehen würden.

Lenin beschrieb Sowjets (Arbeiterräte) als „die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert*, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten.“ Bei der Ausbreitung dieses Organisationstyps auf ländliche Gemeinden würden Wanderarbeiter eine entscheidende Rolle spielen. Auf nationaler Ebene zusammengefasst, hätten diese Organisationen die Basis für ein revolutionäres Regime der Arbeiterdemokratie bilden können, den Stalinisten entgegengesetzt und mit der Verpflichtung, einen Kampf auf Leben und Tod gegen kapitalistische Restauration zu führen.

Weil es an klarer Führung fehlte, war es offen reaktionären Kräften bei einigen Gelegenheiten möglich, sich Gehör zu verschaffen, einschließlich einiger, die Guomindang-freundliche Losungen riefen. Sozialistische Bestrebungen waren oft vermischt mit großen Illusionen in die Vereinigten Staaten und die bürgerliche Demokratie – beispielhaft verkörpert durch die Statue der „Göttin der Demokratie“. Doch von Beginn an waren die Forderungen der Demonstranten, vor allem nach mehr demokratischen Rechten und einem Ende der Korruption, ihrem Charakter nach egalitär und innerhalb des Rahmens eines Arbeiterstaats. Arbeiter marschierten auf den Tiananmen-Platz mit Bildern von Mao Zedong und Zhou Enlai, nicht von Chiang Kai-shek.

Um Arbeiter, Soldaten und Studenten zu gewinnen, hätte sich eine bolschewistische Partei ohne Umschweife gegen den Nationalismus des „Sozialismus in einem Lande“ aussprechen und die Tatsache klarstellen müssen, dass Mao und Deng nur zwei Seiten derselben antisowjetischen bürokratischen Medaille waren. Es wäre wichtig gewesen, einen Appell an die Arbeiter der Welt zu richten für die bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa, China, Nordkorea, Vietnam und Kuba. Eine politische Revolution in China wäre ein Zündfunke für die Arbeiter der ganzen Welt gewesen, von Japan und Südkorea bis Westeuropa und die USA, doch insbesondere in der Sowjetunion.

In einem von *Revolutionary Worker* 1999 veröffentlichten Interview (sie haben es kürzlich im Juni [2004] nachgedruckt) erklärt Li Minqi, der 1989 als Student auf dem Tiananmen-Platz demonstrierte, welche Lehren er aus dem Aufstand zog und wie er für das gewonnen wurde, was er als Marxismus ansieht (eine Art Neo-Maoismus): „Anfangs teilte ich die unter den chinesischen Studenten vorherrschende bürgerliche Ideologie. Die Studentenbewegung hatte nicht die Erwartung, zu einer demokratischen Massenbewegung zu werden. Doch am 17. Mai, als die Arbeiter tatsächlich auf die Straße gingen, begann ich zu begreifen, dass dies etwas völlig anderes war, als ich erwartet hatte. Ich sagte mir: Dies gleicht mehr und mehr einer revolutionären Situation.“

Li erklärt seine politische Entwicklung folgendermaßen: „In der Bewegung hatte ich bereits das Gefühl, dass etwas nicht stimmte. Die Führung der Studenten wagte es nicht, die Arbeiter zu mobilisieren, wagte es nicht, Schritte zu unternehmen, um eine politische Machtübernahme zu organisieren, und das hatte das Scheitern der Bewegung zur Folge. So begann ich meine bisheri-



Peter Turnley

Beijing, Mai 1989: Arbeiter und Studenten verbrüdern sich mit Soldaten, die den Aufstand unterdrücken sollten – eine beginnende politische Revolution gegen das stalinistische Regime

gen Überzeugungen und bisher für selbstverständlich gehaltene Dinge zu überdenken – westliche Ideologie und Demokratie westlicher Art. Ich dachte mir, dass möglicherweise ein paar alternative Ideen notwendig waren. Und die nahe liegendste alternative Idee ist der Marxismus.“

Li wurde vom Deng-Regime verhaftet und verbrachte zwei Jahre im Gefängnis. Jetzt ist er ein Emigrant. Li sah keine Alternative zum Maoismus und zog daher einige falsche Schlussfolgerungen aus der Niederlage. Für den



AP

Nach blutiger Niederschlagung des Tiananmen-Aufstandes griff sich die Bürokratie Arbeiter für Repressionen heraus. Plakate beschuldigen zwei Arbeiter der „Verbreitung von Gerüchten“

wachsenden Nationalismus in China macht er den neuen chinesischen Kapitalismus verantwortlich. Dies ist in zweierlei Hinsicht falsch: China ist nicht kapitalistisch, und „Sozialismus in einem Lande“ ist die Grundlage für den heutigen chinesischen Nationalismus. In einer Diskussion, die in *One China, Many Paths* [Ein China, viele Wege] wiedergegeben wird, wird Li nach seinen Ansichten zu Chinas Krieg gegen Vietnam 1979 gefragt und antwortet, er habe dazu nichts zu sagen. Aber Lis Erfahrung zeigt, wie der Einfluss der Arbeiterklasse, die bei den Tiananmen-

Fortgesetzt auf Seite 26

China...

Fortsetzung von Seite 25

Ereignissen ihre soziale Macht zeigte, das politische Bewusstsein einiger Studenten verändert hat. Mit einer revolutionär-marxistischen Führung kann die Arbeiterklasse den Lauf der Geschichte verändern.

Das Gespenst vom Tiananmen, die Intelligenz und der Kampf der Arbeiterklasse heute

Ein paar Jahre nach der Zerschlagung des Aufstandes ging die Bürokratie mit ihrer Marktpolitik in die Offensive. Zwischen 1993 und 1999 vervierfachten sich die Proteste gegen die Marktrefor-men. Seit den späten 90er-Jahren waren Meinungsverschiedenheiten innerhalb der chinesischen Intelligenz offenbar, die den wiederauflebenden sozialen Kampf gegen die Marktrefor-men widerspiegeln: neoliberale Intellektuelle und Hardliner innerhalb der KPCh unterstützen im Wesentlichen die Unterdrückung vom Tiananmen. Sie argumentieren, wenn die Bewegung nicht gestoppt worden wäre, hätte sich China nicht zu einer wohlhabenden Nation entwickelt. Die neoliberalen Intellektuellen nannten ihre Gegner die „Neue Linke“, um anzudeuten, dass es Marxisten seien, denn die „Neue Linke“ widersetzte sich der Verschlechterung der Lebensumstände der Massen. Sie waren auch gegen die Unterdrückung des Tiananmen-Aufstandes.

Die Neoliberalen beklagen, dass es noch nicht genug Privatisierung gegeben habe und dass deshalb China noch immer „sozialistisch“ sei. Die „Neue Linke“ ist der Meinung, es gebe bereits genug Privatisierungen, um China kapitalistisch zu nennen. Wang Hui [ein Vertreter der „Neuen Linken“] erkennt jedoch, dass China sich von anderen kapitalistischen Staaten unterscheidet, da es der einzige Staat war, der sich erfolgreich durch die ostasiatische Finanz-/Wirtschaftskrise von 1997/98 navigierte. Wang schreibt dies dem Nationalstaat zu. Aber Thailand und Südkorea sind auch Nationalstaaten. Wang Hui hält Internationalismus und

Marxismus für altmodisch.

Das kollektivierte Eigentum ist der Grund, warum China in der Lage war, sich erfolgreich durch diese Finanz-/Wirtschaftskrise zu manövrieren. Das fortbestehende Staats-eigentum am Finanzsystem erlaubte es dem Beijinger Regime bis jetzt, den Fluss von Geldkapital aus und nach Festlandchina effektiv (wenn auch nicht vollständig) zu kontrollieren. Chinas Währung, der Yuan (auch Renminbi genannt) ist nicht frei konvertierbar. Er wird auf internationalen Währungsmärkten nicht (legal) gehandelt.

Sachkundige Wortführer des westlichen Imperialismus wissen, dass die Privatisierung und vor allem Internationalisierung des Finanzsystems ein unerlässlicher Schritt ist, um die Herrschaft des KPCh-Regimes über die Banken zu brechen. Jedoch hat die Bürokratie keine Kontrolle über die Tatsache, dass die kapitalistische Enklave Hongkong ein sich immer weiter öffnendes Einfallstor für illegale Währungs-transaktionen in beide Richtungen ist. Die Enteignung von Hongkongs Finanziers und anderer Teile seiner Bourgeoisie ist lebensnotwendig, um Chinas Wirtschaft vor dem zerstörerischen Ansturm der imperialistischen Bankiers zu schützen.

Zu der Debatte über einen Zusatz zur chinesischen Verfassung, der „private Eigentumsrechte unantastbar“ machen sollte, bemerkte Wang Hui mit Hinweis auf die brutalen Privatisierungen als Folge der Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion: „Ein Jahrzehnt später ist in China die Frage der Eigentumsrechte zur zentralen sozialen Frage geworden. Das Prinzip, dass Privateigentum gesetzlich geschützt werden sollte, ist unter den Intellektuellen nicht umstritten.“ Wang Hui sieht, dass das Privateigentum die Schlüsselfrage ist, doch er und die „Neue Linke“ ziehen die falsche Schlussfolgerung. Ihre Differenz mit den Neoliberalen liegt darin, *wie jemand zu dem Eigentum kommt*. Die Neoliberalen akzeptieren stillschweigend illegale Enteignungen; die „Neue Linke“ ist dagegen. Das heißt, sie sind für einen Kapitalismus mit menschlichem Gesicht. In seine eigenen Widersprüche verstrickt sich Wang in der Frage der Privatisierung des Landes. Ihm ist klar, dass bei einer Privatisierung des Landes gewöhnliche Bauern über Nacht ruiniert würden. Marxisten wissen, dass neben den armen Bauern selbst die einzige Klasse, deren Interesse gegen die Landprivatisierung gerichtet ist, das Proletariat ist.

Der Nationale Volkskongress verabschiedete im Frühjahr [2004] ein Gesetz, das erklärt: „Das rechtmäßig erworbene Privateigentum der Bürger ist unantastbar.“ Es war nur eine Frage der Zeit, bis solch ein Gesetz beschlossen wurde. Letztes Jahr wurde Unternehmern die Parteimitgliedschaft gestattet. Tatsächlich bewirkte dieses Gesetz weder eine bedeutsame Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der KPCh, die 66 Millionen Mitglieder hat, noch in ihrer maßgeblichen Ideologie. Einer offiziellen Untersuchung zufolge sind von Chinas zwei Millionen privater Firmeninhaber 600 000 Parteimitglieder und das schon seit einiger Zeit. Die überwiegende Mehrzahl davon waren langgediente Leitungskader der KPCh, die die von ihnen geleiteten kleinen Staatsunternehmen übernahmen, als diese im Laufe der letzten Jahre privatisiert wurden.

Staatliche Industriebetriebe können bis zu einem gewissen Grad vor wachsender Importkonkurrenz abgeschirmt werden, indem die Regierung über die Banken Zuschüsse gewährt. Doch für Chinas Kleinbauern gibt es keinerlei Möglichkeit, mit dem kapitalintensiven, wissenschaftlich betriebenen Agrobusiness der Vereinigten Staaten und anderer bedeutender Nahrungsmittel exportierender Länder zu konkurrieren. Die politische Leitlinie in der Agrarpolitik des Regimes ist nicht Schutz für die Vielzahl von Kleinbauern. Es ist vielmehr die Tendenz zu großflächigen, de facto in Privatbesitz befindlichen landwirtschaftlichen Anwesen.

In chinesischer Sprache erhältlich

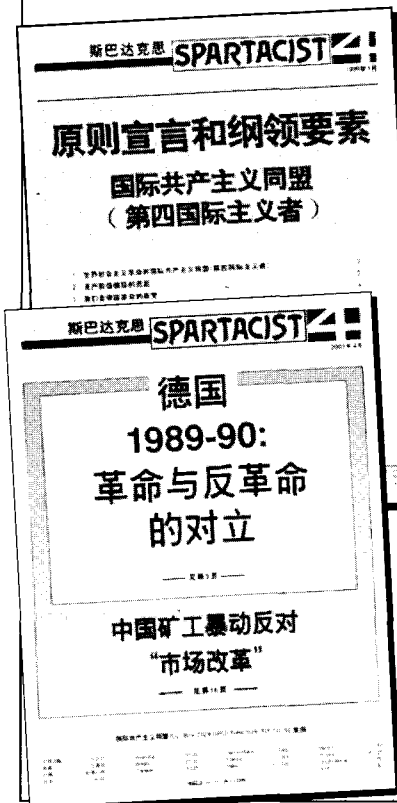
Grundsatz- erklärung und einige Elemente des Programms

€ 1,-
(20 Seiten)

„1989/90: Revolution und Konterrevolution“ in Deutschland

€ 1,-
(24 Seiten)

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Letztendlich ist der einzige Weg, den Mangel an Ackerland in China im Interesse der Arbeiter und armen Bauern zu beheben, die Ausweitung der Revolution auf einen industriell fortgeschrittenen kapitalistischen Staat wie Japan. Doch die Bürokratie steht dieser Perspektive im Weg. In der Zwischenzeit würde eine Regierung, die auf Arbeiter- und Bauernräten basiert, nicht nur das Anheuern von Arbeitskräften und die Hinzupachtung von Land durch reiche Farmer verbieten oder einschränken, sondern auch die Rekollektivierung der Landwirtschaft vorantreiben. Sie würde denjenigen Bauern, die sich Kollektiven anschließen, materielle Anreize in Aussicht stellen wie die besten Traktoren und Kunstdünger, und ihnen reduzierte Steuern und billige Kredite anbieten. Eine Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität würde einen enormen Zuwachs an Industriearbeitsplätzen in städtischen Regionen notwendig machen, um den gewaltigen Überschuss an Arbeitskräften zu absorbieren, die auf dem Lande nicht mehr benötigt werden. Zweifellos wäre dies ein langwieriger Prozess, insbesondere angesichts der begrenzten Größe und des relativ niedrigen Produktivitätsniveaus von Chinas industrieller Basis.

Die Verwirklichung dieser Perspektive hängt von der Hilfe ab, die China von einem sozialistischen Japan oder einem sozialistischen Amerika erhalten würde. Ihr seht, alle Wege führen zur Notwendigkeit von internationaler Revolution. Die schrecklichen Lebensbedingungen, unter denen chinesische Bauern leiden, waren ebenso wie ihre Überzeugung, das alles nur noch schlimmer wird, der Grund dafür, dass in China im Laufe des letzten Jahrzehnts viele ausgedehnte Bauernproteste und -aufstände stattfanden, die sich vor allem gegen die zunehmende Steuerlast und gegen Korruption richteten.

Von Anzeichen ernster Probleme für die stalinistische Bürokratie berichtete ein Artikel der *Herald Tribune* (3. Juni): „Im Gegensatz zu Tiananmen 1989 gibt die Polizei immer häufiger zu, dass die meisten Demonstranten getrieben sind von berechtigtem Groll gegen habgierige Manager und korrupte örtliche Funktionäre und nicht einfach nur Handlanger antikommunistischer Verschwörer sind. In Anerkennung der Tatsache, dass die Proteste weit verbreitet sind und sich wachsender Sympathie unter der Bevölkerung erfreuen, ist die Polizei eifrig bemüht, sich neue Techniken der Protesteindämmung und -entschärfung anzueignen, anstatt Demonstrationen brutal zu zerschlagen.“

Das Tempo der Bürokratie bei der Durchführung von Marktreformen ist begrenzt durch ihre Furcht vor dem Proletariat, vor allem vor dem Gespenst eines neuerlichen Tiananmen-Aufstandes. Fuxin im Nordosten des Landes, nordwestlich von Shenyang gelegen, hat bis Ende 2000 530 Millionen Tonnen Kohle produziert. Würde man Lastwagen mit jeweils 60 Tonnen Kohle beladen und sie Stoßstange an Stoßstange hintereinander aufstellen, würde das 4,3-mal um den Erdball herumreichen! Am 31. Januar 2003 verbrachte Wen Jiabao die chinesische Neujahrsnacht mit Bergarbeitern 720 Meter unter der Erde. Er tat das aus gutem Grund. Offiziellen Statistiken zufolge sind 200 000 der 400 000 Bergarbeiter des Bergbaubüros Fuxin entlassen worden. Ein Artikel bemerkt: „In den Augen der Arbeiter gibt es eine unverbrüchliche Verbindung: Chinas Bodenschätze gehören dem



Wolff/Visum

Arbeitslose Arbeiter in Shenyang in Chinas „Rostgürtel“

Staat, und ‚die Arbeiterklasse ist Herr im Staat und Herr der Industrie‘; warum können dann in der Realität die Arbeitsplätze der ‚Herren‘ einer nach dem anderen für eine schäbige ‚Existenzvorsorge‘ ausverkauft werden?“

Dies trifft den Kern der Widersprüchlichkeiten des chinesischen Arbeiterstaats. Die folgenden Beispiele zeigen, dass ein Teil der Arbeiterklasse die Notwendigkeit sieht, das vergesellschaftete Eigentum zu verteidigen; sie verstehen, dass der Kapitalismus noch nicht wiederhergestellt ist, aber ihr politisches Bewusstsein hat echte Grenzen und Widersprüche.

In einem anderen interessanten Artikel mit dem Titel „Industrial Restructuring and Workers’ Resistance in China“ [Industrielle Umstrukturierung und Arbeiterwiderstand in China] beschreibt Feng Chen (von der Hong Kong Baptist University), wie die Arbeiter in den staats eigenen Betrieben ganz andere Auffassungen von Eigentumsrechten haben als die Arbeiter in Privatunternehmen. Letztere streiken hauptsächlich für Löhne oder ihre Arbeitsbedingungen, während sich einige Arbeiter der staats eigenen Betriebe mit der Frage von Eigentumsformen und den damit zusammenhängenden Eigentumsverhältnissen für den Fall der „Umstrukturierung“ (Privatisierung) ihrer Betriebe befassen. Feng sagt, dass es in einigen Fabriken eine offene-Kampfansage gegen den Übergang zu kapitalistischen Eigentumsverhältnissen gegeben habe.

Eine Methode der Hintertreibung von Privatisierungen ist die Fabrikbesetzung. Als zum Beispiel die Arbeiter einer Plastikfabrik in Shanghai hörten, dass ihre Fabrik zu einer Fusion mit einer anderen gezwungen werden sollte (was Entlassungen bedeuten würde), blockierten sie alle Eingänge zur Fabrik und verweigerten dem Parteisekretär den Zugang. Die Arbeiter rechtfertigten die Fabrikbesetzung als Verteidigung öffentlichen Eigentums, auf das sie ein legitimes Anrecht hätten. Wären diese Proteste organisiert, könnten sie einen Flächenbrand von Kämpfen auslösen.

Feng sagt: „Diese Aktionsform lässt sich zurückverfolgen auf die Tradition von Arbeiterkämpfen in den letzten Jahren der Chinesischen Revolution. Einige Arbeiter erklärten stolz, dass ihre Aktion zur Verteidigung der Fabrik denen ihrer Vorgänger am Vorabend der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1949 ähnelte, als pro-kommunistische Arbeiter ‚Arbeiterwachmannschaften‘ (*gongren jiuchadui*) bildeten, um Fabriken vor Sabotageakten durch die Guomindang zu schützen“ (Interview, Januar 2000).

In einigen Fällen brachten die Arbeiterproteste gegen Umstrukturierung die Kontroverse schließlich vor die

Fortgesetzt auf Seite 28

China...

Fortsetzung von Seite 27

Arbeiter- und Personalräte. Diese haben laut Gesetz die Aufgabe, die Betriebsleitung zu überwachen, sind aber in Wirklichkeit größtenteils machtlos, weil die Gewerkschaften – auf die sich diese Räte stützen – auf Betriebsebene keine Macht besitzen. Die Arbeiter stehen diesen Räten zwar allgemein ziemlich zynisch gegenüber, aber es gibt Fälle, wo sie zu einer entscheidenden Arena des Kampfes gegen Umstrukturierung wurden.

Bei der SL Company hielt der Betriebsrat ein unternehmensweites Referendum ab, und der Privatisierungsplan wurde von 80 Prozent der Belegschaft abgelehnt. Laut den dortigen Arbeitern war dies das erste Mal in der Betriebsgeschichte, dass sie über etwas abstimmten, was für ihre Interessen wichtig war.

Arbeiter der Zuckerfabrik von Changjiang erklärten im Juli 1999 in einem Petitionsschreiben an die Bezirks-gewerkschaft: „In welcher Weise die Eigentumsform umstrukturiert wird, sollte von den Arbeitern demokratisch entschieden werden. Die Bezirksregierung kann das nicht von sich aus entscheiden... Die Arbeiter sind Herr des Unternehmens und der Hauptträger (*zhuti*) der Reform. Umstrukturierung, ohne die Arbeiter- und Personalräte mit einzubeziehen, und Verkauf der Fabrik, ohne die Arbeiter zu informieren, sind schwerwiegende Verletzungen der demokratischen Rechte der Arbeiter. Wir fordern unsere demokratischen Rechte zurück.“

Das ist ein machtvolles Beispiel, dass die Arbeiter nicht gewillt sind, die weiße Flagge zu hissen, wenn es um das kollektivierte Eigentum geht. Sie haben eine Antwort auf die Frage „Demokratie für welche Klasse?“. Demokratie für die Arbeiter, für ihren Kampf zur Verteidigung des kollektivierte Eigentums. Eine gravierende politische Beschränkung liegt jedoch darin, dass sie das kollektivierte Eigentum des Arbeiterstaats insgesamt verteidigen müssen, nicht nur das *ihrer eigenen* Fabrik. Sie müssen verstehen, dass sie Teil des internationalen Proletariats sind. Das unterstreicht die Notwendigkeit einer leninistischen Partei, die dieses Bewusstsein ins Proletariat hineinträgt.

Ein schwerwiegendes Missverständnis, mit dem ich mich befassen will, ist die Vorstellung, dass sich Maximierung der Produktivität und Egalitarismus in einem Arbeiterstaat widersprechen. Diese Ansicht besagt, dass nur der Markt dazu imstande sei, Manager und Arbeiter zu disziplinieren, um die Produktion zu maximieren, und dass Egalitarismus nur in einer Kommando-Planwirtschaft möglich sei. Der falsche politische Ausgangspunkt dieser beschränkten Sichtweise besteht darin, dass somit die *einzig* mögliche politische Form eines Arbeiterstaats das politische Monopol der stalinistischen Bürokratie ist.

Das einzige, was die Neo-Maoisten innerhalb der Bürokratie zu bieten haben, ist eine Kommando-Planwirtschaft. Diese hat ihre Grenzen darin, dass sich die Arbeiter, die technische Intelligenz und die Betriebsleiter nicht mit der Regierung identifizieren, die den Plan macht, was dazu führt, dass der Plan an seiner Basis ignoriert und untergraben wird. So haben stalinistische Regime naturgemäß die Neigung, zentralisierte Planung und Leitung durch Marktmechanismen zu ersetzen, um die Arbeiter und Betriebsleiter zu disziplinieren. Trotzki bemerkte in *Verratene Revolution* in einem Kommentar zur Kommando-Planwirtschaft unter Stalin: „Die Sowjetproduktion scheint wie von einem grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativefreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei

unvereinbar sind.“ Arbeiterdemokratie ist entscheidend als Brücke zwischen Produktivitätsmaximierung und Egalitarismus innerhalb des Arbeiterstaats. Dafür ist eine revolutionäre proletarische Partei notwendig.

Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!

Ich habe klargestellt, dass China ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat ist, weil das Herzstück der Wirtschaft aus kollektiviertem Eigentum besteht, und dass die stalinistische Bürokratie eine privilegierte Kaste mit widersprüchlichem Charakter ist, keine Klasse; sie kann nicht reformiert werden. Eine Wiedereinführung der „eisernen Reisschüssel“, während sich die Bürokratie immer noch an die politische Macht klammert, wird das Hauptproblem nicht lösen: Die Bürokratie ist dagegen, dass die Arbeiter für ihre eigenen, revolutionär-internationalistischen Interessen mobilisiert werden. Die Politik der Bürokratie, basierend auf dem Aufbau des „Sozialismus in einem Lande“, unterminiert die Verteidigung des Arbeiterstaats. Die Bürokratie muss von den Arbeitern beiseite geräumt werden.

Die von mir angeführten Beispiele zeigen deutlich, dass das Programm einer proletarisch-politischen Revolution auf der Grundlage bedingungsloser militärischer Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats und zur Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie für chinesische Arbeiter kein Hirngespinnst ist. Der Aufbau einer revolutionär-internationalistischen, leninistisch-trotzkistischen Partei ist notwendig, um dieses Programm in die Tat umzusetzen. Das ist die elementarste historische Aufgabe des chinesischen Proletariats. Für solch eine Partei ist eine politische Revolution zur Errichtung einer Arbeiterdemokratie und zur Einführung einer zentralisierten Planwirtschaft mit einem strikten Außenhandelsmonopol Teil des Programms der internationalen proletarischen Revolution. Arbeiter in den staatseigenen Betrieben müssen ihren Kampf mit dem der Arbeiter in den Privatunternehmen verbinden – um diese Unternehmen zu enteignen –, mit den Wanderarbeitern, mit den armen Bauern, den Frauen und den unterdrückten Minderheiten. Die Partei muss ein Tribun der gesamten Bevölkerung sein. Nationalismus ist falsches Bewusstsein.

Es ist entscheidend, zu verstehen, dass das japanische Proletariat ein Verbündeter für das chinesische Proletariat sein kann. Es gibt eine Geschichte des Widerstands des japanischen Proletariats gegen die Aggression des japanischen Imperialismus gegenüber China. 1927 verlangte die Kommunistische Partei Japans den bedingungslosen Abzug der japanischen Truppen aus der Mandschurei und das Streik- und Organisationsrecht für chinesische, koreanische und japanische Arbeiter. 2001 weigerten sich die Werftarbeiter von Sasebo, ein Schiff mit Waffen für US-Truppen in Afghanistan zu beladen. Die Arbeiter aller Länder können sich vereinigen. Die IKL kämpft für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution.

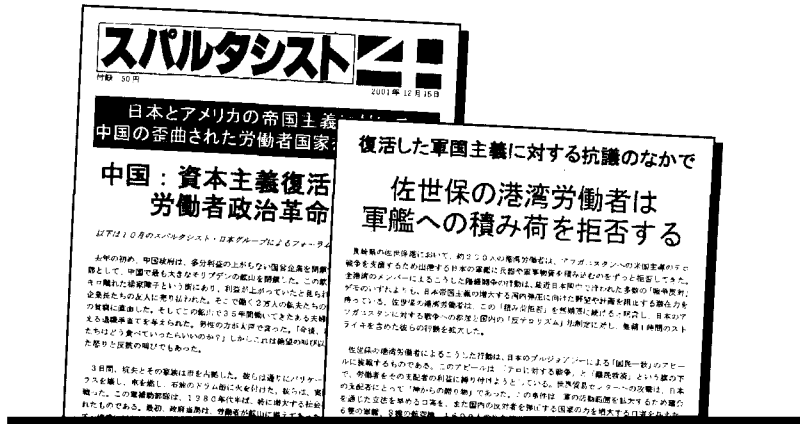
Die chinesische „Neue Linke“ ist voller Widersprüche. Die meisten verteidigen im Prinzip die Unverletzlichkeit des Privateigentums, doch die „Schattenseite“ des Marktes gefällt ihnen nicht. Insbesondere ist ihnen klar, dass durch eine Privatisierung des Landes die armen Bauern zugrunde gerichtet werden. Die chinesische „Neue Linke“ will das Unmögliche: Kapitalismus mit menschlichem Gesicht. Nur das Proletariat, unterstützt von den armen Bauern, kann das verstaatlichte Land verteidigen. Außerdem würde China durch den Kapitalismus nicht modernisiert werden. Ein kapitalistisches China würde aussehen wie eine Mischung aus dem Kriegsherrentum der Zeit nach der ersten Chinesischen Revolution 1911 und dem heutigen nach-konterrevolutionären Russland.

Die Frage von „Demokratie“ kann nicht losgelöst werden

vom Klassencharakter des Staats. So verkündete zum Beispiel der pseudotrotzkistische Ableger des Vereinigten Sekretariats in Hongkong, Pioneer, in der Schlagzeile seiner Erklärung vom Neujahrstag 2004 zur Unterstützung der an diesem Tag stattfindenden Protestdemonstration: „Für allgemeine Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht und freien Nominierungen!“ Dieser Aufruf ist praktisch identisch mit der Forderung, die der Vertreter des US-Imperialismus in Hongkong im Monat zuvor aufgestellt hatte. Die vorrangigste Aufgabe in Hongkong ist die Enteignung der dortigen Bourgeoisie. Diese Aufrufe zur „Demokratie“ ohne die

nem Einheitsfrontprotest teilzunehmen, den wir gegen die Faschisten und zur Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats initiiert hatten. Eine Viertelmillion Arbeiter beteiligten sich. Zum ersten Mal überhaupt standen Trotzlisten in einem deformierten Arbeiterstaat mit den Stalinisten auf einem Podium. Wir kämpften darum, die revolutionäre Führung zu werden. Von der Rednerbühne aus rief unsere Sprecherin auf: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“

Dies war die beste Verteidigung gegen kapitalistische Konterrevolution. Zwei Programme konkurrierten miteinander: unseres, das Programm einer proletarisch-politischen



1927: Plakat der Nationalen Liga der Bewegung gegen Intervention in China, organisiert von der Kommunistischen Partei Japans, verlangt sofortigen Abzug japanischer Truppen und Organisations- und Streikrecht für japanische, chinesische und koreanische Arbeiter in Mandschurei und Mongolei. Oben: Beilage zu *Spartacist Japan* (15. Dezember 2001) veröffentlichte Artikel über Weigerung der Werftarbeiter von Sasebo, Waffen für US-Truppen in Afghanistan zu verladen



Absicht einer Verteidigung des kollektivierten Eigentums auf dem Festland sind ein Deckmantel für eine gar nicht so „demokratische“ Konterrevolution.

Für alle, die China kapitalistisch nennen, hier eine kurze Anekdote aus einem Roman von Ha Jin, *Verrückt*. Während der Tiananmen-Proteste rief ein Reaktionsär den Arbeitern zu: „Hört auf, Sklaven zu sein!“ Ein Schlosser antwortete: „Wie kannst du es wagen, mich einen Sklaven zu nennen.“ Chinesische Arbeiter sind nicht bereit zu kapitulieren; sie sind keine Sklaven. Sie wollen kämpfen, um das kollektiviert Eigentum zu verteidigen. Sie können die Herren ihres Staats sein, doch sie brauchen eine Führung.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Punkte machen über die Intervention der IKL in die beginnende proletarisch-politische Revolution in Ostdeutschland 1989/90. Die Aufgaben des internationalen Proletariats sind gewaltig. Unsere Intervention hat gezeigt, dass ein revolutionäres Programm – wenn ein kleiner Riss vorhanden ist – in einer revolutionären Situation, wie zum Beispiel in den beiden Wochen, die es dauerte, um das Kriegsrecht während des Tiananmen-Aufstandes durchzusetzen, ungeheuren Einfluss haben kann. Arbeiter kamen zu uns und fragten, wie bilden wir Arbeiterräte? Es gab so viele ostdeutsche Arbeiter, die in Erwägung zogen, wofür die IKL kämpfte, dass sich die herrschende stalinistische Regierung gezwungen sah, nach der faschistischen Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow an ei-

Revolution, und das stalinistische Programm der Kapitulation und Konterrevolution. Die Treptower Mobilisierung jagte den Machthabern Angst ein, sowohl im Osten als auch im Westen, und unsere Kräfte waren zu gering. Wir haben verloren. Die Lehren dieses Kampfes und des Tiananmen-Aufstandes muss sich das internationale Proletariat zu Eigen machen. Die entscheidende Frage ist nicht, wie man China modernisieren kann, sondern wie man ein internationales Rätssystem errichtet, das das Problem des Mangels in der Welt lösen kann. ■



1920: Arbeiter der Putilow-Werke wählen Delegierte zum Petrograder Sowjet. Unter Lenins und Trotzki's Bolschewiki waren Sowjets Organe der Arbeiterherrschaft. Stalins politische Konterrevolution zerstörte die bolschewistische Partei und beseitigte die Sowjetdemokratie

Viktor Bulla

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 32

verurteilt. Seit fast vier Jahren nun weigern sich sowohl Bundes- als auch Staatsgerichte, sich mit der eidesstattlichen Erklärung von Arnold Beverly, er und nicht Jamal habe Faulkner erschossen, auch nur zu befassen.

Dembes Absage ist nur die letzte in einer langen Reihe juristischer Machenschaften seitens der Gerichte, um die zusätzlichen Berge an Beweisen für Mumia zu blockieren. Dembe wies Mumias Anwälte an, Dokumente vorzulegen, die begründen, weshalb Beweise für Mumias Unschuld nicht durch Vorschriften, die nur „neu entdecktes“ Beweismaterial zulassen, ausgeschlossen werden sollten. In den dem Gericht vorgelegten Dokumenten erklärte Jamals Hauptanwalt Robert Bryan, dass das Beweismaterial zuvor unbekannt gewesen sei, und fügte hinzu: „Hätte sich die Staatsanwaltschaft nicht auf betrügerische Vorgehensweisen und Vertuschung ihrer Misstaten eingelassen, wäre das neue Beweismaterial unnötig.“

Der Prozess der Staatsanwaltschaft gegen Mumia ist seit langem von vorne bis hinten als Lüge entlarvt (siehe die Broschüren des Partisan Defense Committee *The Frame-Up of Mumia Abu-Jamal* [Die abgekartete Anklage gegen Mumia Abu-Jamal], Juli 1995, und *Mumia Abu-Jamal Is an Innocent Man!* [Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!], September 2001). In der nun abgesagten Anhörung hatte Mumia gehofft, zwei Beweise vorbringen zu können, die seit Dembes Entscheidung von 2001, Mumias damalige PCRA-Berufung nicht zuzulassen, zu Tage getreten sind. Diese zwei Beweisstücke demontieren wichtige Teile der abgekarteten Anklage der Regierung noch weiter: die erzwungene Zeugenaussage der Prostituierten Cynthia White, sie habe gesehen, wie Mumia Faulkner erschoss, und die offenkundig falsche Behauptung, Mumia habe die Erschießung gestanden. Anfang 2002 meldete sich mutig eine neue Zeugin, Yvette Williams, und bezeugte in einer eidesstattlichen Versicherung, die Bundesgerichten vorgelegt wurde, White habe selbst zugegeben, durch die Bullen zu einer Zeugenaussage gegen Jamal gezwungen worden zu sein:

„Ich war im Dezember 1981 zusammen mit Cynthia White im Gefängnis, nachdem der Polizeibeamte Daniel Faulkner erschossen worden war. Cynthia White sagte mir, die Polizei habe sie dazu gebracht, zu lügen und zu sagen, sie habe gesehen, wie Mr. Jamal den Beamten Faulkner erschossen habe, obwohl sie in Wirklichkeit den Täter gar nicht gesehen habe.“

Es ist seit langem bekannt, dass White genötigt wurde und unter Polizeiaufsicht stand, als sie ihre erlogene Zeugenaussage machte, und andere Zeugen haben ausgesagt, dass White sich weit vom Tatort entfernt aufgehalten habe.

Mumia hatte auch gehofft, die Zeugenaussage von Kenneth Pate vorbringen zu können, Stiefbruder von Priscilla Durham vom Sicherheitsdienst des Jefferson-Krankenhauses, die sich der offenkundigen Lüge der Bullen angeschlossen hatte, Mumia habe „gestanden“. In Wirklichkeit sagte der Bulle, der zur Bewachung Jamals abgestellt war, als dieser blutend im Krankenhaus lag, damals aus: „Während dieser Zeit äußerte sich der Neger nicht.“ Das gefälschte „Geständnis“ wurde zwei Monate später bei einer von der Staatsanwaltschaft einberufenen Besprechung erfunden, um die Zeugenaussagen der Bullen vor Gericht miteinander in Einklang zu bringen. In einer Erklärung vom April 2003 schildert Pate, wie ihm Durham erzählte, Mumia sei, als er ins Krankenhaus gebracht wurde, „blutüberströmt [gewesen] und die Polizei mischte sich in seine Behandlung ein, indem sie sagten: ‚Lasst ihn sterben.‘“ Bullen übten Druck auf sie aus, als Angehörige des Sicherheitsdienstes „habe sie zu ihnen zu halten“ als ein Teil der „Bruderschaft“ der Polizei“ und sie solle „aussagen, dass sie Mumia habe sagen hören, er habe den Polizeibeamten getötet, als sie Mumia auf einer Trage hereinbrachten“. Durham erzählte ihrem Bruder: „Alles, was ich ihn sagen hörte, war: ‚Geht weg von mir, geht weg von mir, sie versuchen mich umzubringen.“

Immer noch vor Bundesgerichten anhängig ist Jamals Habeas-Corpus-Berufung. Im Dezember 2001 bestätigte der Bundesdistriktsrichter William Yohn die abgekartete Verurteilung Jamals, hob aber das Todesurteil gegen Jamal mit der Begründung auf, die Geschworenen hätten es versäumt, mildernde Umstände in Erwägung zu ziehen (gesetzlich festgelegte Gründe, weshalb Jamal nicht hingerichtet werden dürfte), wie vom Obersten Gerichtshof im Falle *Mills* von 1988 dargelegt. Mumia ging in Berufung mit dem Ziel, den Schuldspruch aufzuheben; die Staatsanwaltschaft ging in Berufung mit dem Ziel, das Todesurteil wiederherzustellen. Eine bedrohliche Entwicklung trat im letzten Sommer ein, als das Berufungsgericht des Dritten Bezirks Jamals Anwalt anwies, eine schriftliche Erklärung darüber einzureichen, warum sich eine die Todesstrafe stützende Entscheidung des Obersten US-Gerichtshofs, die besagte, dass der Fall *Mills* nicht auf Verurteilungen vor 1988 anwendbar sei, nicht nachteilig auf Jamals Fall auswirken sollte. Jamals Anwälte wiesen darauf hin, dass Mumias Fall von der Entscheidung nicht betroffen sei, da seine Verurteilung erst 1990 rechtskräftig wurde. Doch die gesamte Geschichte von Jamals Fall zeigt, dass ein Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen wie Jamal keine Rechte hat, die von kapitalistischen Gerichten respektiert werden müssen.

Mobilisiert jetzt für die Freiheit Mumias!

Am 4. Februar verlor Mumia einen seiner prominentesten Unterstützer, als der bekannte Schauspieler und Bürgerrechtsaktivist Ossie Davis im Alter von 87 Jahren starb. Als einer der Vorsitzenden des Committee to Save Mumia Abu-Jamal [Komitee zur Rettung Mumia Abu-Jamals] hatte er 1994 bei einer vom Komitee und vom Partisan Defense Committee gesponserten Einheitsfront-Veranstaltung zusammen mit anderen aus Mumias Schriften vorgelesen, um gegen die Absetzung der geplanten Ausstrahlung von Mumias Kommentaren durch das National Public Radio zu protestieren, und er sprach erneut im Februar 1995 auf einer Veranstaltung von Komitee und PDC.

Mumias Fall ist ein Lehrbuchbeispiel über das Wesen des kapitalistischen Staates. Wie Marx und Engels erklärten, ist der Staat eine bewaffnete Formation von Menschen zur



Oben: Broschüre des Partisan Defense Committee, 1974 von der SL/U.S. gegründete klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation

€ 0,50

Zeitschrift des PDC, *Class Struggle Defense Notes*

€ 0,50

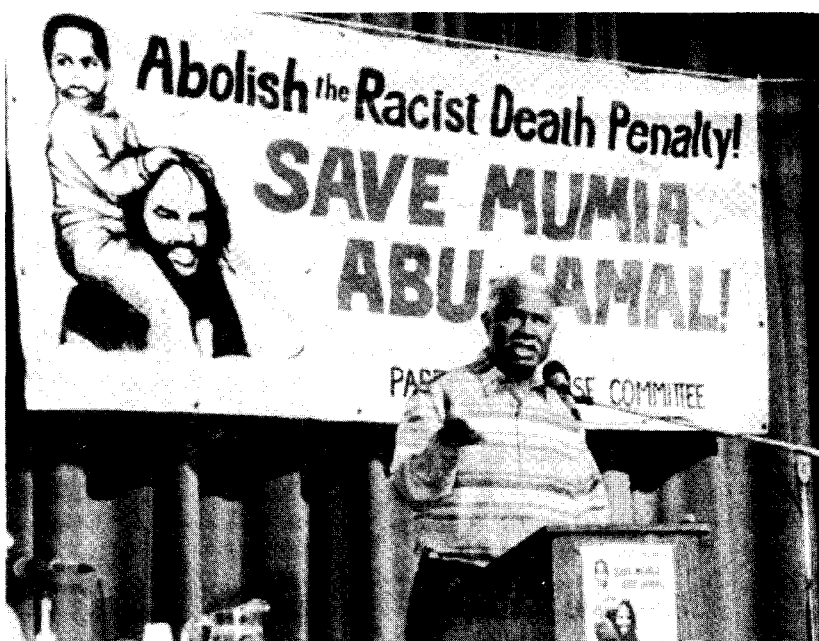
Zu beziehen über das KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin

Unterdrückung einer Klasse durch die andere. Mumias gefährliche Situation zeigt, wie dieser Staat, von seinen brutalen Bullen bis zu seinen „Recht“sprechern im Talar, schnell auf die Feinheiten und Formalitäten seiner geheuchelten „Demokratie“ verzichtet, wenn es darum geht, eine wortgewaltige Stimme für die Freiheit der Schwarzen zum Schweigen zu bringen. Mumia ist nicht einfach ein weiterer Schwarzer, der sich in diesem rassistischen System verfangen hat. Er ist ein Anwalt der Unterdrückten, der kein Blatt vor den Mund nimmt, ein MOVE-Unterstützer, ein wortgewaltiger Journalist und Kämpfer, der zur Zielscheibe der Bullen von Philadelphia und des FBI wurde, seit er als Teenager ein Sprecher der Black Panther Party war.

Letzten Monat nahm der Stadtrat von San Francisco eine Resolution an, in der er „seine Unterstützung der Gerechtigkeit und eines neuen Prozesses für Mumia Abu-Jamal“ bekräftigte. Trotz Dembes Absage von Jamals Anhörung kamen Hunderte seiner Unterstützer, einschließlich einer internationalen Delegation aus Paris, am 11. Februar zu einem „Aktionstag“ zusammen, um seine Freilassung zu verlangen. Die Protestversammlung in Philadelphia wurde von International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal veranstaltet.

Solche Protestveranstaltungen sind willkommen, doch wirklich notwendig sind Massenproteste, die sich zentral auf die soziale Macht der multirassischen Arbeiterklasse stützen. Was seit Jahren, und trotz der Beweise für seine Unschuld, Jamals Unterstützer immer wieder von der Straße vertrieben hat, sind Illusionen in die kapitalistischen Gerichte, geschürt von reformistischen Protestorganistoren wie der Workers World Party und Socialist Action. Verkörpert wird diese Illusion durch die Unterordnung der Forderung nach Freiheit für Mumia unter die Forderung nach einem „neuen Prozess“, ein bewusster Appell an Liberale, die sich in Bezug auf Mumias Unschuld als unwissend erklären und sich deshalb der Forderung nach seiner Freilassung nicht anschließen würden. Warum in den Gewerkschaften und auf den Straßen mobilisieren, wenn man sich darauf verlassen kann, dass die Gerichte letztendlich doch das Richtige tun werden?

Das PDC, eine rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation, die mit der Spartacist League verbunden ist [in Deutschland das Komitee für soziale Verteidigung, KfsV], hat das Ziel, Jamals Fall bei den Gewerkschaften in den USA und weltweit bekannt zu machen, und sammelt Geld für Mumias Verteidigung. Im Rahmen seines jährlichen Holiday Appeal for Class-War Prisoners [Spendensammlung am Jah-



Workers Vanguard

Ossie Davis (bekannter Schauspieler, Bürgerrechtler) war Gastgeber der vom PDC und dem Committee to Save Mumia Abu-Jamal gesponserten Veranstaltung vom Februar 1995. Mumia-Unterstützer Davis starb am 4. Februar im Alter von 87 Jahren

resende für Gefangene des Klassenkriegs] koordinierte das PDC bei Gewerkschaften im ganzen Land die Sammlung von über 1600 Dollar für Mumias rechtliche Verteidigung.

Die Gewerkschaften, die auf der einzigen bedeutsamen Rassenintegration im rassistischen Amerika basieren – dem Arbeitsplatz und der Fabrikhalle –, haben die soziale Macht und das Potenzial, zu Bataillonen im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Rassenunterdrückung zu werden, die Grundlagen dieses verfaulenden kapitalistischen Systems zu erschüttern und es schließlich zu stürzen. Ein erster, gewaltiger Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Gewerkschaftsbewegung an vorderster Front mobilisieren würde im Kampf für Mumias Freiheit und für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe. Das würde den drakonischen neuen Repressionsmaßnahmen, die von der Bush-Regierung mit Unterstützung beider großer Parteien durchgeführt werden, einen bedeutenden Schlag versetzen. Dazu muss die Arbeiterschaft die Ketten, mit denen die Gewerkschaftsirreführer die Gewerkschaften an die politischen Parteien – vor allem die Demokraten – und an die staatlichen Agenturen der feindlichen Klasse gefesselt haben, zerbrechen. Keine Illusionen in die kapitalistischen Gerichte! Freiheit für Mumia jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 843, 4. März 2005



Abonniere jetzt!

Espartaco
Zeitung der
Grupo Espartaquista
de México
4 Ausgaben inkl.
Spartacist (spanische
Ausgabe)

Luftpost € 4,-

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Besucht die Website der ICL: icl-fi.org

International Communist League
(Fourth Internationalist)

ICL Declaration of Principles ▶

Fourth ICL International Conference, Autumn 2003
**The Fight for Revolutionary Continuity
in the Post-Soviet World**

Other Recent Articles from ICL Publications ▶

- ▶ Other Literature Available to Order
- ▶ ICL Periodicals and Subscription Information
- ▶ International Communist League Directory

SPARTACIST
Journal of the International
Communist League

**Women and
Revolution**

SPARTAKIST

Verteidigt die Errungenschaften der 49er Revolution, weitet sie aus!

China: Tiananmen 1989 und Arbeiterkämpfe heute

Im Folgenden veröffentlichen wir den leicht redigierten abschließenden Teil eines Vortrags, den Keith Markin auf einer Diskussionsveranstaltung der Spartacist League/U.S. am 9. Oktober in Oakland hielt. Teil I erschien in Spartakist Nr. 157 (Winter 2004/2005); auf Englisch erschienen in Workers Vanguard Nr. 836 und 837 (12. und 26. November 2004).

Teil zwei von zwei

Die Besetzung des Tiananmen-Platzes begann mit einer Gedenkversammlung für den ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) Hu Yaobang, der am 15. April gestorben war. Hu war sehr geachtet aus dem einfachen Grund, weil er einer der wenigen führenden Funktionäre war, dem nicht der Makel der Korruption anhing. Gruppen von Jugendlichen trugen ihre Forderungen in die Viertel der Arbeiterklasse, um deutlich zu machen,

dass sie „nicht gegen die Regierung oder die Partei“ seien.

Bis zum 4. Mai waren dann 300 000 Menschen auf dem Tiananmen-Platz zusammengeströmt. Es war der 70. Jahrestag der Bewegung vom 4. Mai 1919, die mit antiimperialistischen Studentendemonstrationen begonnen hatte und zwei Jahre später zur Gründung der Kommunistischen Partei Chinas führte. Bei der Demonstration am 4. Mai 1989 sangen Studenten und Arbeiter gemeinsam die revolutionäre Arbeiterhymne, die „Internationale“. Nach dem Protest vom 4. Mai beschlossen Studentenfürer – ohne jegliche soziale Macht und voller Angst vor einer Mobilisierung der Arbeiterklasse – einen Hungerstreik zu beginnen, um der Regierung Zugeständnisse abzurufen.

Sympathie mit den Hungerstreikenden führte zu einer weiteren riesigen Demonstration am 17. Mai. An dieser Demonstration beteiligten sich massenhaft Fabrikarbeiter aus der Region rund um Beijing. Die Studenten, mit sehr wenig sozialer Macht, hatten die schwelende wirtschaftliche

Fortgesetzt auf Seite 24

Mumia erneut Anhörung vor Gericht verweigert Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Im Februar sagte die Richterin Pamela Dembe vom Pennsylvania Court of Common Pleas [Stadtgericht] eine geplante Gerichtsanhörung zugunsten von Amerikas herausragendstem politischen Gefangenen, Mumia Abu-Jamal, ab. Mumia hatte sich darauf vorbereitet, dem Gericht am 11. Februar Beweise für seine Unschuld vorzulegen, die die Grundlagen der gesamten rassistischen abgekarteten Anklage der Staatsanwaltschaft noch weiter untergraben. Dembe würgte die Anhörung ab mit der Begründung, sie habe nicht die „gerichtliche Zuständigkeit für eine Verhandlung der dritten PCRA-Petition [Post Conviction Relief Act – Berufungsgesetz] des Beklagten“.

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Nachdem er 1982 auf Grund einer abgekarteten Anklage für schuldig befunden worden war, am 9. Dezember 1981 den Polizeibeamten Daniel Faulkner getötet zu haben, wurde er ausdrücklich wegen seiner politischen Ansichten und seiner ehemaligen Mitgliedschaft in der Black Panther Party zum Tode

Fortgesetzt auf Seite 30



Workers Vanguard

Mumia Abu-Jamal, Stimme der Entrechteten

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!